

Ansprache Springer Verlag AG, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 54-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 105 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 29,00 FF.
Niederlande 2,50 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 S., Portugal 115 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr., Schweden 1,20 Skr., Spanien 125 Ptas., Tschechoslowakei 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Revirement: Nach dem Wechsel der amerikanischen Botschafterin in der DDR, Rozanne Ridgway, ins State Department steht an der Mission in Ost-Berlin ein umfangreiches Revirement bevor. Andere leitende Mitarbeiter werden ebenfalls ausgetauscht. (S. 4)

Hilfe: Der britische Zerstörer „Newcastle“ hat einen sowjetischen Piloten gerettet, der während des großen Manövers der Roten Flotte in der norwegischen See mit seinem Kampfflugzeug abgestürzt war.

Patriarch: Die hohe sowjetische Auszeichnung Rotbanner-Orden ist dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Pimen, zu seinem 75. Geburtstag vom Obersten Sowjet verliehen worden.

Terrorismus: Wegen Attentaten auf Palästinenser sind in Jerusalem drei jüdische Siedler aus dem Westjordanland zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sie hatten 1983 in Hebron drei palästinensische Studenten erschossen. (S. 4)

Israel: Außenminister Shamir plant ein Treffen mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse im Oktober während der UNO-Vollversammlung in New York. Die UdSSR hatte 1967 die Beziehungen abgebrochen. (S. 8)

Bombenterror: Mindestens 20 Personen wurden bei zwei Anschlägen in Kopenhagen verletzt, drei davon schwer. Ziele waren eine Synagoge und das Büro der Fluggesellschaft American Northwest Airlines.

Ausnahmestand: Die Abberufung des deutschen Botschafters in Südafrika hat die SPD von der Bundesregierung verlangt. Dies sei der „mindeste Protest“ gegen die Verhängung des Ausnahmezustands. (S. 4)

Kanzler und DGB wollen heute zur Sache kommen

Arbeitslosigkeit das Hauptthema der neuen Gesprächsrunde

GÜNTHER BADING, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl will „aufgeschlossen, offensiv aber nicht aggressiv“ in das Gespräch mit der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) heute am Spätnachmittag im Bonner Kanzleramt gehen. Insbesondere wolle er den Gewerkschaften signalisieren, daß nicht mit dem im Vorfeld des Treffens vom DGB betriebenen „lauten Trommeln“ sondern nur mit gemeinsamem Handeln der Bundeskanzler, Gewerkschaften und der Bundesanstalt für Arbeit verabschiedeten Maßnahmen das vorrangige Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen sei, hieß es in der Umgebung des Kanzlers. Darüber, daß das Thema Arbeitslosigkeit der Schwerpunkt in dem heutigen Gespräch sein müsse, hatte gestern morgen auch ein geschäftsführender Bundesvorstand des DGB Konsens bestanden. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach bezeichnete gegenüber der WELT dieses Treffen, mit dem die Aussprache zwischen DGB-Spitze und Bundesregierung vom 23. Januar dieses Jahres fortgesetzt wird, als von entscheidender Bedeutung für das künftige Verhältnis zwischen dem DGB und der Bundesregierung. Fehrenbach deutete an, daß bei einem positiven, vor allem in Sachfragen konkreten, Gesprächsverlauf die Gewerkschaften bereit wären, an den von der Bundesregierung gewünschten Dreier-Gesprächen von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern teilzunehmen. Zwar komme eine Neuaufgabe der alten konzertierten Aktion nicht in Frage, doch sei vorstellbar, daß derartige Gesprächsrunden „zu ganz konkreten Problemkreisen“ einberufen würden.

Aus Regierungskreisen hieß es, der Bundeskanzler, der von einem Großteil des Kabinetts begleitet werde, wolle der DGB-Spitze – die ihrerseits eine Reihe von Einzelgewerkschaftsvorsitzenden mitbringt – deutlich machen, daß aufgrund der heterogenen Struktur der Arbeitslosigkeit das „Programmgespräch“ führender Gewerkschaften, die voll auf das vom DGB verlangte Paket von Investitionsprogrammen setzen, verfehlt sei. Wenn man die bisherigen Regierungsmaßnahmen genau betrachte, dann ergebe sich allein aus Schritten wie der Zinssenkung mit einer Entlastung von fünf Milliarden Mark für die Wirtschaft, den Hilfen für die Familie von 12 Milliarden, dem städtischen Sanierungsprogramm von zehn bis 12 Milliarden, den Einsparungen durch die Dämpfung der Inflation bis zur De-facto-Preisstabilität und dem dadurch bedingten Zuwachs an real verfügbarer Kaufkraft ein „Paket“ von 50 Milliarden Mark. Hohe Bedeutung messe der Kanzler Maßnahmen zur besseren Qualifikation der Arbeitssuchenden bei, durch die sich ihre Einstellungschancen erhöhten.

Unter dem von Fehrenbach so bezeichneten „Oberthema“ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird sich die Runde im Bundeskanzleramt heute abend zunächst mit den Ergebnissen der beim Kanzlergespräch im Januar vereinbarten Arbeitsgruppen befassen. Themenbereiche dieser Gruppen waren:

- Technologischer Fortschritt und Auswirkung auf Arbeitsplätze;
- Sicherung der Altersversorgung;
- Fortsetzung Seite 5

DER KOMMENTAR

Standpunkte

ENNO VON LOEWENSTERN

Es wird kein leichtes Gespräch werden heute zwischen dem Bundeskanzler und den Gewerkschaftsführern. Der DGB hat sich seit Jahren öffentlich auf einen Standpunkt zur Arbeitslosigkeit festgelegt, der einmal die Bringschuld so gut wie allein bei der Regierung (und allenfalls der Wirtschaft) sieht und zum anderen diese Bringschuld in dramatischen Programmen erbracht sehen will.

Wenn Frau Wulf-Mathies beispielsweise eben noch eine Senkung der Arbeitslosenzahlen für wichtiger erklärte als eine Senkung der Steuern, so würde ihr jeder Mann gern zustimmen – nur eben: Mit der Senkung der Steuern wird ja gerade eine Senkung der Arbeitslosenzahlen angestrebt. Und wenn sie nach einem „Sofortprogramm für den Umweltschutz“ ruft (unterhalb von „sofort“ tut man's längst nicht mehr), so brähte das ein Anschwellen des öffentlichen Dienstes, dem neue Belastungen folgten, unter denen weitere Betriebe zusammenbrächen und Arbeitsplätze verloren gingen.

Aber man täte Frau Wulf-Mathies wie auch ihren Kollegen gewiß Unrecht, unterstellte man ihnen, daß sie die Sinnlosigkeit und für die Zukunft kostenträchtige und hoffnungstötende Schädlichkeit solcher „Sofort“-Programme nicht durchaus verstehen. Die Arbeitslosigkeit geht zum entscheidenden Teil, wenn nicht ausschließlich, zur staatliche Programm- und Ausübung der öffentlichen Ausgaben zurück, und es gibt kaum einen Gewerkschaftsführer, der das im privaten Gespräch leugnete. Dies jedoch ist kein privates Gespräch. Auf beiden Seiten findet ein Aufmarsch der Mitsprachewürdigen und ihrer Assistenten statt, und die Versuchung, im Namen einer politischen Seite zu deklarieren, muß erst überwunden werden.

Nehmen wir das Beispiel Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer einer Partei, der sich der DGB traulich verbunden fühlt. Wohl gilt selbst er zu, daß „klassische, kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme nicht praktikabel“ seien. Aber der Akzent liegt unglücklicherweise auf dem Adjektiv „kreditfinanziert“. Dasselbe im Wege eines „Solidarbeitrags“ finanziert gefällt ihm durchaus. Was ist der Unterschied zwischen Zinsen für Kredite aus zusätzlichen Steuereinnahmen des Bürgers oder einem Solidarbeitrag aus zusätzlichen Steuereinnahmen des Bürgers? Man kann im Interesse der Arbeitslosen nur dringend hoffen, daß die Gesprächspartner das nicht nur beurteilen können, sondern auch allesamt den Mut haben, sich zu ihrer Einsicht zu bekennen.

Genscher und Howe: Eureka ohne Bürokratie

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein britischer Amtskollege Sir Geoffrey Howe haben bei einem fünfstündigen informellen Treffen in Bonn den Willen ihrer Regierungen bekundet, bei der Lösung der anstehenden internationalen Fragen eng zusammenzuarbeiten. Sie äußerten die Hoffnung, daß der luxemburger Europagipfel im Dezember zu konkreten Ergebnissen führen werde. Dort soll über weitere Schritte auf dem Wege zum stärkeren politischen Zusammenschluß der EG-Partner entschieden werden.

Gerade dieser Punkt hatte auf dem zurückliegenden Europagipfel in Mailand zu Spannungen zwischen der britischen Premierministerin Thatcher auf der einen, sowie Bundeskanzler Kohl, Staatspräsident Mitterrand und den übrigen „Altmittglieder“ der EG auf der anderen Seite geführt. Unmittelbar darauf lud der Bundesaußenminister seinen britischen Kollegen nach Bonn ein, um das gestörte Verhältnis zu London wieder auszubessern.

Während ihrer Aussprache am Sonntagabend – wenige Stunden vor dem EG-Außenministerrat in Brüssel – zeigten sich Genscher und Howe an schnellen, konkreten Fortschritten bei der Realisierung des Eureka-Programms für ein „Europa der Technologie“ interessiert. Deutsche und Briten bekräftigten eine flexible Eureka-Struktur ohne Bürokratie anstelle der ursprünglich von Frankreich vorgeschlagenen Agentur mit Lenkungs-ausschüssen für einzelne Sachbereiche. Genscher und Howe erörterten ferner aktuelle West-Ost-Fragen.

Hannover schafft Arbeit für 15 000 Jugendliche

UR, Bonn

Die niedersächsische Landesregierung hat ein Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Rückwirkend vom 1. Juli dieses Jahres an sollen Betriebe, die über ihren eigentlichen Bedarf hinaus jugendliche Berufsanfänger zwischen 20 und 30 Wochenstunden einstellen, 350 Mark Landeszuschuß erhalten. Bis zum Jahr 1988 hat die Landesregierung für ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 220 Millionen Mark veranschlagt. Nach Berechnungen der zuständigen Ministerien könnten bis Ende 1986 zusätzlich 15 000 Jugendliche, die nach dem Abschluß ihrer Ausbildung keine Arbeit erhalten haben, eingestellt werden. Dies teilte die Landesregierung der WELT mit.

Die CDU-Regierung betrachte es als „ihre moralische und politische Verpflichtung“, die gravierende Jugendarbeitslosigkeit anzugehen, verlaute auf der Staatskanzlei, die darauf verwies, daß das Flächenland den höchsten Anteil an Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren habe. „Handlungsbedarf“ habe Ministerpräsident Albrecht (CDU) auch im Bereich des öffentlichen Dienstes gesehen. Aus diesem Grund sollen Berufsanfänger, die in den Dienst des Landes treten, nur noch als Teilzeitkräfte eingestellt und entsprechend ihrer wöchentlichen Arbeitszeit entlohnt werden. Das Innenministerium rechnet damit, 1985 und 1986 zusätzlich 320 Bewerber einstellen zu können. Von dieser Regelung seien der einfache Dienst, Polizisten und Rechtspfleger, nicht aber Richter ausgenommen, hieß es.

Bangemann will Spitzensteuer senken

Sohns: Auch nach der Reform Belastung „bei weitem zu hoch“ / FDP-Klausurtagung

HEINZ HECK, Bonn
Schon vor der Steuerklausur des FDP-Präsidiums hat der Parteivorsitzende Bangemann für die kommende Legislaturperiode eine Steuersenkung um 40 bis 50 Milliarden Mark angekündigt. Die Vorstellungen von Finanzminister Stoltenberg (CDU) zielen dagegen auf 35 bis 40 Milliarden Mark. Die Einnahmeausfälle sollten nicht durch die Erhöhung indirekter Steuern kompensiert werden, sondern durch einen Abbau von Subventionen, erklärte Bangemann gestern im Deutschlandfunk.

Bangemann gab zugleich folgende Eckpunkte einer Reform der Steuerstruktur zu erkennen: „Ein Existenzminimum, etwa um 1000 Mark im Monat, (soll) völlig steuerfrei bleiben.“ Für weitere Familienmitglieder müßte diese Summe entsprechend erhöht werden. Dies summiert bedeutet, daß der sogenannte Grundfreibetrag, der mit der Steuersenkung 1986 auf jährlich 4536/9072 Mark für Ledige/Verheiratete erhöht wird, abermals kräftig aufgestockt werden müßte. Die Einnahmeausfälle einer Erhöhung des Grundfreibetrags um 100 Mark werden auf derzeit etwa 700 Millionen Mark jährlich veranschlagt.

Den Steuersatz in der sogenannten Proportionalzone will Bangemann von 22 auf 20 Prozent senken. Danach soll in linearer Progression (gleichmäßiger Anstieg) ein Spitzensteuersatz von 45 (derzeit 56) Prozent erreicht werden. Bei welchen zu versteuernden Einkommen die Progressionszone beginnt und endet (derzeit 18 000/36 000 und 130 000/260 000 Mark für Ledige/Verheiratete), ließ Bangemann offen.

Sein Parteifreund, der Steuerexperte Sohn, erklärte im NDR/WDR, nach nach der bevorstehenden Steuerreform bleibe die Belastung des Bürgers wie der Unternehmer „bei weitem zu hoch“. Die Besteuerung sei, im Ergebnis unfair, leistungsbehaftet, wettbewerbsverzerrend und wachstumshemmend. Neben der Einkommensteuer müßten auch die Körperschaft-, Vermögenssteuer aus Betriebsvermögen und die Gewerbesteuer „deutlich“ gesenkt werden.

Engelhard verurteilt Staatsterrorismus

Weltrechtskonferenz ohne Ostblockbeteiligung / Boykott unsicherer Flughäfen gefordert

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin
Zu weltweiter Solidarität der Regierungen im Kampf gegen den Terrorismus hat Bundesjustizminister Hans Engelhard gestern bei der Eröffnung der 12. Weltrechtskonferenz in Berlin aufgerufen. Scharf kritisierte Engelhard vor mehr als 1000 Juristen aus 80 Ländern besonders Fälle von „amtlich initiiertem Mordanschlag, behördlich arrangierten Gewaltanschlägen und von Amts wegen verfügten Terrorakten“. Ohne die Namen von Staaten zu nennen, forderte er den weltweiten Boykott von Flughäfen derjenigen Länder, die Sicherheitsmaßnahmen gegen den internationalen Terrorismus ablehnten, und verlangte zugleich den Abbruch von Flugverbindungen mit Staaten, die „terroristische Gewalttäter in ihrem Bereich nicht hinter Schloß und Riegel bringen“.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der die Schirmherrschaft des Kongresses übernommen hat, hob in seiner Begrüßungsansprache die friedensstiftende Bedeutung des Rechts hervor. Die Funktion des Rechts sei eng mit der Friedenssuche verbunden, sagte er. Dies zeige das Beispiel des geteilten Berlins, mit dem ein „Zustand gegen die Natur im Widerspruch zu den Menschenrechten“ geschaffen worden sei. Zwar habe das Recht die „unmenschliche Teilung“ nicht beseitigt, aber den Weg zum Frieden gewiesen.

Ebenso wie Weizsäcker betonte der Berliner Justiz- und Bundesessenor Rupert Scholz, daß sich ein friedliches Zusammenleben der Völker „ohne einen zumindest allseitigen Mißtrauen und allseitig geachteten Mindeststandard an rechtlicher Gemeinsamkeit“ nicht erreichen lasse. Er hob dabei den besonderen Status Berlins hervor und verwies darauf, daß die deutsche Frage, „die Frage der Überwindung der Teilung unverändert offen, beziehungsweise ungelöst ist“. Mit der gewaltsamen und widerpolitisch noch rechtlich zu legitimierenden Teilung Berlins habe sich dieser Status nicht verändert.

Auf Gegensätzlichkeiten der Rechtssysteme verschiedener Kulturkreise und den damit verbundenen Problemen wie etwa in der Menschenrechtsfrage, wies Wolfgang Zeidler, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, hin. Wenn internationale Begegnungen wie die Berliner Konferenz, die sich neben Fragen des internationalen Terrorismus und den Menschenrechten auch mit Rüstungskontrolle und Umweltproblemen auseinandersetzen, keine schnellen Problemlösungen bringen, so könnten sie doch „einfühlerndes Verständnis“ für die Kenntnis der Lage des jeweils anderen bewirken.

Nixon drohte Moskau mit Atomwaffen

Krieges jede Chance, mit China und der Sowjetunion voranzukommen, zerstört hätte“, erklärte Nixon.

DW, New York
Für die Androhung mit dem Einsatz von Atomwaffen als politische Mahnung an die Adresse Moskaus hat sich der frühere amerikanische Präsident Richard Nixon während seiner Amtszeit insgesamt viermal ausgesprochen.

In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Time“ erklärte Nixon jetzt, die „nukleare Option“ sei im Vietnam-Krieg, während des Nahostkrieges 1973 sowie vor dem Hintergrund des indisch-pakistanischen Grenzkrieges 1971 und angesichts der Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs gegen China als politischer Fingerzeig benutzt worden. Jedoch habe seine Administration niemals unmittelbar vor der möglichen Auslösung eines atomaren Schlags gestanden, fügte der Expräsident hinzu.

Den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam habe er ausschließlich aus denselben Gründen zurückgewiesen wie die Bombardierung von Deichen in Vietnam. „Ich verwarf diese Option jedoch ebenso wie die Zerstörung des Deltasystems, bei dem eine Million Menschen ertrunken wären. Der andere Grund für diese Entscheidung war der, daß ich überzeugt war, daß eine massive Eskalation des

Regierungskonferenz berät über Europäische Union

Das Gremium tritt am 9. September in Luxemburg zusammen

WILHELM HADLER, Brüssel
Die Außenminister der EG haben sich gestern in Brüssel einstimmig auf die Einberufung einer Regierungskonferenz verständigt, in der über konkrete Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union beraten werden soll. Die Konferenz soll für den 9. und 10. September nach Luxemburg einberufen werden und ihre Beratungen möglichst bis zum nächsten Treffen der Regierungschefs am 9. Dezember ebenfalls in Luxemburg abschließen.

Auf der Regierungskonferenz sollen nach dem Willen der Mailänder Tagung des EG-Rats die Kompetenzen der Gemeinschaft auf die Bereiche Sicherheit, Erziehung und Kultur ausgeweitet, die Römischen Verträge mit dem Ziel einer Dynamisierung der Beschlußfähigkeit des Minister-rats reformiert, die Zusammenarbeit in der Außenpolitik formalisiert sowie die Befugnisse des Europäischen Parlaments und der Brüsseler EG-Kommission ausgebaut werden.

Damit steht fest, daß auch Großbritannien, Dänemark und Griechenland an den Verhandlungen teilnehmen werden, obwohl sie weder Änderungen der Römischen Verträge noch eine vertragliche Absicherung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik für notwendig halten.

Der luxemburgische Außenminister und EG-Ratsvorsitzende Jacques Poos hat seinen Kollegen inzwischen einen Entwurf zur Änderung des EWG-Vertrages zugeleitet. Seit Mailand liegt ferner ein gemeinsamer deutsch-französischer Entwurf für den Bereich der politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf dem Tisch. Außerdem sollen auch Überlegungen Londons berücksichtigt werden.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher äußerte seine Überzeugung, daß auch die britische Regierung „außerordentlich konstruktiv“ an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen werde. Bestärkt wurde Genscher in dieser Einschätzung am Wochenende durch ein fünfstündiges Gespräch mit seinem britischen Kollegen Sir Geoffrey Howe in Bonn.

Die Kunst und die Fälscher

Die erfolgreichste Fälschung ist diejenige, die nie durchschaut wird. Manche Kunst- und Literaturfälschung hat aber Geschichte gemacht, obwohl (oder auch: gerade weil) sie entlarvt wurde. Gefälschte Nationalen, gefälschte Musikpartituren, gefälschte Kunstwerke – oft genug bewegen sie die Gemüter mehr als die Originale. In loser Form stellt die WELT einige der spektakulärsten Fälle vor. Heute: James Macphersons „Ossian“.

WIRTSCHAFT

US-Banken: Der Chef der US-Notenbank, Volcker, fordert von den Banken mehr Risikoversorge. Riskante Ausleihungen sollen durch größere Rückstellungen abgedeckt werden. (S. 10)

Lira: Nach dem Kursverfall der italienischen Währung am Freitag und der Abwertung im Europäischen Währungssystem (EWS) haben sich die Devisenbörsen wieder beruhigt. Für die DM bedeutet das EWS-Realignment eine Aufwertung von rund acht Prozent gegenüber der Lira. (S. 9)

Versicherungen: Die Deutsche

Angestellten Krankenkasse (DAK) schloß 1984 mit einem Defizit von 341,2 Millionen DM ab. Im Vorjahr hatte die DAK noch einen Überschuß der Einnahmen von rund 300 Millionen DM erzielt. (S. 11)

Börse: Trotz schleppenden Geschäfts kam es bei vielen Papieren zu Kurssteigerungen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 199,51 (198,97). BEF-Rentenindex 103,960 (103,955). Performance Index 105,283 (105,228). Dollarmittelkurs 2,8865 (2,8703) Mark. Goldpreis pro Feinunze 317,25 (318,90) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Ich halte kreditfinanzierte Beschäftigungsmaßnahmen in der derzeitigen Situation für nicht praktikabel und sage deshalb nein zu klassischen Arbeitsbeschaffungsprogrammen“

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz
FOTO: DPA

KULTUR

Oper: Sie ist die Königin von Aix in diesem Jahr: Jessye Norman, die schwergewichtige schwarze Sängerin, für die eine Bühnenrolle zu finden so schwierig geworden ist. Um die Ariadne von Richard Strauss in Aix-en-Provence zu singen, sagte sie eine Einladung nach Bayreuth ab. (S. 17)

Ausstellung: Zum 400. Todestag Wenzel Jamnitzers ehrt das Nürnberg-Germanische Museum den wohl bedeutendsten und einflussreichsten deutschen Goldschmied der Renaissance mit einer Ausstellung Nürnberger Goldschmiedekunst zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert. (S. 17)

SPORT

Golf: Bernhard Langer (Anhausen) belegte bei den britischen Meisterschaften in Sandwich den dritten Platz. Sieger wurde der Schotte Sandy Lyle. (S. 15)

Fechten: Die deutsche Degenmannschaft gewann bei den Weltmeisterschaften in Barcelona die Goldmedaille. Der zweite Platz ging an Italien. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Bhutto: Der Tod des Sohns des 1979 gehekten ehemaligen pakistanischen Staatschefs Ali Bhutto gibt der Polizei in Cannes Rätsel auf. Wurde Nawaz Khan Bhutto Opfer eines Verbrechen? (S. 18)

Grog: Heilighafen ehrte einen bis-

Wetter: Bewölkt mit Aufheiterungen. 17 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Gemüt oder ungemütlich – Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2
- Berlin:** In Kreuzberg sind nicht nur die Nächte lang – Zwei Bezirke ohne Regierung S. 3
- Tiefing:** Hörttest dreißig Meter über der Weite Labradors – Von C. Graf Brockdorff S. 3
- Carstens und von Weizsäcker:** Zwei Präsidenten auf dem „Prüfstand“ – Von Michael Jach S. 4
- Sowjetunion:** Mit Breschnevs Doktrin über den Balkan zum Mittelmeer? – Von C. G. Ströhm S. 5
- Formen:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 5
- Unwelt-Forschung-Technik:** Ein Katamaran taucht zum Arbeiten auf den Grund der Nordsee S. 6
- Weltauffahrt:** Keine Impulse für eine Belebung – Helfen nur noch Wunder? S. 18
- Fernsehen:** Neuartige Maßgeräte Sollen Seh-Gewohnheiten der SAT-Zuschauer erforschen S. 16
- Neue Schallplatte:** Klavierjazz – Wenn ein Romantiker swingt – Von Rainer Nolden S. 17

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Verfahren Barzel

Von Enno v. Loewenstern

Merkwürdig: Kaum wird bekannt, daß Barzel für eine neue Aufgabe im Gespräch ist, wird ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Aber Zufälle spielen im Leben eine Rolle. Die Bonner Staatsanwaltschaft, die ja schon etliche Politiker dieser Koalition wg. Flick zur Strecke gebracht hat, wird gewiß Gründe für diese weitere Strafverfolgung haben.

Wieder einmal geht es um Steuerhinterziehung. Allerdings nicht, weil Barzel zu wenig Steuern bezahlt hätte. Vielmehr heißt es, er habe sich an der Steuerhinterziehung anderer beteiligt. Er habe nämlich Geld angenommen für wertlose Gutachten. Deshalb sei es ein „Scheinarbeitsverhältnis“ gewesen und die Auftraggeber hätten die Bezahlung nicht als Betriebsausgaben abbuchen dürfen.

Die Beweiskette, mit deren Hilfe ein deutsches Gericht einen deutschen Staatsbürger verurteilen soll, muß also folgendermaßen aussehen: Erstens seien Barzels Gutachten objektiv wertlos gewesen. Zweitens hätten die Auftraggeber das gewußt und die Gutachten nur zum Schein angefordert, um ihm Geld zuschieben zu können. Drittens habe Barzel - der von der Anwaltskanzlei Paul seine Aufträge bekam und von ihr bezahlt wurde! - diesen Hintergrund gekannt und deshalb viertens bewußt wertlose Arbeit geliefert, um den Auftraggebern die rechtswidrige Abbuchung zu ermöglichen.

Jetzt wird sich also eine Gruppe von Landrichtern im Geiste an die Spitze von Welt-Firmen versetzen und beurteilen, ob sie anstelle von Flick u. a. mit diesen Gutachten etwas hätten anfangen können oder nicht. Das kann viele spannende Jahre dauern. Wahrscheinlich staunen sogar Barzels ärgste Feinde, wie immer sie sich auch des Skandals klammervoll freuen mögen, daß dieser von jedermann als besonders intelligent eingeschätzte Kopf nicht fähig gewesen sein soll, nützliche Arbeit als Firmenberater zu leisten.

Und jedermann wird sich fragen: wenn die Justiz Barzels Arbeit auf Heller und Pfennig beurteilen kann - bin ich wohl möglich auch ein Steuerbetrüger, der ich für meine Arbeit Lohn, Gehalt, Anwaltsgebühr, Arzthonorar entgegennehme? Bis auf die Bonner Staatsanwaltschaft, natürlich. Deren Arbeit ist über jeden Zweifel erhaben.

Moskau fühlt vor

Von Rafael Seligmann

Trotz schwächerer Dementis aus Moskau, die wohl in erster Linie die radikal-arabische Klientel beruhigen sollen, ist sowjetisch erkennbar: Nachdem der starre Andrej Gromyko und der Antisemit Grigorij Romanow ihre Plätze räumen mußten, bietet die UdSSR dem jüdischen Staat die Wiederaufnahme der vom Krenl 1967 abgebrochenen Beziehungen an.

In Jerusalem würde man die Offerte lieber heute als morgen akzeptieren, weil man sich davon zumindest bessere Lebensbedingungen für die etwa 2,5 Millionen Juden in der UdSSR erhofft - wenn nicht gar eine Wiederaufnahme ihrer Auswanderung, die der Krenl im vergangenen Jahr praktisch zum Erliegen brachte. Dennoch zögert man, denn Moskau verlangt einen hohen Preis: Eine internationale Nahost-Konferenz.

Nun wird jede Friedensinitiative von den Israelis begrüßt. Das Moskauer Angebot indessen läßt sie zögern: Zum einen säße die PLO in der einen oder anderen Form am Verhandlungstisch; das Ziel dieser Organisation aber ist nach wie vor nicht Frieden, sondern die Zerstörung Israels. Zum anderen aber würde eine internationale Nahost-Konferenz die erneute Einbeziehung Moskaus in den Nahen Osten bedeuten.

Diese Rolle hat der Krenl durch eigenes Verschulden gespielt, weil er seit dreißig Jahren durch massive Waffenlieferungen und durch politische Drohungen, mitunter sogar Erpressungen, den arabisch-israelischen Konflikt anheizt. Die erzielten Stabilisierungsbeziehungsweise Friedensvereinbarungen wurden von den Vereinigten Staaten unter Ausschluß Moskaus herbeigeführt: 1974 das israelisch-ägyptische beziehungsweise die israelisch-syrische Truppenrückzugsabkommen aus dem Sinai und dem Golan; 1979 der ägyptisch-israelische Friedensvertrag von Camp David.

Moskau kann jederzeit diplomatische Beziehungen mit Israel haben und Israel würde die Sowjets auch gern als Teilnehmer an einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz begrüßen. Nur kommt es darauf an, daß Moskau tatsächlich an einer Friedenslösung mitarbeitet, anstatt am Konferenztisch die Destabilisierung der Region anzustreben, die es im übrigen durch seine arabischen Klienten betreibt.

Eine Warnung

Von Friedrich Bast

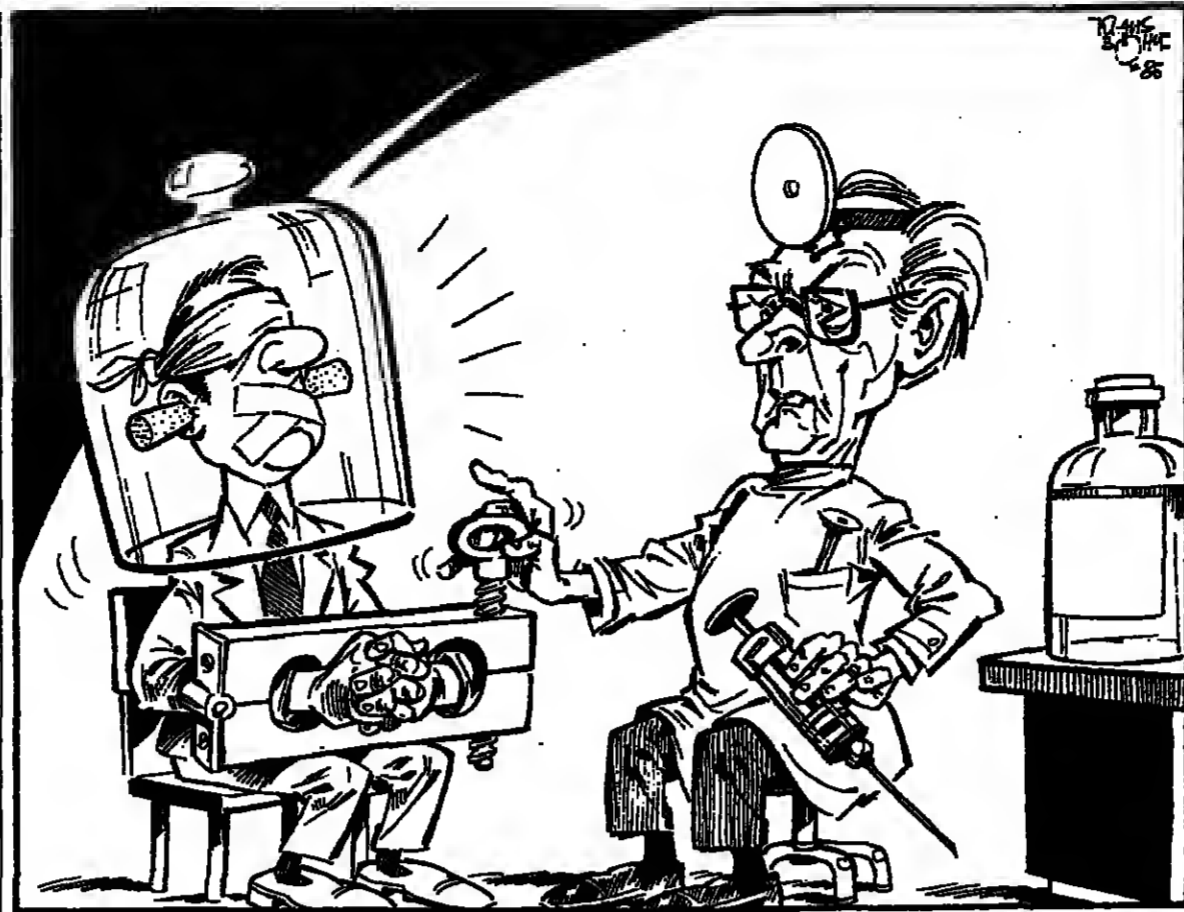
Die Regierung der USA hat den sechsten Jahrestag des Sieges der Sandinisten über das Somoza-Regime dazu benutzt, den Spieß umzudrehen. Bisher hat Nicaraguas Präsident Daniel Ortega die Regierung Reagan angeklagt, eine Invasion Nicaraguas vorzubereiten und dabei sogar Stichtage angegeben, bis zu denen der Angriff stattfinden werde. Washington hat dergleichen stets mit Achselzucken abgetan.

Das hat sich geändert. Das State Department übermittelte Managua eine Note. Darin heißt es, der US-Geheimdienst habe festgestellt, daß sandinistische Elemente in El Salvador bei den Attentaten mitwirkten, bei denen im vergangenen Monat sechs Nordamerikaner das Leben verloren, und daß solche Mordanschläge mit Hilfe der Sandinisten nun in Honduras vorbereitet werden. Das müsse ernste Folgen haben: „Unsere Antwort auf Gewalttaten gegen Amerikaner wird dem Verlust entsprechend angemessen sein“, heißt es. „Wir werden die Zeit und den Ort selbst bestimmen.“

Gleichzeitig erklärte Robert C. McFarlane, der Sicherheitsberater Reagans, abermals, Pläne für eine Invasion Nicaraguas, mit dem die USA immer noch diplomatische Beziehungen unterhalten, gebe es nicht.

Ortega wies die Note als inhaltlich falsch zurück. Er behauptet, daß Nicaragua Terrorakte weder unterstütze noch provozieren noch ermutige. Ein Angriff auf Nicaragua würde ganz Mittelamerika in den Krieg stürzen.

Aber in den USA werden Vorwürfe immer lauter, daß die Regierung Reagan gegenüber dem internationalen Terror wie ein Papier tiger reagiere und daher an Glaubwürdigkeit verliere. Die Ermordung von Amerikanern in Libanon und Mittelamerika lastet auf der Öffentlichkeit und hat ihre Stimmung verändert. Immer häufiger heißt es, daß „das mächtigste Land der Erde“ der Ermordung seiner Bürger nicht weiter tatenlos zusehen dürfe. Die Sandinistas, die in Nicaragua selbst auf wachsende Opposition stoßen, werden erfahren, daß die Geduld nicht nur der US-Regierung, sondern auch der US-Öffentlichkeit ihre Grenzen erreicht hat.



„Nun bist du vor Ansteckung sicher, lieber Bürger!“

Gemüt oder ungemütlich

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Sozialdemokraten füllen das verregnete Sommerloch mit Mutmaßungen über ihren Kanzlerkandidaten in spe. Wer soll 1987 gegen Helmut Kohl antreten?

Die erfahrenen Partei-Strategen glauben nicht, daß in knapp zwei Jahren die Zeit schon reif sein werde für die nächste sozialdemokratische Kanzlerschaft. Ihre Überlegungen zielen auf ein achtbares Wahlergebnis. Da nimmt es nicht wunder, wenn einige von ihnen auf die Idee kommen, noch einmal Willy Brandt ins Rennen zu schicken. Für einen Achtungserfolg wäre er der beste Kandidat, und dieser (Rau oder jener (Vogel) andere, den man vier Jahre darauf vielleicht mit größeren Chancen an den Start schicken könnte, würde nicht vorab verschlissen.

Vorerst sind das Gedankenexperimente. Aber Brandt ist selbst der geeignetste Kronzeuge jener Erfahrungen, die er als Parteichef nicht einen Augenblick vergessen darf. Wie war das doch, als 1960 der Parteitag zu Hannover ihn zum Kanzlerkandidaten kürte?

Damals näherte sich die Sozialdemokratische Partei ihrem hundertsten Geburtstag, und in diesem Säkulum hatten von ihr gestellte Reichskanzler nur zwei Tage, einen Monat und elf Tage regiert. Brandt trat als Kanzlerkandidat an die Spitze einer zwar traditionsreichen, aber von den Leiden der Opposition geprägten Partei. Immerhin hatte die SPD den Willen zur Macht. Man befand sich in der Schlussphase der Kanzlerdemokratie Adenauers, und nichts konnte kontrastreicher sein, als dem alten Mann einen strahlend jugendlichen „deutschen Kennedy“ gegenüberzustellen (obchon Brandt damals nahezu ein Fünfziger war).

Aufbauend auf dem Ansehen, das Brandt sich als Regierender Bürgermeister Berlins erworben hatte, führte er einen Wahlkampf nach amerikanischem Muster. Allein der Kandidat, das Abbild Kennedys, zählte. Und im hundertsten Jahr ihres Bestehens erlebte es die SPD, wie die einst brüderlich vertrauten Genossen sich als „Verehrte Anwesende“ anzusprechen begannen; sogar das Parteiot mußte dem werbewirksameren Blau weichen.

Es hat alles nichts genutzt. Brandt kam 1961 gegen Adenauer nicht an und noch weniger 1965 gegen Erhard. Da wollte er aufgeben. Nie wieder wollte er Kanzlerkandidat sein. Es ist dann ganz an-

ders gekommen. Aus der Bundestagswahl 1969 ging Willy Brandt dank Walter Scheel und der FDP als Bundeskanzler hervor. Nach vier Jahrzehnten stellte die SPD wieder einen Kanzler. Es war, als brächen sich lang angestaute Elemente Bahn, und das mag erklären, daß im Tempo der „neuen Ostpolitik“ und der „inneren Reformen“ das Augenmaß verlorenging. Doch erst 1972, zur Bundestagswahl nach dem um Haaresbreite überstandenen konstruktiven Mißtrauensvotum, entwickelte die sozial-liberale Koalition so etwas wie eine eigene Geistigkeit.

Rückblickend registrierte Brandt, daß sich 1969 die politische Mehrheit von der rechten zur linken Mitte verlagert habe. In diesem Sinn sprach er im Oktober 1972 von der „neuen Mitte“. Die FDP hatte eher die neuen Mittelschichten im Kopf, als Maihofer das „historische Bündnis“ zu strapazieren begann. SPD und FDP suchten für ihr Bündnis geschichtliche Legitimation, indem sie für sich in Anspruch nahmen, endlich die „verratene“ Revolution von 1848 zu erfüllen. Und wieder nahm Brandt sich Kennedy zum Vorbild, so sehr, daß er lieber von „compassion“ sprach als von Nächstenliebe. Wir hören ihn noch: „Hab Mut zur Barmherzigkeit. Hab Mut zum Nächsten. Findet zu euch selbst!“ Es klang wie die Grundlegung der späteren „Friedensbewegung“. Brandt erlangte einen grandiosen Wahlsieg.

Die Kanzlerschaft Brandts endete tragisch, und diejenige Helmut Schmidts nicht minder. Doch nach



Nachdenken über den übermächtigen Wahlkampf Brandt. FOTO: SVEN SIMON

zwei sozialdemokratischen Kanzlerschaften kann es nicht mehr darum gehen, das Tor zur Macht überhaupt erst aufzustoßen wie in den sechziger Jahren; heute stellt sich die Frage, ob die SPD-Kanzler in mehr als einem Jahrzehnt Regierungszeit eine Politik etablieren können, deren Kontinuität die Partei zu ihrem Programm erheben kann.

Solange Brandt die SPD führt, wird es sich um Kontinuität einer politischen Mehrheit handeln, die sich wiederum links der Mitte anstellt. Schwer vorstellbar, daß die FDP ein zweites Mal diese Kurve nimmt. Nicht von ungefähr erklärt die SPD, sie wolle 1987 auf eigener Kraft an die Regierung zurückkehren. Aber das ist nur eine indirekte Bestätigung ihrer Zweifel, daß es 1987 überhaupt zu schaffen sei. Die mittelfristige Betrachtung kommt zu ganz anderen Ergebnissen:

Sollte die SPD ihr Glück noch einmal in einem „modernen Wahlkampf“ suchen, so wie seinerzeit Brandt mit seinem Kennedy-Wahlkampf (obwohl das aktuelle Beispiel den Namen Reagan trägt), sollte sie es noch einmal mit Mimikry und Selbstverleugung probieren, so wird Rau ihr Kandidat sein. Er wird einen unpolitischen, populistischen Wahlkampf führen, einen Bruder-Johannes-Wahlkampf der Compassion, der auch alle umarmt, die sich in der „neuen sozialen Bewegung“ und in der „Friedensbewegung“ heimlich fühlen. Es wäre der Versuch, über Herz und Gemüt, über die Emotion die Macht zu erringen.

Sollten die Zeitläufte andere sein, sollte mit einem Programm um die Wähler gekämpft werden müssen, so wird der Kandidat Hans-Jochen Vogel heißen. Er ist schon dabei, unter dem Rubrum „zweite Ostpolitik“ die Vertragspolitik Brandts mit deklaratorischen Mustern „Verträgen“ auf den Bereich der äußeren Sicherheit zu erstrecken, ein deutliches Indiz, daß die Programmatik ebenso wie Raus Populismus auf jene zielt, die als „neue soziale Bewegung“ und „Friedensbewegung“ ein Stimmreservoir links der Mitte bilden.

Willy Brandt kennt den langen Pendelschlag der Wahl-Gezeiten. War er nicht neun Jahre lang ein frustrierter Kanzlerkandidat? Brandt hat Geduld gelernt. Er sucht nicht die Söhne, sondern die Enkel.

IM GESPRÄCH Admiral Crowe

Weinbergers U-Boot-Fahrer

Von Günter Friedländer

In den amerikanischen Streitkräften haben die Armee, die Flotte, die Luftwaffe und die „Marines“ ihre eigenen Generalstäbe, deren Chefs zusammen mit einem von der Regierung ernannten Vorsitzenden im Verteidigungsministerium die Verantwortung für die Landesverteidigung tragen. Zu den Pflichten des Vorsitzenden gehört, den Präsidenten zu beraten, dem Parlament der USA die Politik des Verteidigungsministeriums, besonders in Fragen des Budgets, zu erklären und die Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Waffengattungen zu überbrücken. Es ist keine einfache Aufgabe in einem Augenblick, in dem aus dem Weißen Haus Warnungen gegen Staaten ergehen, die den internationalen Terrorismus unterstützen. Warnungen, von denen niemand weiß, wie ernst sie gemeint sind, sollten sie ernst gemeint sein: wieweit die Berufssoldaten sie für durchführbar halten. Die Aufgabe wird nicht erleichtert durch den Widerstand im Kongreß, der Regierung die Mittel für die Pläne des Pentagon zu bewilligen, die sie fordert.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Generalstabschefs, Armeegeneral John W. Vessey jr., hat nach drei Jahren in diesem Amt wissen lassen, daß er auf sein letztes Dienstjahr lieber verzichten würde. Sein Nachfolger schien seit einiger Zeit klar zu sein: Jeder im Pentagon dachte an den Chef der Flottenoperationen, Admiral James D. Watkins, einen ehemaligen U-Boot-Kommandanten. Der Admiral selbst soll fest damit gerechnet haben, aber dann tauchte ein ganz anderer Kandidat auf: Admiral William James Crowe (80), ebenfalls aus den Reihen der U-Boot-Kommandanten hervorgegangen und zur Zeit Chef der amerikanischen Streitkräfte im Pazifischen Ozean.

Er ist ein welterfahrener Mann, der oft auf Posten im Ausland diente, unter anderem als Berater in Vietnam, als Kommandant im Nahen Osten



Besonderes Geschick im Umgang mit dem Kongreß vermutet: Crowe FOTO: AP

(1976/77) und als Kommandant der Alliierten in Südeuropa (1980). Dabei ist er Autor eines Buches, ein in Washington gut bekannter und mit dem Leben in Washington vertrauter Mann, der mehrere Präsidenten beriet. Im Kongreß, der seine Ernennung bestätigen muß, rechnet man diesmal nicht mit den peinlichen, erlosenen Verböhen, die Ernennungen der Regierung Reagan so oft folgten.

Was hat das überraschende Überspringen des gegenwärtigen Chefs der Flotte veranlaßt? Die Beobachter machen für das etwas ungewöhnliche Vorgehen Caspar Weinberger verantwortlich, der glauben soll, daß Admiral Crowe ein eindrucksvoller Vertreter der Wünsche der Regierung vor den Mitgliedern des Kongresses sein wird. Das braucht die Regierung, deren Pläne und Ausgaben für die Landesverteidigung im Rahmen der erwünschten Strohstrahlen im defizitären Staatshaushalt ständig unter Beschuß kommen. Der Admiral wird nach zwölf Jahren der erste Vorsitzende der Generalstabschefs seiner Waffengattung sein, wenn er sein Amt am 1. Oktober antreten wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Königliche Rundschan

Sie geht auf Arbeit Saars Stahl ein:

Jetzt sind 100 Tage vergangen: Lafontaine überlegt, wie das Saarland eine atomwaffenfreie Zone werden könnte. Er hob die Gültigkeit der „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue“ für die Bewerber des öffentlichen Dienstes auf - nur von der so notwendigen neuen Konzeption zur Erhaltung der Arbeit- und Arbeitsplätze ist nichts zu hören. Im Saarland werden erste Zeichen des Unmut, der Enttäuschung bemerkbar. Pikanterweise auch von Seiten der IG Metall. Von einer Aufhebung des Radikalerlasses im öffentlichen Dienst haben die Arbeit- und Arbeiter herzlich wenig. Von der neuen Regierung wird kein politischer Schnickschnack, sondern handfeste Wirtschaftspolitik verlangt.

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung interpretiert SPD-Stimmen:

Wie listig hintergründig sich der alte Fuchs Hans-Jürgen Wischniewski an diesem Wochenende zu den Wahlchancen der Sozialdemokraten für 1987 eingelassen hat, das freilich wird nur richtig deutlich an dem, was ein gewisser Helmut Schmidt, dramatisch feinsinnig abgestimmt, in seinem Ex-Kanzler-Wort zum Sonntag zu exakt demselben Gegenstand zu sagen hatte. Die zwei nämlich bescheinigten in denkwürdiger Weise eben dem Genossen, dessen Namen sie freilich nicht in den Mund nahmen, nur zweite Wahl zu sein: Hans-Jochen Vogel. Ihm trauen Schmidt und Wischniewski und mit ihnen große Teile der SPD augenscheinlich

nicht mehr zu, als zweiter Sieger zu werden beim Bundestagswahlkampf in gut anderthalb Jahren. Eine wirklichkeitsnahe Einschätzung angesichts seriöser Meinungsumfragen, die CDU/CSU und FDP bis in die jüngste Zeit einen fast unveränderten klaren Stimmenvorsprung signalisierten, wenn „morgen“ gewählt würde.

Neue Zürcher Zeitung

Sie schreibt zum Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit:

Anders als in den vergangenen zwei Jahren, als politische Kontroversen die OAU zu spalten drohten, wurde dieses Jahr in der äthiopischen Hauptstadt von den 49 Delegationen schnell eine einheitliche und eher gemäßigte Haltung zur kontinentalen Krise gefunden... Obwohl sich Afrika nach den Worten des abgetretenen OAU-Vorsitzenden Nyerere (Tansania) weiterhin als Opfer eines ungerechten internationalen Wirtschaftssystems und der allgemeinen Rezession sieht, betonte die OAU-Konferenz doch deutlich die Eigenverantwortung der afrikanischen Regierungen für die wirtschaftliche Sanierung und Selbstversorgung.

BERLINGSKE TIDENDE

Die Kopenhagener Zeitung meint zur neuen Ecu-Festsetzung:

Mit Zufriedenheit ist festzustellen, daß es keinen Zweifel mehr über die Stabilität der dänischen Krone im Vergleich zur deutschen Mark oder dem holländischen Gulden gibt. Die Ergebnisse der heimischen Wirtschaftspolitik haben Dänemark aus der Rolle des allezeit verdächtigen Abwertungskandidaten gebracht.

Moskau nennt westliche Kritiker „Bordellbesitzer“

Der tägliche Tod im Straflager / Von Peter Dittmar

Manchmal ist es eine karge Meldung, oft erfährt man es nur im Gespräch: wieder ist einer der Bürgerrechtler in der Sowjetunion gestorben. Im Lager. In der Gefängnispsychiatrie. Unmittelbar nach der Haftentlassung.

Im letzten Jahr waren es sechs. Im Lager starben der Lehrer Oleksa Tichy (geb. 1927), der Journalist Jurij Litwin (geb. 1934) und der Journalist und Übersetzer Valerij Martschenko (geb. 1947), alle drei wegen ihrer Arbeit für die ukrainische Helsinki-Gruppe verurteilt. Der armenische Nationalökonom Eduard Arutjunjan, Gründungsmitglied der armenischen Helsinki-Gruppe, wurde erst aus dem Lager entlassen, als seine Krebserkrankung ins letzte Stadium getreten war. Acht Tage später war er tot. Der Elektrofacharbeiter Alexej Nikitin (geb. 1937), der sich um die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft bemüht hatte, starb in einer Psychiatrie, genauso wie Valentin Sokolow (geb. 1920), der praktisch seit 1947 mit nur kurzen Unterbrechungen in La-

gern und zuletzt in den speziellen Psychiatrien für politische Häftlinge gesessen hatte. Sokolow war nicht nur unter den Häftlingen wegen seiner sarkastischen Lieder über die Wirklichkeit des GULag berühmt.

Die Reihe der Opfer des „sozialistischen Strafvollzugs“ setzt sich auch in diesem Jahr fort. Im April starb mit 46 Jahren die promovierte Philosophin und vehemente Bürgerrechtlerin Lina Tumanowa. Auch sie hatte man erst aus der Untersuchungshaft entlassen, als ihr Ende an Krebs feststand. Und im Lager ist auch Ischban Mirtschjan (geb. 1957), der 1980 wegen der Gründung der „Gruppe junger Armenier“ zu insgesamt zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, zu Tode gekommen. Die Todesursache ist nicht bekannt. Die Umstände sind unklar, denn der erst 28-jährige Mirtschjan war gesund.

Nun passiert es zwar in allen Gefängnissen der Welt, daß Häftlinge krank werden oder auch sterben. Aber die Verhältnisse in der Sowjetunion sind anders. Der Strafvollzug

in den Lagern hat nicht die Resozialisierung der Gefangenen im Auge, sondern zielt durch psychischen und physischen Druck - besonders bei den politischen Häftlingen - auf eine Zerstörung der Persönlichkeit. So schrieb Anatolij Korjagin 1982 aus dem Straflager des Lagers für politische Häftlinge WS-389/87 an die Menschenrechtskommission der UNO: „Als Insasse eines sowjetischen Straflagers für politische Häftlinge und als Arzt erkläre ich hiermit, daß die Gesamtheit der Bedingungen, unter denen die Häftlinge in den politischen Lagern der Sowjetunion gehalten werden, das Ziel verfolgt, ihre physische und psychische Gesundheit zu untergraben, und daß dadurch das Leben der Häftlinge unmittelbar bedroht und seine Verkürzung herbeigeführt wird. Dazu trägt in nicht geringem Maße die physische Folter bei, die in Form von Hunger, Kälte und Schlafentzug gegen die Häftlinge angewandt wird.“ Korjagin ist inzwischen selbst ein Opfer dieser Methoden. Im Gefängnis wurde er

wiederholt von den Aufsehern schwer mißhandelt. Und durch die unzureichende Ernährung leidet Korjagin an Mangelerscheinungen, die lebensbedrohend sind.

Beides ist keine Ausnahme im sowjetischen Lager- und Gefängnisleben. In derselben Gefahr sind Anatolij Martschenko, Viktor Nekipelow, Jurij Fjodorow, Lasar Rulow-Kagan. Unter normalen Umständen hätte z. B. Valerij Martschenko nicht an der Nierenkrankung sterben, die Krebskrankungen von Arutjunjan oder Nikitin nicht so schnell zum Tod führen müssen. Doch den Häftlingen wurde eine rechtzeitige und richtige Behandlung verweigert.

Das ist keine neue Entwicklung. Was Alexander Solschenizyn für die Lenin- und Stalin-Zeit dokumentiert hat, gilt im Grunde bis heute. Nach offiziellen Schätzungen sitzen 2,5 Millionen Sowjetbürger, also jeder hundertste, in einem Lager oder Gefängnis, und etwa 200 000, also fast jeder hundertste von diesen, sterben jedes Jahr in der Haft.

Amnesty International hat jetzt auf die sowjetische Folterpraxis hingewiesen, aber im allgemeinen registriert kaum jemand im Westen den Tod dieser Namenlosen. Und kaum jemand nimmt die permanente Verletzung der Menschenrechte durch die Sowjetunion zur Kenntnis. Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Lomejko, kann zum Stichwort Helsinki ungeniert die Lösung ausgeben, daß die westlichen Kritiker sowjetischer „sogenannter Menschenrechtsverletzungen“ oftmals selbst „Sklavenhändler“ und beteiligt an einem „großkapitalistischen Netzwerk von Bordellen“ seien.

Wie reagieren die Regierungen darauf? Die Hoffnung auf einen kleinen Gewinn bei internationalen Verhandlungen führt in vielen westlichen Ländern zu einer Leisetreterei, die von einer ungehörigen Portion Menschenverachtung genährt wird.

Lakai zu sein war ein hochqualifizierter Beruf“, notierte Gabriel Laub einmal, „solange er nichts mit politischer Karriere zu tun hatte.“

Härtetest dreißig Meter über der Weite Labradors

Der extreme Tiefflug gehört zu den Stärken der NATO-Luftstreitkräfte. In der Bundesrepublik ist er jedoch nicht zu trainieren. So weicht die Luftwaffe nach Kanada aus, wo die Piloten optimale Bedingungen vorfinden. Doch auch die NATO-Gegner rühren sich vor Ort.

Von C. GRAF BROCKDORFF

Labrador ist überzogen von dichten Wäldern, doch das harte Klima läßt die Bäume kaum größer werden als doppelte Zimmerhöhe. Hüben und Senken wechseln miteinander ab. Seine Seen und Flüsse sind ein wahres Angler-Paradies.

Menschliche Siedlungen in Labrador sind so selten, daß man sie an einer Hand aufzählen kann. In einem Gebiet, das die Fläche der Bundesrepublik Deutschland um ein volles Drittel übertrifft, wohnen 32 000 Menschen, unter ihnen 2000 eingeborene Eskimos und Indianer.

Eiche und Bären streifen durch die Wälder, und es gibt riesige Herden von Karibus, wie die nordamerikanischen Rentiere genannt werden. Niemand weiß ganz genau, wie viele es sind. Die jüngsten Zählungen reichen bis zu 700 000. Sie ziehen wie Nomaden durch die endlose Wildnis, gelegentlich wird das eine oder andere geschossen und von den Indianern verkauft. Das Fleisch dieser Karibus schmeckt vorzüglich.

Und dann gibt es noch die Insekten von Labrador, die im Sommer den Fallenten und Anglern das Leben zur Hölle machen. Wer durch den Busch geht, wird in Sekunden von Mücken und schwarzen Fliegen umschwärmt, die erbarmungslos auf menschliches Blut aus sind. Der Biß der schwarzen Fliege ist schmerzlos, nach wenigen Minuten aber ist man mit Blut verschmiert.

Ein Brit, der vor Jahren mit dem Sportflugzeug den Atlantik überquerte und wegen Treibstoffmangels notlandete, überlebte zwar den Unfall. Er nahm den Notsender und funkte um Hilfe. Der kanadische Rettungsdienst fand nach wenigen Stunden nur noch das Wrack. Vom Piloten fehlte jede Spur. Er hatte sich vor den schwarzen

Fliegen zu einem nahen Fluß gerettet und war darin ertrunken.

In diese Weite hat sich die deutsche Luftwaffe geflüchtet, um für ihre Einsatzbereitschaft etwas Lebensnotwendiges zu üben, was sie in Europa nicht mehr kann: den extremen Tiefflug mit sehr hohen Geschwindigkeiten. Gemeint ist Tiefflug 30 Meter über dem Boden und mit einer Geschwindigkeit von 0,91 Mach - weniger als ein Zehntel unterhalb der Schallgrenze.

Von April bis Oktober sind die Deutschen zu Gast in Goose Bay, einem winzigen Nest am Churchill-Fluß von Labrador. Bis 1941 lebte dort niemand. Mit Erlaubnis der britischen Regierung baute die amerikanische Luftwaffe - damals noch das "Air Corps" des amerikanischen Heeres - in Goose Bay einen Stützpunkt mit Landebahn, um im Zweiten Weltkrieg dann 25 000 Flugzeuge von dort auf die kürzeste Strecke nach Europa zu schicken. Mit einem modernen Jet fliegt man heute in fünf Stunden von Düsseldorf nach Goose Bay.

Der Stützpunkt in der Wildnis liegt auf derselben Breite wie Hannover, doch wegen des fehlenden Golfstroms ist das Klima extrem: im Winter minus 30 Grad und vier Meter Schnee, im Sommer drückend heiß. Die Nähe des magnetischen Pols ist deutlich spürbar: In vielen Nächten wird Goose Bay von den bizarren Formen des Nordlichts erhell.

In diesen Tagen üben Besatzungen des Jagdbombergeschwaders 35 aus Pferdsfeld mit ihren Phantom-Maschinen und Piloten des Jagdbombergeschwaders aus Oldenburg mit dem Alpha-Jet in Goose Bay. Ende Juli erscheinen zum ersten Mal deutsche Tornado-Maschinen des Norweger Jagdbombergeschwaders 31 auf dem entlegenen Flugplatz des anderen Kontinents.

Die Piloten berichten zufrieden von den realistischen Einsatzbedingungen, die Labrador bietet: In zwei Gebieten ist der Tiefflug bis zu 30 Meter über dem Boden und noch tiefer möglich. In der Bundesrepublik ist das nirgendwo erlaubt. Die niedrigste dort fliegbare Höhe beträgt 80 Meter, was jedoch wegen der Kürze der Strecke jeweils nur für eine bis einhalb Minuten möglich ist. Der extreme Tiefflug aber ist das As im Armeel der zahlenmäßig weit unterle-



Die dichte Besiedlung der Bundesrepublik setzt der Luftwaffe enge Grenzen für das Tiefflug-Training. FOTO: ZINS/BAW/MV

genen NATO-Luftstreitkräfte. Er gibt dem Westen die Möglichkeit, Abschreckung glaubhaft zu machen, weil die Sowjets noch über kein Waffensystem verfügen, das einen derartigen Tiefflug bekämpfen könnte. Die Piloten des Warschauer Pakts üben nicht in solch geringen Höhen.

Ein Major und Phantom-Pilot aus Pferdsfeld berichtet: „In 30 Metern Höhe bei einer Geschwindigkeit, die eine jede Minute 16 Kilometer weiter bringt, verengt sich das Sichtfeld nach vorne bis auf wenige Zentimeter. Mit äußerster Konzentration muß geflogen werden. Ein Blick auf die Instrumente ist nicht mehr möglich. Das besorgt der Hintermann im Cockpit. Wenn wir zurückkommen, sind wir durch die Konzentration durchgeschwitzt.“

Für die NATO ist extremer Tiefflug auf unbeschränkten Rennstrecken ein wesentliches Element zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung. Es ist ein praktisches Beispiel für die Philosophie, daß Kriegsverhinderung die Lebensberechtigung des Bündnisses sei und das Ausmalen von Kriegsszenarien dieser Philosophie diametral entgegengesetzt. In diesem Zusammenhang stellt, gewinnt Goose Bay strategische Bedeutung. Im Sinne der Sowjetunion kann es nicht sein, daß Goose Bay sich zu einem Eldorado der NATO-Tiefflugerei entwickelt. Die kanadi-

sche Regierung hat der Allianz angeboten, den Stützpunkt zu einem regelrechten Zentrum für die taktische Fliegerei zu entwickeln. Die Öffentlichkeit des Westens hat bisher von Goose Bay so gut wie nicht Notiz genommen.

Andere, die wissen, was dort vor sich geht, sind schon da: Die kanadischen Behörden beobachten mit Interesse Ausländer, die sich mit schier unversiegbaren Finanzquellen unter die Indianer gemischt haben, um sie gegen Goose Bay als Luftstützpunkt aufzubringen. Ihr Motto: Für den Frieden, gegen die NATO, kein Tiefflug, Schutz vor Mensch und Tier vor dem Lärm der Düsenjäger.

Mit Hilfe dieser ausländischen Unterstützung, aus Europa herübergekommen, als es mit der Tiefflugerei ernst wurde, sind Indianer schon zu Friedenskundgebungen und Protesten in die Bundesrepublik gereist und auf internationalen Kongressen in Genf erschienen. Auch ein Vertreter der deutschen Grünen tauchte vor wenigen Wochen in Goose Bay auf, um Widerstand gegen die NATO zu organisieren. Die Royal Canadian Mounted Police ließ ihn gewähren. „Dies ist ein freies Land“, sagt ein kanadischer Offizier.

Im kommenden Jahr will die NATO entscheiden, ob Goose Bay oder der Flugplatz Korya in der Türkei zum neuen taktischen Waffenzentrum der westlichen Luftstreitkräfte ausgebaut werden soll. Die deutschen Piloten sind sicher, daß die Bundesluftwaffe weiterhin auf Goose Bay bleiben wird. „Unter idealen Bedingungen wie hier können wir nirgendwo sonst fliegen“, sagt ein Offizier. (SAD)



WIE WAR DAS? Als der Papst nach Castel Gandolfo kam

Von F. MEICHSNER

Wenn der römische Sommer immer heißer wird und Touristen aus aller Welt die ans Meer und in die Berge abreisenden Römer im Straßenbild verdrängen, „verweist“ allmählich auch der Vatikan. Das Feriensignal für die Kardinäle und Prälaten der Kurie ist das Gebirgsmassiv der Hübschraubers, der den Papst in seine Sommerresidenz Castel Gandolfo bringt. Für einige Wochen wird dann der päpstliche Landsitz in den Albanen Bergen zum Mittelpunkt der katholischen Welt. In diesem Jahr hat Johannes Paul II. seine „Ferien“ schon kurz nach dem Peter-und-Paul-Fest begonnen. Muß er sich doch im August für die geplante anstrengende Afrika-Reise unterbrechen. Castel Gandolfo liegt 25 Kilometer

südöstlich von Rom am Rande des Kratersees von Albano, 420 Meter über dem Meeresspiegel. Der dort im Auftrag Urbans VIII. von Carlo Maderno, dem Architekten der Fassade von St. Peter, im 17. Jahrhundert errichtete Papst-Palast bildet das Zentrum eines 40 Hektar großen vatikanischen Besitzes, der aufgrund der Lateranverträge von 1929 exterritorialen Status hat.

Das Areal, das fast die Ausdehnung des Vatikanstaates (44 Hektar) erreicht, umfaßt neben dem Palast die mit ihm verbundene Villa Barbarini, die Villa Cybo, die vatikanische Sternwarte, eine den vatikanischen Gärten in nichts nachstehende großzügige Gartenanlage, eine Audienzhalle, ein Mustergut und das auf Wunsch des gegenwärtigen Papstes erbaute Hallenschwimmbad, über

das in Rom die angebliche päpstliche Bemerkung kolportiert wird, es sei „billiger als ein Konklave“. (Ein Konklave muß nach dem Tod eines Papstes zur Wahl eines Nachfolgers einberufen werden.)

Der päpstliche Palast wurde auf den Ruinen des mittelalterlichen Castel Gandolfo, obwohl die dortige Villa, die allmählich verfiel, vom italienischen Staat nicht - wie fast der gesamte andere Kirchenbesitz - enteignet worden war.

Erst Pius XI. siedelte, an die Tradition der Zeit vor 1870 anknüpfend, in der Ferientzeit wieder für mehrere Wochen nach Castel Gandolfo um - zum ersten Mal 1934, nachdem der päpstliche Palast von Grund auf renoviert worden war.

Der jetzige Papst sieht in dem Palast mit seinen Gärten und Villen, mit seinem Schwimmbad und mit seinen

weiten Ausblicken über die Campagna, auf das Meer, die Sabiner Berge und die Ewige Stadt, auch übers Jahr gelegentlich Erholung vom anstrengenden Tageswerk.

Vor allem nach Auslandsreisen dirigiert er auf dem Heimflug das Flugzeug nicht selten nach dem kleinen Flughafen Ciampino am Fuße der Albanen Berge um und läßt sich dann mit dem Hubschrauber direkt nach Castel Gandolfo bringen.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern verließ Johannes Paul II. freilich dem Vatikan kaum je länger als eine Woche fern. Wenn er nicht gerade auf Reisen ist, fliegt er - selbst im heißesten Hochsommer - jeden Mittwoch zu der auf dem Petersplatz stattfindenden Generalaudienz von Castel Gandolfo nach Rom.

In Kreuzberg sind nicht nur die Nächte lang

Wäre es nicht Berlin, würde man es eine Provinz-Posse nennen: Mehr als vier Monate nach den Wahlen gibt es in den Bezirken Kreuzberg und Schöneberg noch keine Bezirksregierung. Warum? Weil politischer Hickhack die Erfüllung des Gesetzes verhindert.

Von DIETER DOSE

In Berliner Bezirksamt, die Regierung des Bezirks sozusagen, besteht aus einem Bürgermeister und sechs Stadträten. Nun schreibt das Berliner Bezirksverwaltungs-gesetz vor, daß die stärkste Fraktion den Bürgermeister stellt und die Zahl der Stadträte nach dem d'Hondtschen Verfahren auf die im Bezirksparlament vertretenen Parteien verteilt wird. Politische Koalitionen schießt das Gesetz aus. So können SPD und Alternative Liste (AL), die in Kreuzberg die Mehrheit haben, nicht die CDU als stärkste Fraktion von der Regierungsverantwortung ausschließen und in die Opposition verdrängen.

Das Gesetz aber besagt auch: Das neue Bezirksamt existiert erst, wenn alle Mitglieder gewählt sind. Was in den beiden Bezirken nicht der Fall ist.

So ist in Kreuzberg, Berlins Problembezirk mit 40 000 Ausländern unter den 130 000 Einwohnern, CDU-Mann Wolfgang Krüger schon seit April als Bürgermeister gewählt, denn die Christdemokraten wurden am 10. März mit 38,4 Prozent der Stimmen vor SPD (30,8) und AL (25,5) stärkste Partei.

Nur, Krüger kann nicht amtieren. An seinem Bürgermeister-Schreibtisch sitzt entweder der Vorgänger, der längst ausscheiden wollte, oder der Stellvertreter. Den stellt die SPD, den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Waldemar Schulze. Weil der schon Vize im alten Bezirksamt war (und auch im neuen wieder wird), führte er die Amtsgeschäfte, als der alte Bürgermeister, ein Christdemokrat, krank war.

Die Probleme kamen mit den Grünen, die in Berlin als Alternative Liste firmieren und nicht nur in Kreuzberg, sondern in allen zwölf Bezirksparlamenten präsent sind. In Kreuzberg, der AL-Hochburg, stehen ihnen zwei Stadträte zu.

Weder CDU noch SPD bestreiten das. Aber die beiden großen Parteien verbündeten sich, um den AL-Mann Werner Orlowsky, schon seit 1979 Baustadtrat und Zugpferd der Alternativen im Wahlkampf, nicht wieder zum Zuge kommen zu lassen. Die SPD wirft ihm „Kontinuität der Schlamperei“ vor, CDU-Fraktionschef Wolfgang Fisch nannte ihn einen „geschickten Scharlatan“. Im Klartext wird dem gelehrten Drogisten vorgeworfen, seine Kenntnisse im Haushaltsrecht seien mangelhaft, er habe die Realisierung öffentlicher Bauvorhaben versumt und Baugenehmigungen zu lange auf seinem Schreibtisch schmoren lassen.

Eine lange Latte von Vorwürfen. Doch die AL hielt an Orlowsky fest. Es gab lange Nächte in Kreuzberg - viermal fiel der Baustadtrat bei der Bezirksamtswahl durch. Doch dann bröckelte die „große Koalition“ von Christ- und Sozialdemokraten. Als nämlich die CDU den durchaus legalen Trick anwandte, den AL-Mann,

den außer seiner Fraktion keiner wieder wählen wollte, abzuwählen, spielten die Genossen nicht mehr mit. Beim Abwahlen stimmten sie plötzlich für Orlowsky.

Für Kreuzberger CDU und SPD gab es sogar Scheitern aus dem Rathaus Schöneberg. Aber selbst der Appell des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, in den Bezirken endlich „klar Schiff“ zu machen und dem Wählerwillen zu entsprechen, verhalf nicht. „Der Wähler hat entschieden, damit muß man leben“, kritisierte der CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Dankwart Buhwit, die Kreuzberger Union. In die gleiche Kerbe schlug der baupolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Nagel: Die Argumente der Kreuzberger SPD sind nicht überzeugend.

Am morgigen Mittwoch soll der Hickhack beendet werden. Nun will auch die CDU Orlowsky wählen, damit der Bezirk endlich eine Regierung erhält. „Mit Bauchschmerzen“, so Fraktionschef Fisch, will die Union dem AL-Baustadtrat ihre Stimmen geben. Um ein Kuriosum zu beenden: Denn die SPD, der nach dem Wahlergebnis vom 10. März nur zwei Stadträte zustehen, hat derzeit drei.

Kehrtwendung auf der ganzen Linie, wobei sich die Kreuzberger CDU, so Fisch, von der Gesamtpartei „in keiner Weise unter Druck gesetzt fühlt“. Am 27. Juli wird die Berliner Senatskanzlei deshalb zum siebenten Mal einen Dienstwagen in Richtung Kreuzberg in Marsch setzen. Mit den Erneuerungsurkunden für Bürgermeister und Stadträte. Die waren schon sechsmal dorthin gebracht worden, dürfen aber nur ausgehändigt werden, wenn alle Bezirksamtsmitglieder gewählt sind. Siebenmal mußte das Datum der Urkunden geändert werden.

Wahrscheinlich klappt's diesmal. Weil auch die AL eingelenkt hat. Wenn ihr Orlowsky gewählt wird, will sie bei dem ihr zustehenden zweiten Stadtratposten nicht mehr auf das von der CDU mit Beschlag belegte Volksbildungsressort bestehen, sondern einen Kandidaten für das freie Dezernat Gesundheitswesen benennen.

„Es wird Zeit, daß in diesem Bezirk mit seinen vielen Problemen endlich wieder sachliche Arbeit geleistet werden kann“, sagt Krüger, der Bürgermeister „auf Abruf“.

Der siebte Mann im Bezirksamt fehlt auch noch in Schöneberg. Parteinterne Querelen in der SPD sind schuld, daß es auch hier keinen Baustadtrat gibt. Aber auch das soll nun schnell geschehen.

Etwas schneller, aber noch kurioser ging die Bezirksamtsbildung in Berlin-Steglitz über die Bühne. Hier stritten sich CDU (61,8 Prozent) und AL (11,8) um einen Stadtratposten. Denn die üblichen Zählverfahren ergaben ein Patt. Bis zum Oberverwaltungsgericht ging der Streit, das salomonisch entschieden und dem Bezirksparlament den „Schwarzen Peter“ überließ. Mit der Empfehlung, man könne ja auch losen.

So geschah es. Bei der „Tombola“ um den Stadtratposten zog die AL die Nieten, die CDU den Hauptgewinn. Die Union erhielt ihren fünften Stadtrat (Henning Lemmer, Sohn des ehemaligen Bundesministers Ernst Lemmer), die AL ging leer aus.

So reicheten die Wahlen des Frühjahr vor für ein Berliner „Sommertheater“.

VON OFT-FLIEGERN EMPFOHLEN: REGAL IMPERIAL SERVICE IN DER FIRST- UND EXECUTIVE CLASS.

Unter Business Class-Reisenden hat es sich herumgesprochen: Der einzigartige Regal Imperial Service von Northwest Orient Airlines bedeutet zusätzlichen Komfort und Luxus: ● Edles „Royal Doulton“-Porzellan. ● Erlasene Menüs (3 Hauptgänge stehen zur Auswahl). ● Kalifornische, deutsche und französische Weine. ● Interessante Cocktails. ● Elektronische Kopfhörer für Bord-Kino und

Luxus: Für Leute, die sich auskennen.

Stereo-Musik. ● Reise-Necessaires. Die Executive Class bietet Ihnen außerdem: ● Komfortablen 747 Jumbo Jet-Service. ● 16 neue, bequeme Sessel im Oberdeck (eine rechtzeitige Vorausbuchung ist notwendig!). ● Freie Sitzplatzauswahl im voraus. ● Separate Abfertigungsschalter. ● Bevorzugte, schnelle Gepäckauslieferung bei der Ankunft.

NORTHWEST ORIENT

Nach... Anchorage ● Atlanta ● Billings ● Birmingham ● Boston ● Bozeman ● Chicago ● Cleveland ● Dallas ● Denver ● Detroit ● Edmonton ● Fargo ● Ft. Lauderdale ● Ft. Myers ● Ft. Worth ● Grand Forks ● Grand Rapids ● Great Falls ● Helena ● Hollywood ● Honolulu ● Kansas City ● Las Vegas ● Los Angeles ● Madison ● Miami ● Milwaukee ● Minneapolis ● Missoula ● New York ● Newark ● Omaha ● Orlando ● Philadelphia ● Phoenix ● Portland ● Rochester ● St. Louis ● St. Paul ● St. Petersburg ● San Diego ● San Francisco ● Seattle ● Spokane ● Tacoma ● Tampa ● Tucson ● Washington D.C. ● West Palm Beach ● Winnipeg ... und Fortinet

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Reisebüro oder direkt von Northwest Orient Airlines, 6000 Frankfurt/Main, Kaiserstr. 33, Tel. 069/234344 u. 230831 oder 2000 Hamburg 36, Esplanade 41, Tel. 040/351541.

Glötz: SPD kann Wahlergebnis von 1972 übertreffen

PETER PHILIPPS, Bonn
Die SPD bereitet sich darauf vor, im wesentlichen auf drei politischen Feldern die Auseinandersetzung der Bundestagswahl 1987 zu führen. Dabei steht das Arbeitslosenproblem an erster Stelle. Nach den Worten von Bundesgeschäftsführer Peter Glötz will die SPD dem „neoliberalen Ökonomismus“ der Bundesregierung „den Kampf ansagen und eine sozial-ethische Betrachtungsweise durchsetzen“. Denn alle Umfragen ergäben, daß der Koalition „das Aufwiegen der Arbeitslosigkeit durch andere wirtschaftliche Daten, beispielsweise die niedrige Inflationsrate, nicht mehr gelingen“ werde. Glötz brachte als „persönlichen“ Vorschlag erneut den Gedanken eines „zweiten Lastenausgleichs“ vor, „klassische, kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme“ seien „nicht praktikabel“. Wer in den nächsten zyklischen Abschwung mit weniger als zwei Millionen Arbeitslosen hineingehen wolle, müsse „einen Solidarbeitrag aller Bürger einkalkulieren“.

Die beiden anderen Schwerpunkte betreffen eine offensive Auseinandersetzung mit dem Vorwurf des „Anti-Amerikanismus“ sowie eine Hinwendung zur Europa-Politik.

Glötz sieht für die SPD „1987 die Chance, an ihr Wahlergebnis von 1972 anzuknüpfen oder es sogar zu übertreffen“. Die SPD-Chancen wüchsen auch, weil es der Bundesregierung nicht gelinge, „anders als Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher bis 1978 eine blockierende Regierungsform, ein geistiges Band zu entwickeln“. Aber der SPD-Geschäftsführer setzt offensichtlich ebenfalls wenig auf Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf eine Regierungsübernahme 1987, sondern eher darauf, daß Bundeskanzler Kohl nicht „lange gegen die dann stärkste Partei“, die SPD, regieren könne. Glötz warnt seine Genossen auch davor, sich wie 1983 in Diskussionen über

Ein Buch - wie der Blitz aus heiterem Himmel:

Paul C. Martin

Cash Strategie gegen den Crash

(356 Seiten, DM 36,-)
Die heute besten Argumente für Kapitalanleger und Anlageberater
Wirtschaftsverlag Langen Müller/Helbig
Thomas-Wimmer-Ring 11
8000 München 22
Tel.: 089/2350080

ein Bündnis mit den Grünen zu verstricken, mit denen es „auf Bundesebene keine Kooperationsmöglichkeit“ gebe.

Bundespräsident lobt Reinheit des Denkens

DW, Berlin
Als „Seele des Widerstandes“ bezeichnet Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Eröffnung einer Ausstellung über den „Kreislauer Kreis“ in Berlin diese überkonfessionelle, politisch unterschiedlich zusammengesetzte Widerstandsgruppe. Die Ausstellung wurde von der Stiftung Freudscher Kulturbesitz organisiert und ist in der Berliner Staatsbibliothek zu besichtigen.

Der Bundespräsident sprach in seinen kurzen Eröffnungsworten von einer seltenen „sittlich-politischen Substanz“, die bei den Treffen auf dem schlesischen Gut von Helmuth James Graf von Moltke zum Ausdruck gekommen sei. Aus den Dokumenten und hinterlassenen Schriften der Mitglieder des „Kreislauer Kreises“ gehe noch heute eine „beispielhafte Reinheit des Denkens und des Wesens“ hervor. Die Gruppe habe ihr Selbstverständnis nicht in operativer Tätigkeit gesucht, sondern Meinungen und Gedanken über die notwendige geistige Erneuerung nach dem Ende der Hitler-Tyrannie ausgetauscht.

Von Weizsäcker unterhielt sich nach einem ausgedehnten Rundgang durch die Ausstellung noch intensiv mit Mitgliedern der Widerstandsbewegung und Angehörigen der Männer und Frauen des 20. Juli. Als junger Hauptmann und Adjutant im Potsdamer Infanterieregiment 9 war der heutige Bundespräsident mit Männern des 20. Juli bekannt gewesen. Noch heute pflegt er zu einigen Überlebenden freundschaftliche Verbindungen.

Richard von Weizsäcker und Karl Carstens bei den deutschen Wanderfreunden



Richard von Weizsäcker ist erst seit gut einem Jahr im Amt und schon hat er ein unverwechselbares Profil. Seine Reden, wie die zum 3. Mai, finden weltweit große Beachtung. Ein Bundespräsident, der Denkstätte geben möchte. FOTO: SCHULZ-VORBERG

Karl Carstens war als Bundespräsident auf dem Parkett ebenso „bewandert“ wie auf dem Weg durch die Republik. Er machte die Fortbewegung per pedes wieder populär. Nicht nur für seine Mitwanderer war er ein „Staatsoberhaupt mit Herz“. FOTO: POLY-PRESS

Zwei Präsidenten auf dem „Prüfstand“

Von MICHAEL JACH

Den einen, der auf Schusters Rappen in die Herzen „seiner“ Bürger wanderte wie keiner vor ihm, feierten sie mit stürmischem Jubel. Den anderen, der mit Minutenplan, Hubschrauber, Konvoi mit Sicherheitsbeamten zu Festrede und Ehrungen anreiste, empfingen sie mit ehrerbietigem Beifall.

Deutschlands Wanderer und ihre Bundespräsidenten - oder: Was ist Populartät? Unter den mehr als Zwanzigtausend, die sich am letzten Wochenende in Osnabrück zum 85. Deutschen Wandertag des Verbandes Deutscher Gebirgs- und Wandervereine eingefunden hatten, war wohl kaum einer, der nicht seine Vergleiche angestellt hätte zwischen „Alt-Bundespräsident Karl Carstens und Amtsnachfolger Richard von Weizsäcker“.

„Zwei Bundespräsidenten beim Wandertag“, verkündete der Verband nicht ohne Stolz. Anreiz genug, die beiden unterschiedlichen Männer zu vergleichen. Nicht fröhlich um die Talente zweier unverwechselbarer Persönlichkeiten im höchsten Amt des Staates gegeneinander auszuspielen.

Deutschlandwanderer Carstens kam in die Stadt am Wiehengebirge, ganz so, wie er sich den Bürgern abseits des großen Protokollgepräges eingeprägt hat: zum Wandern mit den Gleichgesinnten, die ihm zum Ehrenpräsidenten ihres Verbandes erhoben und seiner Amtszeit hunderttausend neue Mitglieder zu schreiben. Selbstbestätigung von Vereinsmeiern? Doch wohl kaum. Sie teilen mit Karl Carstens ihr ganz und gar deutsches natur-„romantisches“ Lebensgefühl, mit ihren Gefühlen fanden sie sich von ihm bestärkt. Buchstäblich und bildlich ein „Präsident zum Anfassen“, den sie, wenn sie mit Wärme von ihm sprechen, achtungsvoll „den Professor Carstens“ nennen.

Wandern und Umwelt“ auszuzeichnen. Und sprach vom persönlichkeitsbildenden Wert des Wanderns, wie es aus den künstlichen Technik- und Medienwelten „zu uns selbst führt, zur Natur, zum Mitmenschen, zum Miteinander-unterschiedlich-Sein“. Die Zehntausend am Sonntag in der Stadthalle bestärkten ihn mit lebhaftem Beifall.

So geht das: Als Karl Carstens 1979 nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten seine Wanderung durch Deutschland ankündigte, machten sich auch Parlamentarier in Bonn über ihn lustig. Nach der „grünen“ Wiederentdeckung der Natur lacht niemand mehr, wenn der Nachfolger von Weizsäcker den vormals Verachteten als Vorbild herausstellt, ja, dessen Wanderlust nahezu zur Amtstradition erhebt.

Diesen Präsidenten „anzufassen“, war hernach schwierig. Nach dem Deutschlandbild eilte er, wohl im Gedränge Hände drückend und winkend, unter dem notwendig allgegenwärtigen Schutz seiner Begleiter zum Gespräch mit den eben geehrten Vereinsvorständen. Draußen warteten geduldig „Schlechte“, bis er sich eine Stunde später aufmachte zum Rathaus, in dem einst der Westfälische Friede geschlossen wurde und sich nun die Stadt die Ehre gab.

Während der 15 Fußminuten dort wiederum Handgedrücken. Passanten winkten dem Staatsoberhaupt freundlich zu. Zwei Tage zuvor hatte Karl Carstens in der Innenstadt einen Zebrastreifen überquert, da haben die Autofahrer vor der Ampel gehupt „wie die Wilden“.

FDP-Spitze verärgert über hessischen Alleingang

Atomare Gefechtsfeldwaffen in Genfer Dialog einbeziehen?

STEFAN HEYDECK, Bonn
Der Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV, Generalmajor Martin Holthaus, hat in der FDP Umsturz ausgelöst. Er hatte als Vorsitzender Mitglied der hessischen Liberalen Verhandlungen über den Abzug aller atomaren Gefechtsfeldwaffen, die nur kurze Reichweiten haben, aus ganz Mitteleuropa gefordert. Nach seinem vom Landesvorstand bei nur einer Enthaltung angenommenen Antrag sollen die Bundes-FDP und die Bundestagsfraktion darauf hinwirken, daß diese Waffen in die Rüstungskontrollverhandlungen der Supermächte einbezogen werden. Anders ist nach Meinung der Hessens-FDP das vom Saarbrücker Parteitag im Februar beschlossene Ziel eines atomarwaffenfreien Europas nicht erreichbar und wirklich glaubwürdig.

Der General ging davon aus, daß gerade von der Zusammenballung der atomaren Gefechtsfeldwaffen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze eine besonders auf Deutschland konzentrierte Bedrohung ausgehe. Der Landesvorstand stimmte in dem Antrag der Meinung zu, daß Artilleriemunition mit Reichweiten von 30 und Kurzstreckenraketen von 100 Kilometern auch der Abschreckung im Vorfeld von Auseinandersetzungen zweifelhaft erscheine. Deshalb sollten zur Verstärkung der Vertrauensbildung auch in der eigenen

Bevölkerung diese Waffen aus dem Abschreckungsspektrum herausgenommen werden.

In Bonner FDP-Kreisen hieß es dazu: Holthaus habe zwar Recht mit seiner Forderung. Der „Kernfehler“ des Papiers bestehe aber darin, daß keine Bedingungen gestellt und die Probleme nicht richtig gesehen worden seien. Deshalb sei es ein Rückschritt hinter seit langem gültige FDP-Beschlüsse. So trete die Partei zwar für eine radikale Reduzierung der Atomwaffen ein. Sie habe dies jedoch an Voraussetzungen geknüpft.

So muß es nach den Vorbedingungen der FDP zu einer Gleichheit im konventionellen Bereich kommen. Sonst wäre der Warschauer Pakt auf diesem Feld klar der NATO überlegen. Um hier zu einem Ausgleich zu kommen, könne der Westen auf ein gewisses Maß an atomarer Kampfkraft nicht verzichten. Notwendig seien daneben Erfolge bei der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE). Außerdem solle es zu einem Abbau der Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und SS 20 kommen. Ausser acht gelassen worden sei in dem hessischen Papier auch, daß nach dem zwei Jahre alten NATO-Beschluß von Monte Bello bis 1988 der Rückzug von insgesamt 2400 Atomwaffen vorgesehen ist, von denen schon 1000 im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss abgebaut wurden.

„Auf Hilfe aus dem Westen angewiesen“

Ungarischer Wirtschaftsexperte lobt die Zusammenarbeit von Bonn und Ost-Berlin

hrk, Berlin
Um international konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden, sind Ungarn und die „DDR“ gleichermaßen auf die Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen. Dabei ist die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin von Bedeutung. Zu dieser Einschätzung gelangt einer der wichtigsten ungarischen Manager, Gerd Biro. Ganz im Sinne der außenpolitischen „Achse“ Budapest-Ost-Berlin spricht sich der Generaldirektor der ungarischen Handelskammer für noch engere wirtschaftliche Kontakte zum Westen aus.

Biro publiziert seine Einschätzung der Lage im RGW-Bereich und der künftigen Rolle Europas in der Fachzeitschrift „Osteuropa-Wirtschaft“, die in Stuttgart erscheint. Der führende ungarische Ökonom äußert dabei Gedanken, die im Prinzip auch die Haltung Ost-Berlins wiedergeben, dort aber derzeit offen vor in internen Gesprächen mit Gästen aus Bonn noch gar öffentlich zum Ausdruck kommen.

Den Dialog suchen

Freimütig räumt Biro dabei ein, daß es in den RGW-Ländern - die „DDR“ eingeschlossen - „innere Wirtschaftsprobleme beziehungsweise -reformen“ gebe, die sich ebenso wie „negative Tendenzen in der kapitalistischen Weltwirtschaft“ auf die Beziehungen in Europa auswirken.

Auf die „Polen-Krise“ eingehend, die weder Bonn noch die anderen westeuropäischen NATO-Staaten im Gegensatz zu den USA zur Konfrontation benutzt hätten, nennt der Budapest Autor ein Rezept, das auch für die „DDR“ gilt: „Auf breiterem Horizont betrachtet, stellen geregelte innere Verhältnisse der sozialistischen Länder, die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie sowie die Modernisierung des politischen Instrumentariums ein gesamtwesteuropäisches Interesse dar.“ Auf Ost-Berlin bezogen, wären somit auch dort die Auswahlmöglichkeiten unter mehreren Wahlkandidaten (wie kürzlich in Ungarn) und eine innere Modernisierung nötig.

Im schroffen Gegensatz zur Moskauer „Revanchismus“-Kampagne gegenüber Bonn und den bisweilen ebenfalls sehr lauten Tönen aus der SED in Richtung der Bundesregierung erntet die heutige Bonner Führung großes Lob von Biro. Ost-West-Handel als Teil der Entspannungspolitik sei eine Devise der Bundesrepublik. „Hier blickt die sogenannte „Ostpolitik“, die in der Politik der aufeinanderfolgenden Regierungen ein mehr oder weniger konstantes Element darstellt, auf langjährige Traditionen zurück.“

Was in Ost-Berlin offenbar im Hinblick auf die psychologische Lage in der Bundesrepublik noch immer nicht richtig begriffen worden ist, beschreibt Biro so: „Rhetorische Ele-

mente beeinflussen sehr ungünstig die Öffentlichkeit, was später auch dazu führen kann, daß die Regierung bei gewissen Kompromißlösungen Gefangene der früher selbst erlebten ungünstigen Atmosphäre hiebeln.“ Biro bezieht diese Äußerungen vor allem auf die USA, warnt aber zugleich auch die RGW-Staaten vor Ziel Propaganda: „Auch der Dialog mit den westeuropäischen Staaten soll in der öffentlichen Meinung zur Schaffung einer für die Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen günstigen Atmosphäre beitragen.“

Nur gegen Devisen

Der Experte aus Ungarn notiert auch, was Ost-Berlin in dieser Offenheit nicht einräumt, gleichwohl aber fordert: Nur bessere Produkte, die gegen harte Währung auf dem Weltmarkt zu verkaufen sind, sichern die notwendigen Importe aus dem Westen, die weder von der UdSSR noch anderen RGW-Ländern zu haben sind.

Die Herstellung solcher weltweit begehrter Artikel jedoch, deren Herstellung Erich Honecker ständig fordert, kann nur gelingen, wenn sich die „DDR“-Industrie mit westlicher Hilfe modernste westliche Technologie kauft. Als Gegenleistung erwartet Bonn unverändert Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen des Landes.

Ungewißheit über Vietnam-Vermißte schmerzt am meisten

FRITZ WIRTH, Washington
Vizepräsident George Bush erschien, streute Signale der Hoffnung und ließ von erkrankten Präsidenten grüßen. Auch Sicherheitsberater Robert McFarlane, der stellvertretende Verteidigungsminister William Taft und der Oberkommandierende der Streitkräfte, General John Vessey, ließen es sich nicht nehmen, zu erscheinen.

Dennoch hat niemand von ihnen unter den 800 Teilnehmern der 16. Jahreskonferenz der „Liga der Familien amerikanischer Kriegsgefangener und Vermißter“ im vergangenen Wochenende mehr beeindruckt als ein muskelbepackter Mann, der das Phantasieprodukt einiger Filmproduzenten ist und nur auf ein paar tausend Metern Zehnlitoid existiert. „Rambo“ ist sein Name, jener Vietnam-Veteran, der sich eigenhändig und erfolgreich auf den Weg macht, einige Kriegsgefangene nach Amerika heimzuholen, die von den Vietnamern festgehalten wurden.

Die Liga existiert seit dem 1. Mai 1970. Im vergangenen Jahr machte Ronald Reagan den dritten Freitag im Juli zum nationalen Erinnerungstag für die immer noch im Vietnamkrieg

vermißten 2477 amerikanischen Soldaten. Auf dem Weißen Haus wehte am Freitag unter der amerikanischen Flagge die schwarz-weiße Fahne der Liga der Vietnam-Vermißten mit der Aufschrift: „Ihr seid nicht vergessen“.

Gemau dieser beschwörende Satz aber ist es, der die meisten Angehörigen der Vietnam-Vermißten plagt und bedrückt. Sie befürchten, daß die vergangenen amerikanischen Regierungen und auch die Nation in ihrem Bestreben, diesen verlorenen Krieg zu verdrängen, zu sehr daran interessiert sind, auch die Akten über dem Schicksal der Vermißten zu schließen. Um dies zu verhindern, hat sich in der Liga eine „Rambo“-Fraktion gebildet, die entschlossen ist, einen härteren Kurs zu steuern. Sie will endlich Klarheit über das Schicksal ihrer Angehörigen bekommen.

Immer noch Hoffnung

Die Treffen dieser Liga sind seit über einem Jahrzehnt hochemotionale Ereignisse der Tränen, der Hoffnungen und der Verbitterung. Madeleine Bond, die vor 10 Jahren ihren damals 23jährigen Sohn über Laos verlor, drückte an diesem Wochen-

ende in Arlington aus, was die meisten Mitglieder der Liga belastet: „Ich glaube, ich könnte heute den Tod meines Sohnes akzeptieren. Unerträglich aber ist die Ungewißheit über sein Schicksal. Diese Ungewißheit ist es, die schmerzt.“ Und weil sie die Hoffnung nicht aufgeben mag, gibt es seit zehn Jahren in ihrem Haus ein unbenutztes Zimmer, das auf ihren Sohn wartet.

Es ist eine Hoffnung wider die Wahrscheinlichkeit. Im Jahre 1975 hatte ein Ausschuss des Kongresses 15 Monate lang dieses Problem untersucht und dabei auch Präsident Ford und Außenminister Kissinger angehört. Im Dezember 1976 kam dieser Ausschuss zu dem Ergebnis, daß sich „heute kein Amerikaner mehr als Ergebnis des Krieges in Indochina noch lebend in Kriegsgefangenschaft in Indochina befindet“.

Lange nicht alle Mitglieder der Liga der Vermißten akzeptieren dieses Verdict. Nach den Statistiken des Pentagon sind von den 2477 Soldaten, die als „MIA“ (Missing in Action) registriert sind, 1186 nachweislich gefallen, ihre Leichen jedoch seien un auffindbar geblieben. Unter ihnen sind 436 Luftwaffenpiloten, die über

der See abgestürzt sind. 647 weitere Soldaten wurden von ihren Kameraden als „vermutlich tot“ erklärt. Das läßt 644 offene Fälle zurück, die theoretisch als Kriegsgefangene in Vietnam festgehalten werden könnten, obwohl Hanoi behauptet, mit der Übergabe von insgesamt 591 Soldaten alle amerikanischen Kriegsgefangenen nach Kriegsende freigegeben zu haben.

3508 Berichte überprüft

Die Hoffnung auf lebende amerikanische Kriegsgefangene ist seit 1976 durch 3508 Berichte vietnamesischer Flüchtlinge wachgehalten worden, die angeblich vermißte Amerikaner gesehen haben. Das amerikanische Verteidigungsministerium ist allen diesen Berichten nachgegangen und hat sie mit Ausnahme von fünf verworfen. Das Problem bleibt jedoch, daß Vietnam den Amerikanern bisher keine Möglichkeit gegeben hat, diese Behauptungen an Ort und Stelle zu überprüfen.

Präsident Reagan gehört zu jenen, die nicht ausschließen, daß es noch lebende Kriegsgefangene in Vietnam gibt. „Wenn wir harte Beweise be-

kommen können, daß noch Amerikaner in vietnamesischen Gefangenen festgehalten werden, werden wir alles Nötige unternehmen, sie herauszuholen. Die Aufklärung des Schicksals der MIA's hat für uns höchste nationale Priorität. Solange diese Frage nicht geklärt ist, ist für uns das letzte Kapitel dieses Krieges nicht geschrieben“, sagte er.

Bush unterstrich dieses Versprechen und ließ bei der Jahresversammlung Hoffnung aufkommen mit der Ankündigung, daß die Regierung von Laos, wo 558 MIA's vermutet werden, sich kooperationsbereit gezeigt habe, zumindest das Schicksal der Gefangenen aufzuklären. Sie habe Erlaubnis gegeben, einige abgestürzte amerikanische Kampfflugzeuge in Laos auszugraben, wenn die Regenzeit vorbei ist.

Ob Zufall oder nicht: Unmittelbar vor dem Beginn der Jahresversammlung gab Hanoi bekannt, daß es zu Gesprächen auf „hoher Ebene“ bereit sei, um die Vermißtenfrage innerhalb von zwei Jahren zu klären. Als erste Geste sollen in den nächsten Wochen die Überreste von 26 Vermißten übergeben werden. Außenminister Shultz hat volle Kooperation zugesagt.

Wird Dobrynin aus Washington abberufen?

SAD, London
Der langjährige sowjetische Botschafter in Washington, Anatolij Dobrynin, steht nach israelischen Angaben vor seiner Ablösung. Wie die britische und amerikanische Presse gestern berichtete, stützt sich diese Information auf eine Äußerung des sowjetischen Botschafters in Paris, Julij Woronow, der diese Äußerung gegenüber dem israelischen Botschafter in der französischen Hauptstadt gemacht hat. Bei einem Gespräch der beiden Botschafter in der Pariser Villa des israelischen Pianisten und Dirigenten Daniel Barenboim drückte Woronow die Erwartung aus, in Kirzzeit Dobrynins Nachfolger in Washington zu werden.

Dobrynin vertritt sein Land seit 22 Jahren in den USA und gilt als Protégé des neuen sowjetischen Staatspräsidenten Andrej Gromyko. Experten halten es für möglich, daß Gromykos Nachfolger als Außenminister, Eduard Schewardnadse, eine Reihe von Veränderungen im diplomatischen Corps vornehmen wird.

Neuer US-Botschafter in Ost-Berlin

hrk, Berlin
Nach der Ernennung der amerikanischen Botschafterin in Ost-Berlin, Rozanne Ridgway, zur Unterstaatssekretärin für Europa und Kanada im State Department steht der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin ein größeres Revirement bevor. Als neuer Botschafter Washington ist der Berufsdiplomat Francis Meehan vorgesehen. Der 61jährige sammelte bereits während seiner Tätigkeit als Missionschef in Warschau und Prag Erfahrungen im Ostblock. Der Amtsantritt des neuen Botschafters ist für September vorgesehen. Nach Informationen der WELT soll außerdem der bereits früher einmal an der Botschaft in Ost-Berlin tätig gewesene Allan Thompson eine führende Rolle in der politischen Abteilung des Hauses übernehmen.

Angesichts des gewachsenen Interesses der „DDR“, auch - wie in Italien und Frankreich - auf amerikanischen Boden durch kulturelle Aktivitäten Fuß zu fassen und Bonn Konkurrenz zu machen, dürfte die Amtszeit des neuen Botschafters von großer Bedeutung werden.

Verhaftungswelle in Südafrika

AFF, Johannesburg
In den ersten Stunden nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in weiten Teilen von Südafrika hat die Polizei des Landes nach eigenen Angaben 113 Personen verhaftet. Dazu verurteilt gestern von gut unterrichteter oppositioneller Seite, bei mindestens vier der Festgenommenen handle es sich um führende weiße Mitglieder der „Vereinigten Demokratischen Union“, der Sammelbewegung der Anti-Apartheid-Organisationen, der die Regierung in Pretoria eine Hauptrolle bei der Entstehung der Unruhen in den Schwarzen-Siedlungen zuschreibt.

Trotz des Ausnahmezustandes starben nach polizeilichen Angaben drei Menschen, unter ihnen ein Polizist, bei Zusammenstößen zwischen Stein- und Brandbombenwerfenden Schwarzen und Sicherheitskräften. Nach Meldungen von Beobachtern waren die meisten Schwarzen-Siedlungen durch massive Polizeiaufgebote von der Außenwelt abgeriegelt.

Hohe Haftstrafen für jüdische Siedler

hav, Jerusalem
Zu lebenslanger Haft hat ein Jerusalemer Bezirksgericht drei jüdische Siedler aus dem besetzten Westjordanien wegen Attentaten auf Palästinenser verurteilt. Der Armeekorps-Funk meldete, zwölf weitere Angeklagte hätten Gefängnisstrafen zwischen drei und zehn Jahren erhalten. Der Prozess war von heftigen Auseinandersetzungen in der israelischen Öffentlichkeit begleitet gewesen. Die 15 Siedler waren vor zwei Wochen für schuldig befunden worden, als Mitglieder einer jüdischen Untergrundorganisation an Anschlägen gegen Araber beteiligt gewesen zu sein.

Spaniens Botschafter in Zimbabwe ermordet

dpa, Madrid
Der Botschafter Spaniens in Zimbabwe, Jose Luis Blanco-Briones y de Cuellar, ist in der Hauptstadt des Landes ermordet worden. Wie das Außenministerium in Madrid mitteilt, gibt es keine Informationen über Umstände und Motiv der Tat. Botschafter Blanco-Briones befand sich seit September 1981 in Zimbabwe.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 245.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wer bei uns alles mitmischt.

Die Sowjets streben nach der Hegemonie über alle sozialistischen Länder - auch über jene, die sich, wie Jugoslawien, der Moskauer Macht entziehen konnten. Diese These findet sich in Veljko Micunovic's Buch „Moskauer Jahre“ (zweiter Teil), das vor einigen Monaten nach einer wohl politisch bedingten Verzögerung in Bel-

grad erschienen ist (Verlag Jugoslovenska Revija). Micunovic, 1982 gestorben, war zweimal Botschafter Titos in Moskau - auch von 1969 bis 1971, nach dem Einmarsch in der CSSR, in einer Zeit starker jugoslawisch-sowjetischer Spannungen. Er betrachtete die Sowjetunion nicht feindselig, aber ohne Illusionen.

Mit Breschnews Doktrin über den Balkan zum Mittelmeer?

Von CARL G. STRÖHM

Es ist eine Tatsache, daß die Sowjetunion besonders während der letzten Jahre im Übermaß Gewalt in den internationalen Beziehungen angewendet hat, schreibt der jugoslawische Ex-Botschafter Micunovic in seinen Tagebüchern. Den Russen gefalle weder die jugoslawische Politik der Blockfreiheit noch das innere System des Titosismus. Er zitiert einen Brief, den der sowjetische Parteichef Breschnew am 17. Oktober 1968 - knapp zwei Monate nach der CSSR-Invasion - an Tito richtete.

Breschnew beschwerte sich darin, in Jugoslawien werde eine „antisowjetische Stimmung“ geschürt. Er warf den jugoslawischen Kommunisten vor, die „internationalistische Aktion“ - den Einmarsch in die CSSR - falsch zu bewerten. Micunovic: „Wir haben die sowjetische Okkupation der Tschechoslowakei eine Niederlage des Sozialismus genannt. Die Russen aber nannten sie eine Niederlage des Imperialismus, der versucht habe, die sozialistische Gemeinschaft zu schwächen. Wir haben sie (die Okkupation) als Verletzung der Souveränität eines unabhängigen sozialistischen Landes bezeichnet. Die Russen bezeichneten sie als Beispiel des sozialistischen Internationalismus.“

Die Beteiligung der kleineren Staaten an der Invasion sei verhängnisvoll, denn „sie bedeutet praktisch, daß jene sozialistischen Staaten, die es akzeptierten, an der Seite der Russen an der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei teilzunehmen, damit selber unwiderruflich ihre Zustimmung gegeben haben, daß auch sie von der Sowjetunion okkupiert werden, wenn diese - so wie sie es im Fall der Tschechoslowakei bereits getan hat - eigenmächtig zum Schluß kommen sollte, daß die Interessen des Sozialismus bedroht sind.“

Über die Beziehungen Jugoslawiens zu der Sowjetunion schreibt Micunovic: „Die Russen haben in Wirklichkeit nicht akzeptiert, daß es sich hier um die Zusammenarbeit und Freundschaft unabhängiger und gleichberechtigter Partner handelt. Sie nahmen sich das Recht heraus, über alles definitiv und selbständig zu entscheiden. Wir (Jugoslawen) setzten uns für Gleichberechtigung ein, denn wir waren der Meinung, daß Zusammenarbeit und Freundschaft nur zwischen freien und gleichberechtigten Menschen existieren kann, nicht aber zwischen Unterworfenen und ihren Herren.“

Kurz vor seinem Umzug nach Moskau 1969 war Micunovic bei Tito. Er berichtet, wie er Tito gegenüber erwähnte, daß aus einigen Ostblock-Ländern, besonders aus Polen, Gerüchte verbreitet würden, die auf eine Absicht der Sowjets hindeuten könnten, Jugoslawien zu teilen. Demnach solle der Ostblock Serbien, Mazedonien und Montenegro in die Hand nehmen, wofür es „gute Voraussetzungen“ gebe, weil diese Teilrepubliken schon immer „pro-slawisch“ gewesen seien, während die andere Hälfte Jugoslawiens (Slowenien, Kroatien - der katholische, westliche Teil) sich selbst überlassen werden solle. Außerdem sei den Jugoslawen zu Ohren gekommen, daß Breschnew während eines Abendessens in Ost-Berlin gesagt habe, Jugoslawien hätte 1968 eine „konterrevolutionäre Reserve-Regierung für die Tschechoslowakei“ vorbereitet.

Schließlich gab Botschafter Micunovic seinem Partei- und Staatschef 1968 folgende Analyse der Lage: „Ich erinnere an die Tatsache, daß die UdSSR in Europa und Asien keinen gleichwertigen Partner in militärischer Hinsicht hat. Die Russen würden in Westeuropa nicht einmarschieren, denn es gibt bereits seit einem Vierteljahrhundert eine stille Übereinkunft mit der NATO und den USA über die Teilung Europas und die Respektierung der gegenseitigen vitalen Interessen. Deshalb kann das letzte Dorf in Österreich an der Grenze zum „Lager“ (dem Ostblock, d. Red.) noch für weitere zehn bis fünfzehn Jahre sicher sein... Die Stoßrichtung ihrer Expansion geht nach Süden, zum Mittelmeer und nach Afrika. Die Russen sind bereits dort - zum ersten Mal in der Geschichte mit ihren Streitkräften. Der Raum, der die Sowjetunion territorial und politisch vom Mittelmeer und von Afrika trennt, ist der Balkan und Jugoslawien.“ Das erkläre den langfristigen Sinn der Breschnew-Doktrin, denn dieser Raum sei „sozialistisch“. So seien dort die territorialen und ideologisch-politischen Interessen der Sowjets deckungsgleich.

Als Veljko Micunovic als Botschafter in Moskau eintraf, wurde er von den Sowjets - im Gegensatz zu seiner ersten Amtszeit unter Chruschtschow - kühl empfangen. Parteichef Breschnew ließ ihn monatelang auf einen

Gesprächstermin warten. Die Russen zögerten die Überreichung des Beglaubigungsschreibens lange hin. Ministerpräsident Kossygin empfing schließlich den Jugoslawen mit eisigem Schweigen zum ersten Gespräch.

Micunovic: „Kossygin ging mir keinen einzigen Schritt entgegen. Wortlos reichte er mir die Hand. Ebenso wortlos wies er mir einen Platz am Tisch... Ich unterbrach diese tödliche Stille nicht... Ich wollte, daß allen Anwesenden dieser ungewöhnliche Empfang für einen jugoslawischen Botschafter möglichst bewußt werden sollte. Kossygin kannte ich gut, um so mehr war ein solcher Beginn des protokollarischen Besuchs von seiner Seite aus ungewöhnlich.“

Dann aber hielt der sowjetische Regierungschef dem Botschafter Titos entgegen, die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen müßten nicht nur „gut“, sondern sie müßten vor allem „kameradschaftlich“ und „sozialistisch“ sein. Das aber hänge nicht von der Sowjetunion, sondern ausschließlich von den Jugoslawen ab. Scharf kritisierte Kossygin die negative Haltung der jugoslawischen Medien gegenüber der Sowjetunion. Als Micunovic daraufhin einen polemischen Aufsatz über Jugoslawien in der Moskauer Zeitschrift „Planwirtschaft“ erwähnte, ließ Kossygin diesen Einwand nicht gelten. „Er sagte



Veljko Micunovic (hier ein Foto aus dem Jahr 1971) stammte aus Montenegro, war KP-Funktionär und -im Krieg - Partisan. Der erste Band seiner Moskauer Tagebücher erschien Ende der sechziger Jahre auch in Deutsch (Klett-Cotta, Stuttgart) und behandelt seine Botschafter-Jahre 1956 bis 58.

FOTO: CAMERA PRESS

mir“, schreibt Micunovic, „daß er mir eine große Anzahl von Artikeln gegen die UdSSR in der jugoslawischen Presse zeigen könne und daß unsere Führer öffentlich gegen die Sowjetunion auftreten... In der UdSSR gebe es (gegenüber Jugoslawien) nichts dergleichen.“

Als Kossygin den Wunsch der Völker Jugoslawiens nach guten Beziehungen zur Sowjetunion erwähnte, fiel dem Botschafter auf, daß der Regierungschef nur die Serben, Montenegro und Mazedonier aufzählte, während er die anderen Völker übergang.

Ironisch fragte Kossygin den Botschafter, ob die Jugoslawen im Zusammenhang mit dem sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei „Angst bekommen hätten und deshalb über die Gefährdung Jugoslawiens und über die Drohungen der UdSSR lamentiert hätten“. In der Sowjetunion, sagte Kossygin, habe man sich über dieses Benehmen „gewundert“, denn niemandem sei hier so etwas in den Sinn gekommen. Micunovic: „Ich antwortete, daß wir seit langem gewohnt sind, mit verschiedenen Gefahren zu leben.“

Im Januar 1970 schreibt Micunovic in sein Tagebuch: „Unser inneres System wird von ihrer (der sowjetischen) Propaganda als „Marksozialismus“ bezeichnet. Der Sinn ist nicht klar. Er kann auf verschiedene Weise interpretiert werden, einschließlich eines käuflichen Sozialismus.“ Er notiert, daß die sowjetische Propaganda die Massenarbeitlosigkeit in Jugoslawien aufbauscht, ferner die Emigration jugoslawischer Arbeiter in den Westen, drittens die nationalen Streitigkeiten, viertens die Streiks, die es in Jugoslawien ebenso wie in den kapitalistischen Ländern gebe. Hinzu kommen die alten Parolen über die „nicht vorhandene Rolle“ der kommunistischen Partei, über die Eigenmächtigkeit der jugoslawischen Presse und die Behauptung, daß Jugoslawien „total von Zeitungen, Büchern, Filmen und besonders von Millionen Touristen aus dem Westen überflutet“ ist.

Auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien würde die Hegemonie

der UdSSR in ihrem Verhältnis zu anderen kommunistischen Ländern und Parteien einwirken, konstatiert Micunovic 1970. Die sowjetische Führung habe sich in ihrer Einschätzung, daß der Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 ihren Beziehungen zum Westen und den Blockfreien keinen Schaden zufügen werde, nicht getäuscht. Alle bisherigen Krisen im Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion seien wegen der hegemonistischen Politik Moskaus gegenüber den anderen sozialistischen Staaten, nicht aber wegen der Probleme entstanden, welche die Sowjetunion gegenüber dem Westen habe.

Micunovic bezeichnet die sowjetische Politik gegenüber Belgrad als scheinbar widersprüchlich, in Wirklichkeit aber als doppeldeutig. Beim Besuch des damaligen jugoslawischen Ministerpräsidenten Ribicic in Moskau im Juli 1970 zeigte sich dies: Nach außen demonstrierten die Sowjets Freundschaft und Harmonie.

In den internen Sitzungen sprach sich der sowjetische Ministerpräsident Kossygin nicht nur negativ über die jugoslawische Blockfreiheit aus, sondern wurde - so schildert Micunovic - grob: „Kossygin erlaubte sich ohne jeden Grund im Gespräch mit Ribicic verbale Schärfe und eine allgemeine Kritik an der unabhängigen Orientierung Jugoslawiens.“ Anstelle eines Vertrags über die Lösung einzelner Fragen - vor allem im wirtschaftlichen Bereich - forderte Kossygin Jugoslawien auf, in den RGW (die Wirtschaftsorganisation des Ostblocks) einzutreten, „um dort so zu arbeiten wie alle anderen“.

„Dann machte er uns klar, daß die Sowjetunion es nicht zulassen werde, daß die Errungenschaften des Sozialismus irgendwo in Europa bedroht würden.“ Als Ribicic den Vorschlag machte, im bilateralen Zahlungsverkehr die Konvertibilität einzuführen, lehnte das Kossygin ab - mit dem Argument, daß die Sowjetunion so etwas nur gegenüber kapitalistischen Ländern akzeptiere.

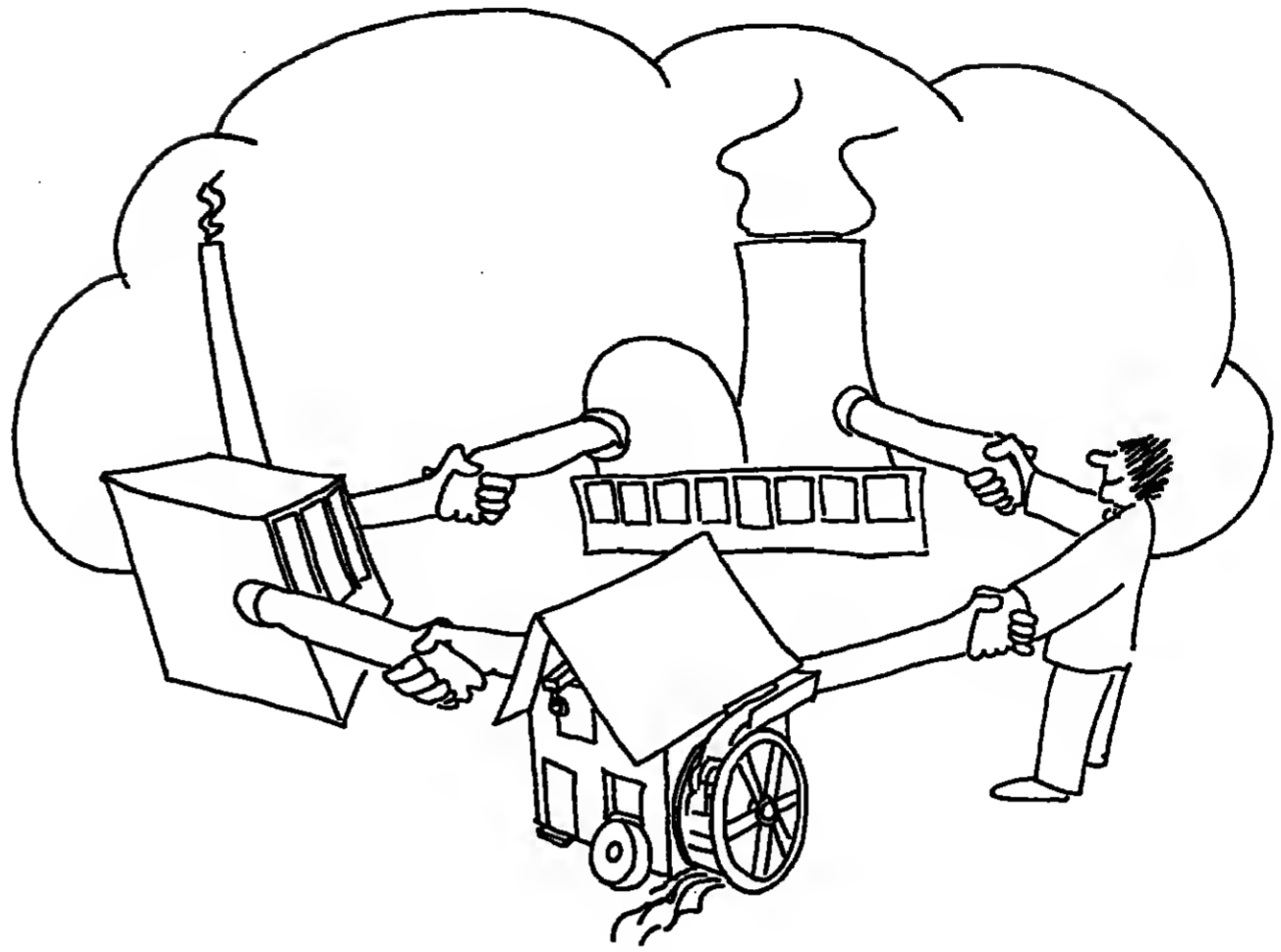
Auch den Vorschlag des jugoslawischen Ministerpräsidenten, die Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten zu erleichtern, um ein besseres Kennenlernen zu ermöglichen, lehnte Kossygin ab - er sagte (was ein Jugoslawe als Heiß empfunden muß), für die Bürger der UdSSR sei es eine Erniedrigung, Ausländer zu bedienen. Nur in einem Punkt verbielt sich Kossygin positiv: als er sich für eine enge Zusammenarbeit der sowjetischen mit der jugoslawischen Armee einsetzte.

Botschafter Micunovic zieht aus diesen Gesprächen den Schluß: „Als grundlegende Aufgabe steht vor uns die Notwendigkeit, möglichst rasch unsere vollkommene Unabhängigkeit in jenen Bereichen zu erlangen, in denen wir in größerem oder geringerem Maße noch immer von der Sowjetunion abhängig sind.“ Vor allem: die Versorgung mit strategischen Rohstoffen (Erdöl, Koks, Baumwolle, Asbest, Stahl, Aluminium) und die „grobe Abhängigkeit“ Jugoslawiens von sowjetischen Waffen- und Kriegsmaterial-Lieferungen.“

Während der Verhandlungen 1970 machte Micunovic eine interessante Beobachtung: Die Sowjets üben im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Fragen Druck aus - etwa wenn es um die Lieferung von Rohstoffen geht. Sie verlangen von Belgrad Geld für Investitionen zur Erweiterung der sowjetischen Rohstoffkapazitäten. Aber: „Im Zusammenhang mit der Abhängigkeit der jugoslawischen Armee von russischen Waffen und Ausrüstungsgütern verhalten sich die Russen genau entgegengesetzt. Sie drohen uns keineswegs mit der Einstellung der Lieferungen, sondern sie zeigen größte Bereitschaft, jeder Armee auch weiterhin in hoher Abhängigkeit zu halten.“

Sorgenvoll notiert der Botschafter im Juli 1970 in sein Tagebuch, daß es zwischen beiden Ländern keine „Reziprozität“ der Beziehungen gäbe. „Unsere Systeme sind verschieden, Jugoslawien ist ein offenes Land, im Gegensatz zur UdSSR. Die Russen haben in Jugoslawien die Möglichkeit, sich frei zu bewegen - uns ist hier in Moskau nur ein Radius von dreißig Kilometern gestattet. Die Russen stellen in Jugoslawien freie Kontakte mit jeder Gemeindeverwaltung, jedem einzelnen Betrieb, jeder Stadt, Republik, Universität und Akademie der Wissenschaften, mit sämtlichen Ressorts und Persönlichkeiten der Bundesregierung und des Präsidiums des Bundes der Kommunisten her. Wir hier (in Moskau) sind nur auf bestimmte Funktionäre der Regierung oder des Außenministeriums für alle Angelegenheiten angewiesen.“

In der nächsten Folge: Breschnew bietet Tito „brüderliche Hilfe“ an.



Strom läßt sich aus Wasser gewinnen, aus Kernenergie, aus Kohle, Gas und Öl. Strom kann man in Grund-, Mittel- oder Spitzenkraftwerken erzeugen. In eigenen und fremden. In kleinen und großen Anlagen. Es kommt auf die richtige Mischung an, um alles in den Griff zu bekommen.

Wir haben unsere Zielvorstellungen erreicht: Gemeinsam mit anderen erzeugen wir Strom in den Kernkraftwerken Obrigheim und Philippsburg. Aus Steinkohle erzeugen wir Strom und Fernwärme in Heilbronn und Ulm; auch in Bexbach und Ensdorf im Saarland wird für uns Strom aus Kohle erzeugt. Alles umweltfreundlich - in Kürze mit Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen. In Marbach haben wir Reservekraftwerke auf Ölbasis. Mit Flußkraftwerken und alpinen Pumpspeicher-Kraftwerken nutzen wir die Wasserkraft. Und unsere kleinen Deponiekraftwerke erzeugen Strom mit Biogas.

Auch die Mischung von Eigenerzeugung und Bezug muß stimmen. Hier sind wir einen großen Schritt weitergekommen. 75% unseres Stromes erzeugen wir inzwischen selbst. Vor wenigen Jahren war es erst knapp ein Drittel.

Und was haben unsere Kunden von unserer gesunden Mischung? Zuverlässigen, umweltfreundlichen, heimischen Strom, der selbst in angespannten Zeiten wie im Januar dieses Jahres sicher ist. Auch vor Preisüberraschungen.

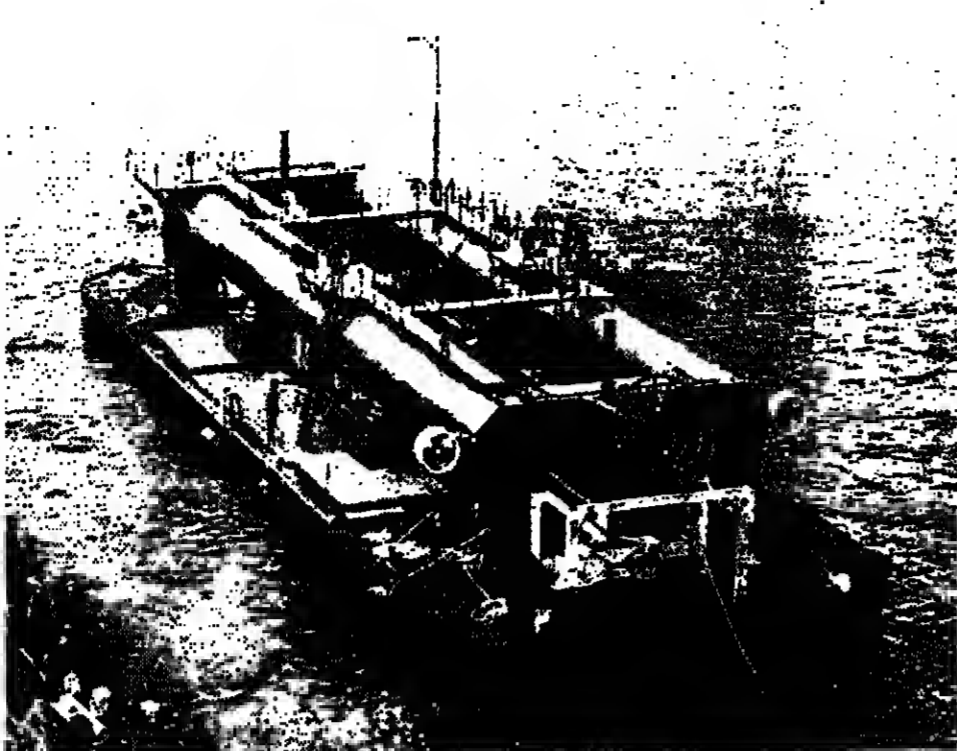
Unsere Bilanz 1984: Wir haben insgesamt 16,1 Mrd. Kilowattstunden Strom abgegeben, 12,9 Mrd. Kilowattstunden im eigenen Versorgungsgebiet. Das waren 4,6% mehr als 1983. Bei einem Umsatz von 2,7 Mrd.

Mark erwirtschafteten wir einen Jahresüberschuß von 49,5 Mio. Mark, 3,4% mehr als im Vorjahr. Die Investitionen betragen 564 Mio. Mark (+2,2%), die Abschreibungen 264,2 Mio. Mark (+4,7%). Die Dividende beträgt 10%.



Ihre Energie-Versorgung Schwaben

Die Bergung des Flugschreibers aus dem vor Irland abgestürzten Jumbo mit Hilfe eines Unterwasserboots zeigt, wie leistungsfähig diese ferngesteuerten Helfer des Menschen sind.



Das Tauchboot „Supra“ bei der Vorstellung in Kiel

Bei der Arbeit taucht „Supra“ bis zum Grund der Nordsee

Von HARALD STEINERT

Nach sechsjähriger Entwicklungs- und Konstruktionszeit ging jetzt das Tauchboot „Supra“ in die See-Probierung. Diese Unterwasser-Plattform für die Erdöl- und Erdgas-Industrie kann mit seinem 20-Tonnen-Kran und den Greifklauen Pipeline-Rohre bis zu einem Meter Durchmesser unbemannt erreichen.

Allerdings ist nur ein Aufenthalt für einzelne Arbeitsschichten vorgesehen, kein Daueraufenthalt für Menschen: Der Wohnkomfort in den luftgefüllten Röhren von „Supra“ beschränkt sich auf Arbeitssessel und gepolsterte Sitzbänke.

Das 37 Meter lange und 410 Tonnen schwere Gerät besteht aus zwei luftgefüllten Röhren, die Auftrieb liefern und damit die Stabilität sichern, sowie zwei kufenförmigen Tauchkörpern, in denen sich die Ballasttanks befinden. Mit ihrer Hilfe wird „Supra“ auf den Meeresboden abgesetzt. Dabei muß es für seine Hauptaufgabe, die Prüfung und Reparatur von Pipelines, mit der Mittelachse entlang der Pipeline stehen.

Vier Greifklauen, die von den Tauchkörpern ausgehen, halten die Rohrleitung fest im Griff, unter ständiger Beobachtung durch acht Fernsehergeräte. Die Röhre können dann getrennt und wieder verschweißt oder neu ausgerichtet werden. Die ruhige Lage des Geräts auf dem Meeresboden ermöglicht dabei höchste Präzision der Arbeit.

Das Hilfsschiff versorgt „Supra“ nicht nur mit Strom, in ihm laufen auch alle Meßdaten zusammen, die von dem Tauchboot ermittelt werden, vor allem die des Sonars, das die Frontseite des Fahrzeugs beobachtet, sowie die Aufnahmen der Fernsehkameras. Von dem Schiff aus werden

auch per Fernbedienung die Kommandos in die Tiefe gegeben. Das Versorgungskabel hat eine Länge von 650 Metern.

An der Wasseroberfläche wird „Supra“ im Schlepp mit maximal 8 Knoten Geschwindigkeit bewegt, unter Wasser fährt sie mit Eigenantrieb durch 10 Propeller. Sie erreicht in der Längsrichtung eine Geschwindigkeit von 2,5 Knoten, in der Querrichtung von 1,0 Knoten und vertikal 0,5 Knoten. Die Propeller werden elektrohydraulisch angetrieben. Wie bei einem normalen U-Boot wird zum Abtauchen Wasserballast in die Tanks genommen, zum Auftauchen wird es wieder herausgepumpt.

Erprobungsphase beginnt

Man will nun erproben, wie stabil der an luftgefüllten Röhren aufgehängte Katamaran während des Tauchens ist, vor allem, wenn Seegang das abstinkende Fahrzeug bewegt. Da jedoch sehr schnelle Ballastverschiebungen möglich sind, dürfte die Stabilität unproblematisch sein.

Einen erheblichen Teil der Konstruktionsarbeiten nahmen Sicherheitsvorkehrungen ein. Für den Fall, daß „Supra“ durch Störungen in den Versorgungsleitungen nicht mehr mit Energie zum Auftauchen versorgt werden kann, ist sie mit Bleiakkumulatoren ausgerüstet, die in den Kufen untergebracht sind. Die in den Kufen genügt Strom für die Pumpen, die Ballastwasser abpumpen, und für die Propeller. Insgesamt reichen diese Energiereserven für eine halbe Stunde, genug Zeit also zum Auftauchen. Ob es auch möglich sein wird, die

Not-Auftauchtanlage bei völligem Abreißen der Kommunikation durch eine Drahtlos-Signalechtheit - etwa mit Unterwasserschall - zu steuern, ist noch unklar.

Man denkt auch an den Einbau eines Dieselmotors als separater Energiequelle. Darüber hinaus soll das Tauchboot auf einer Material-Plattform bis zu 20 Tonnen in die Tiefe mitnehmen. Ein weiteres unkonventionelles Arbeitssystem ist die neu entwickelte 1-Atmosphären-Schweißkammer, in der Schweißarbeiten von weit größerer Qualität als in den bisher benutzten Überdruck-Schweißkammern hergestellt werden können. Weiterhin kann „Supra“ auch an Unterwasser-Installationen, zum Beispiel Bohrlochköpfe andocken.

„Supra“ wurde primär für die Pipeline-Arbeit konstruiert: Sie soll nicht nur beschädigte Stücke reparieren oder ersetzen, sondern auch neue Leitungstücke in dem immer komplexer werdenden Nordsee-Netz bauen. Die neuen Nordseefelder in über 300 Meter Tiefe werden ein solches flexibles und frei manövrierbares Gerät erforderlich machen, wie der Leiter der „Ocean Consult“, Heinz Victor, darlegte.

Diese Weiterentwicklung der Unterwasser-Technologie ist für größere Tiefen um so dringlicher, als sich immer mehr erweist, daß die Probleme für den Menschen beim Langzeitauf-tauchen, bei dem alle Körpergewebe bis zur Sättigung mit dem Trägergas des Atemsauerstoffs gefüllt sind, größer sind, als man noch vor kurzem annahm.

Unabhängig vom Seegang

Mit „Supra“ hat man ein Arbeitsgerät entwickelt, das schwere Aufgaben unter Wasser rationeller und wetterunabhängiger durchführen kann als die bisher eingesetzten, weit teureren Oberflächen-Schiffe. Es ist jedoch kein autonomes Tauchboot, sondern eine von der Oberfläche her versorgte Arbeitsplattform, die auf dem Meeresboden stehend arbeitet. Sie kann bis zu den üblichen Arbeitstiefen für Taucher (das sind heute in der Nordsee maximal 300 Meter) von außen her durch Taucher bedient werden, oder vom Begleitschiff aus fernbedient werden. Bei großen Wassertiefen bis 420 Meter kann sie durch Personal gelenkt werden, das sich im Inneren einer Druckkapsel aufhält.

Auf den Feldern wachsen Rohstoffe aus dem Boden

Die Pflanzenzüchtung orientiert sich jetzt verstärkt am Konzept der Umweltverträglichkeit

Von HEINZ HILDEBRANDT

Neue Techniken und neue Zielsetzungen spielen bei der Saat- und Pflanzenzüchtung in unserem Land eine immer stärker werdende Rolle. In der Vergangenheit dominierten als Zuchtziele Ertrag, Qualität und Resistenz, heute rücken andere Gesichtspunkte in den Mittelpunkt. Die Pflanzenzüchtung ist angesichts überfüllter Märkte mehr denn je bemüht, gesunde und aufwandärmere Sorten zu züchten, höhere Deckungsbeiträge verlieren dagegen an Bedeutung. Ebenso wird intensiv daran gearbeitet, Schädlings- und Pflanzenkrankheiten biologisch zu bekämpfen, also nicht nur durch chemische Pflanzenschutzmittel. Zu diesem biologisch orientierten Denken gehören auch Überlegungen über die Umweltfreundlichkeit von Pflanzen, ein Faktor, der in der Vergangenheit vernachlässigt wurde.

deutschen Raum nicht möglich gewesen wäre. Inzwischen sind mehr als eine Million Hektar angebaut, wobei allerdings in vielen Gegenden des Gutes erzielt wurde. Nach den neuesten Erkenntnissen sind 60 Prozent Mais wie in einigen Teilen Bayerns zumindest überzogen, ganz abgesehen von den Folgen solcher Monokulturen.

Aber nicht nur dem Mais, sondern auch dem Raps wurden neue Möglichkeiten eröffnet, während gleichzeitig der Anbau von Futtermitteln rückläufig war, nicht zuletzt zugunsten von Zuckerrüben.

Zu den besonderen Erfolgen deutscher Saatzüchter gehören auch ertragreichere Wintergerstensorten und die intensive Züchtung von neuen resistenten Örtlichen und Sensorten. Mit beiden wurden Zwischenfruchtfrüchten auf den Markt gebracht, die erstmalig die biologische Bekämpfung von Schädlingen ermöglichen.

Auch die Saat- und Pflanzenzüchtung muß umdenken. Bereits heute müssen die Ziele erkannt werden, die sich um die Jahrhundertwende verwirklichen lassen. Zu den alternativen Produkten, die immer mehr in den Mittelpunkt weiterer Forschungen und Entwicklungen rücken, gehören die sogenannten „nachwachsenden Rohstoffe“.

Faserflachs wird interessant, ebenso alle Pflanzen, aus denen sich Öle und Fette gewinnen lassen. Nicht nur die Ziele der Züchtung ändern sich, sondern auch die Methoden. Zwar spielen auch heute noch die Erfahrung und das Können des Pflanzenzüchters eine große Rolle, ebenso seine Geduld, wenn es darum geht, einfach-, Ritz- und Mehrfachkreuzungen in langwierigen Prozessen durchzuführen, aber die Technik nimmt einen immer größeren Raum ein. Noch ist es nicht die vielzitierte Gentechnik, denn mit ihr können an den meisten Nutzpflanzensorten noch keine gezielten Veränderungen vorgenommen werden. Aber moderne Technologie eröffnet dennoch neue Wege.

So ist es heute bereits möglich, durch künstlichen Eingriff aus den Geschlechtszellen einer Pflanze, also entweder aus den männlichen Pollen oder den weiblichen Eizellen, neue Pflanzen herzustellen. Diese Pflanzen sind haploid, d. h. sie besitzen nur das väterliche oder das mütterliche Erbmateriale. Mit ihnen kann schneller weitergezüchtet werden, da sie sofort homozygot, also reine Linien darstellen.

Dies heißt, daß durch den Einsatz solcher Pflanzen Gene für Resistenz in Zuchtstämme eingebaut werden können. Die Saat-Union, eine der deutschen Züchtervereinigungen, beschäftigt sich bereits in einem eigens dafür errichteten Labor mit diesen Verfahren.



Bevor eine neue Sorte gezüchtet ist, muß man unzählige Kreuzungen durchführen

So ist es heute bereits möglich, durch künstlichen Eingriff aus den Geschlechtszellen einer Pflanze, also entweder aus den männlichen Pollen oder den weiblichen Eizellen, neue Pflanzen herzustellen. Diese Pflanzen sind haploid, d. h. sie besitzen nur das väterliche oder das mütterliche Erbmateriale. Mit ihnen kann schneller weitergezüchtet werden, da sie sofort homozygot, also reine Linien darstellen.

Dies heißt, daß durch den Einsatz solcher Pflanzen Gene für Resistenz in Zuchtstämme eingebaut werden können. Die Saat-Union, eine der deutschen Züchtervereinigungen, beschäftigt sich bereits in einem eigens dafür errichteten Labor mit diesen Verfahren.

So ist es heute bereits möglich, durch künstlichen Eingriff aus den Geschlechtszellen einer Pflanze, also entweder aus den männlichen Pollen oder den weiblichen Eizellen, neue Pflanzen herzustellen. Diese Pflanzen sind haploid, d. h. sie besitzen nur das väterliche oder das mütterliche Erbmateriale. Mit ihnen kann schneller weitergezüchtet werden, da sie sofort homozygot, also reine Linien darstellen.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Biologie-Unterricht

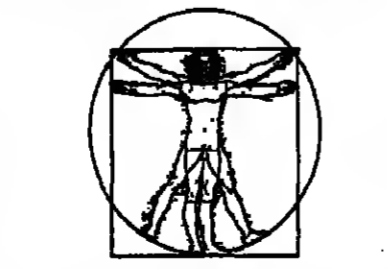
Bonn (DW) - Der Verband Deutscher Biologen (VDB) fordert für alle Schüler von der 5. bis zur 10. Klasse insgesamt 12 Wochenstunden Biologieunterricht. Pro Woche sollten mindestens 2 Stunden stattfinden. Der Verband weist darauf hin, daß biologische Kenntnisse in breiten Bevölkerungsschichten wichtig für das Überleben der Industrienationen seien. Diese Disziplin biete mehr als andere Lösungen für Schwierigkeiten an, denen auch unser Land bis zum Ende des Jahrhunderts gegenüberstehe.

Proteinforschung

Bonn (R. H. L.) - Mit einem als Mikrodensitometer bezeichneten Gerät wöhlen amerikanische Forscher den Bau von Proteinen untersuchen. Wichtigstes Objekt werden Enzyme sein, deren Bedeutung für die industrielle Biotechnologie immer größer wird. Es soll die Frage geklärt werden, nach welchen Ge-

Röntgenbild per Telefon

London (SAD) - Röntgenbilder können jetzt per Telefon übertragen werden. Dies bringt erhebliche Fortschritte in der Gesundheitsfürsorge. In Notfällen können damit auch Fachärzte über große Entfernungen hinweg sofort nach ihrem Urteil über ein Röntgenbild befragt werden. Eine Fernsehkamera wandelt das Bild in elektrische Impulse um, die am anderen Ende der Leitung mit Hilfe eines Adapters auf dem Fernsehschirm sichtbar gemacht werden können.



Laser gegen Feuerarm

Erlangen (HMS) - Feuerarme mit Hilfe von Laser-Licht zu entfernen, gelang jetzt einem amerikanischen Mediziner von der Mayo-Klinik in

Kohle-Vergasung

Berlin (R. S.) - Der Plan, in Berlin eine großtechnische Anlage zur Kohlevergasung zu errichten, ist aufgegeben worden. Bei dem Verfahren wird Kohlestaub durch ein 1600 °C heißes Eisenbad geleitet und zersetzt sich dabei unter Luftausschluß zu Gas, das als Brennstoff für ein Heizkraftwerk bereitgestellt werden sollte. Der Schadstoffausstoß dabei ist gering. Ausschlaggebend für das Scheitern war die Schwierigkeit, die erforderlichen 300 Millionen Mark Investitionsmittel aufzubringen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Genschers Seitenwechsel

Konsequenz - wohnt, WELT vom 25. Juni

Jetzt muß die Union ausbaden, daß sie 1982 zu ungeduldig war, den vollständigen Schiffbruch der Regierung Schmidt-Genschers bis 1984 abzuwarten. Genschers Seitenwechsel war keine „Wende“. Er hat nur „abgewendet“, daß eine Generalabrechnung (auch mit „Kassensturz“) zwei Jahre später jeden noch urteilsfähigen Wähler veranlaßt hätte, den Unionsparteiern zur absoluten Mehrheit zu verhelfen. Nur so konnte die FDP überleben. Auch die SPD hat Herr Genschers 1982 durch seinen vorzeitigen „Ausstieg“ aus der Koalition der „rasenden Talfahrer“ vor Not und Schande gerettet.

Es amüsiert die SPD, den kleinsten Regierungspartner die beiden größten Regierungsparteien ständig in neue Bedrängnis bringen zu sehen: Hier werden unzumutbare Kompromisse erzwungen, dort wichtige Entscheidungen, die mit der Vorstellung einer wirklichen „Wende“ bei Unionswählern verbunden sind, unerträglich lange blockiert oder überhaupt „auf Eis gelegt“. Wenn aber in entscheidenden Bereichen der Außenpolitik waschechteste Fehlleistungen der alten SPD/FDP-Koalition „kontinuierlich“ fortgesetzt werden, dann herrscht in der SPD, in Warschau und in Moskau mehr als nur „Klammheimliche“ Freude. Hoffnungsvoll registriert man die durch die Blockadepolitik der FDP hervorgerufenen Wahlniederlagen der CDU.

Heller Jubel aber ertönt im Lager der Gegner der Union, wenn der Herr

„Vizekanzler“ (der nicht einmal mehr Vorsitzender der kleinsten der drei Regierungsparteien ist) es wagt, die keineswegs immer mit der Mehrheit der Fraktion und der Wähler der Union übereinstimmenden deutschland- und ostpolitischen Änderungen des Bundespräsidenten als „eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik“ zu bezeichnen. Es wäre zu wünschen, daß der Herr Bundespräsident künftig Bemerkungen unterlasse, die der Außenminister wieder einmal mißbrauchen könnte, die allein dem Bundeskanzler zukommende Richtlinienkompetenz in Zweifeln zu ziehen oder auch nur zu schmälern.

Hochgradig gefährlich ist es für die Union, daß der deutschlandpolitische Genschers-Tumor eines auf ewig verströmten Kumpeldeutschlands in den Köpfen einiger weniger, dem schwierigen Deutschlandthema nicht gewachsener Vielredner in der Fraktion bereits „Metastasen“ zu bilden droht. Die CDU sollte sich besinnen, diese Genschers-Nachbeter an ihre deutschlandpolitischen Grundsätze zu erinnern, und sie verpflichten, künftig weniger, aber besser Durchdachtes von sich zu geben. Andernfalls würde sich 1987 für viele bisherige CDU-Stammwähler mangels einer bislang in der CDU verurteilten deutschlandpolitischen Alternative zu den unbefriedigenden Vorstellungen der Brandt, Bahr, Genschers & Co. der Weg zur Wahlurne eröffnen.

H. Darsow, Itebe

preisgab, die dort nicht gern gehört werden. Doch nur Wahrheit und Recht kann zu besserer Verständigung und schließlich zur Versöhnung führen.

J. Falluch, Rastatt

Stahlhelm

„Gibt es spricht von Stahlhelm-Gruppe“, WELT vom 18. Juli

Laut Ihrem Artikel hat der SPD-Bundesgeschäftsführer, Peter Glotz, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk davon gesprochen, daß es „innerhalb der Bundestagsfraktion der CDU/CSU eine Stahlhelm-Gruppierung“ gibt und daß diese „Gruppierung innerhalb der Fraktion mittlerweile einen Anteil von acht Prozent erreicht habe“.

Diese Angaben von Peter Glotz sind unwahr und müssen zurückgewiesen werden. Wahr ist dagegen, daß der „Stahlhelm“ als eingetragener Verein laut Paragraph 8 der Satzung „überparteilich ist und keine Bindungen mit politischen Parteien oder parteipolitisch orientierten bzw. ausgerichteten Gruppierungen eingetragener“.

Paul Koch, I. Bundesvorsitzender des STAHLHELM e. V. - Bund der Frontsoldaten, Disseldorf

Richterstaat?

„Kritik am Verzicht der Strafgerichte bei Parteipolitik“, WELT vom 18. Juli

Herr Professor Klein spricht das aus, was uns schon lange beschäftigt.

Wer hat bei uns in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich das Sagen? Die Politiker, und damit die verantwortlichen Regierungsgremien (Bund, Länder, Kommunen), oder die Juristen? Wir sind auf dem besten Wege uns vom Rechtsstaat zum Richterstaat zu entwickeln. Kein Wunder, wenn wir hören, daß die Bundesrepublik Deutschland achtmal so viel Richter wie die USA insgesamt hat. Verantwortliche können kaum noch selbständig entscheiden. Verwaltungsgremien verschiedener Ebenen schalten sich immer in Entscheidungen ein. Hier z. B. einige Beispiele. Ein Bürgermeister kann sehr oft nicht mehr selbständig entscheiden, ob eine Parallel-Prottestdemonstration zu einer bereits genehmigten Veranstaltung verboten werden muß. Dies muß in vielen Fällen erst ein Verwaltungsgericht entscheiden. In Niedrighöhe startende oder landende Flugzeuge eines Großflughafens, wie München-Riem, der mitten in der Großstadt liegt, stören täglich von 7 bis 23 Uhr Hunderttausende von Einwohnern. Und wenn deswegen von allen Beteiligten eine Verlegung des Flughafens in weniger besiedelte Randgebiete beschlossen wurde, dann können Bürgerinitiativen mit Hilfe von Verwaltungsgerichten, auch einstweilige Verfügungen, notwendige und bereits begonnene Verlegungen um viele Jahre verzögern. Im Fall München z. B. bis 1991.

Nichts gegen Juristen grundsätzlich, aber schließlich sind sie nicht allwissend. Und trotzdem entscheiden sie, oft gegen Fachleute. Wie lange soll das noch weitergehen? G. Schulze-Forstner, München 71

Schikanen in Schlesien

„Wer Deutsch spricht, wird verfolgt“, WELT vom 17. Juli

Viele oberschlesische Aussiedler mußten nach Kriegsende die gleichen Erfahrungen machen, von denen Norbert Gaida und dessen Ehefrau Sophie berichten. Aus den gleichen Gründen: Unterdrückung, Verbot der deutschen Sprache, der radikalen Zwangspolonisierung und aussichtsloser Zukunftschancen haben viele Oberschlesier Anträge auf Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland gestellt. Aus reiner Schikane wurden diese Anträge von den zuständigen polnischen Behörden immer wieder abgelehnt, doch man versuchte es immer wieder aufs Neue, solange, bis endlich die Genehmigung zur Ausreise erteilt wurde.

Die polnischen Behörden und die Kirche sagen bewußt die Unwahrheit wenn sie behaupten, es gäbe in polnischen Machtbereich keine deutsche Volksgruppe mehr. Ebensoviele wie es Hitler gegungen ist, aus Polen Deutsche zu machen, kann man in Oberschlesien Deutsche nicht zu Polen stempeln.

Wegen der düsteren Zukunftsaussichten, besonders in Sorge um die Kinder, denen ein höherer Bildungsweg total verschlossen bleibt, wollen noch viele ihre angestammte Heimat, die sie so sehr lieben, trotzdem verlassen und nach Westdeutschland ausreisen. Die Argumente dieser Ausreisewilligen decken sich voll und ganz mit den Erfahrungen des Ehepaares Gaida. All die Rechte, welche die polnischen Vereinigungen in der Bun-

Wort des Tages

„Die ewige Weisheit ist die nie zur Neige gehende Nahrung des Lebens, von der unser Geist ... ewig lebt. Sie ist Vollendung, Ursprung, Mittelpunkt und Endziel der Sehnsucht nach dem unvergänglichen Leben. Die Weisheit ist das Wort oder der Vernunftgrund der Dinge. Sie ist Gott.“

Nikolaus von Kues; dt. Theologe und Philosoph (1401-1464)

Personalien

geburtstage

Ludwig Preis, rund zwei Jahrzehnte Agrarjurist im Deutschen Bundestag, ist am Donnerstag in Bonn seinen 75. Geburtstag. Der diplomierte Landwirt und promovierte Volkswirt war über Jahre hinweg Agrarreferent von IG-Farben. Nach Kriegsende bewirtschaftete er zunächst einen landwirtschaftlichen Betrieb in Sachsen-Anhalt, später übernahm er vom Vater einen Hof in seinem Geburtsort Leidenhofen bei Marburg. In diesem Wahlkreis wurde er mehrmals direkt in den Bundestag gewählt - zunächst 1949 und 1953 als Kandidat der FDP. Seine Partei verließ er 1956 und schloß sich der „Freien Volkspartei“ an, welche dann mit der „Deutschen Partei“ zusammenging. Mit Unterstützung der CDU wurde Preis auch 1957 als DP/FVP-Kandidat direkt gewählt. Danach gehörte Preis als Abgeordneter der CDU dem Deutschen Bundestag erneut in der Zeit von 1964 bis 1972 an.

EHRUNGEN

Die Universität Augsburg hat den Tübinger Wissenschaftler Professor Theodor Eschenburg mit dem Ehrendoktor der Philosophischen Fakultät ausgezeichnet. Der heute 81jährige emeritierte Ordinarius wurde damit für seine Verdienste als einer der großen Gründungsmitglieder der „Politikwissenschaft“ nach dem Krieg geehrt, wie Universitätspräsident Josef Becker bei der Überreichung der Urkunde betonte. In der Laudatio wurde besonders Eschenburgs „publizistische Wirksamkeit“ und seine „kritische Autorität“ als Beobachter der deutschen Politik hervorgehoben.

PERSONALIEN

Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Helmut Engler, hat im Badischen Staatstheater Karlsruhe die Solisten Günther von Kannen und Hans Klemer mit der Verleihung des Titels „Kammersänger“

VERÄNDERUNG

Der Intendant von Radio Bremen, Gerhard Schröder, ist verabschiedet worden. Gleichzeitig wurde sein Nachfolger, Karl-Heinz Klastermeier, in sein Amt eingeführt. Im Beisein zahlreicher Vertreter aus Politik und Kultur würdigte Bremens scheidender Regierungschef, Hans Kosemick, die Leistungen Schröders, der in einer elfjährigen Amtszeit auch wesentlich zur Konsolidierung der Finanzen des kleinsten Senders beigetragen habe. Der 64 Jahre alte Schröder hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Klostermeier, geboren 1936 in der Nähe von Hannover, kam 1968 zum NDR und wechselte 1977 als Betriebsdirektor an die Weser. In dieser Funktion gehörte er dem Direktorium an und war Vertreter des Intendanten.

Der Gründer und langjährige Alleininhaber eines der größten Industrieunternehmen im Marburger Land, der Max Richter Kammergarnspinnerei in Stadtlendorf, Max Richter, ist in Wien im Alter von 86 Jahren verstorben. Max Richter hat als einer der ersten heimatsvertriebenen Unternehmer in der einst größten hessischen Fließtungsiedlung seinen im Sudetenland verloren gegangenen Produktionsbetrieb 1949 wieder ins Leben gerufen. Er wurde damit zu einem der Pioniere der größten Industriestadt zwischen Gießen und Kassel.

Kanzler und DGB wollen heute zur Sache kommen

Fortsetzung von Seite 1

Öffentliche Investitionen (ebenfalls mit Blick auf die Arbeitsmarktsituation);

Maßnahmen und Instrumente der Bundesanstalt für Arbeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes;

Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Staatshandelsländern in der Bundesrepublik Deutschland.

Teilnehmer an den Gesprächen der Expertenkreise und später der Arbeitsgruppen auf Regierungsseite berichteten, daß sich in diesen Begegnungen eine Bereitschaft beider Seiten zur Sachlichkeit gezeigt habe. Man könne durchaus von einer „aufgeschlossenen Atmosphäre“ in diesen Begegnungen sprechen. So sei etwa bei der Diskussion über die Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf die Arbeitsplätze relativiert worden, daß moderne Technologien zur Arbeitsplatzvernichtung beitragen.

Ähnliche Gemeinsamkeiten seien bei der Diskussion über die Sicherung der Altersversorgung zu verzeichnen gewesen. Hier hat man sich auf „Eckpunkte“ geeinigt. Erwartungsgemäß unterschiedlich hielten die Auffassungen bei der Diskussion über die öffentlichen Investitionen. Hier verlangen die Gewerkschafter nach wie vor ein Milliarden-Programm der öffentlichen Hände, während die Regierung mit dem Hinweis auf frühere Programme unter der sozialdemokratisch geführten Vorgängerregierung, die ohne bleibenden positiven Effekt für den Arbeitsmarkt geblieben seien, diese Forderung strikt ablehnt.

Nicht ganz einig scheint man sich auf Regierungseite bei der Diskussion über die vom Arbeitsministerium befürwortete Verwendung von Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit zur Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld gewesen zu sein. Auch die Gewerkschaften begrüßen diesen Gedanken; das Wirtschaftsministerium allerdings setzt auf eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dieses Thema wird am Mittwoch, einen Tag nach dem Kanzlergespräch, auch eine Koalitionsrunde in Bonn beschäftigen.

Kein Hauptthema werde die Frage eines Vorruhestandes für den öffentlichen Dienst werden, glaubt der für diesen Bereich im DGB zuständige stellvertretende Vorsitzende Fehrenbach. Zwar sei das Thema nach dem Interview von Kanzleramtschef Schäuble breit diskutiert worden, auch nähmen der zuständige Innenminister Zimmermann und die ÖTV-Chefin Wulf-Mathies an dem Treffen teil, doch sehe er den engen finanziellen Handlungsspielraum der öffentlichen Arbeitgeber.

Barzel: „Ich habe stets echte Arbeit geleistet“

Staatsanwaltschaft bestätigt ordnungsgemäße Steuerabgaben

GÜNTHER BADING, Bonn Rainer Barzel hat seine Einkünfte aus dem 1973 eingegangenen Vertragsverhältnis mit der Frankfurter Anwaltskanzlei Paul ordnungsgemäß versteuert. „Das ist völlig unstrittig“, erklärte der Bonner Oberstaatsanwalt Wilhelm gestern auf Anfrage der WELT. Dennoch habe die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den im vergangenen Jahr zurückgetretenen Bundestagspräsidenten im Zusammenhang mit eben diesen Zahlungen eingeleitet. Es bestünde der Verdacht gegen Barzel, an Steuerhinterziehungen „mehrerer Firmen“ beteiligt gewesen zu sein. Diese hätten Honorare für Arbeiten und Gutachten Barzels als Betriebsausgaben steuerlich abgesetzt, obwohl in Wahrheit „keine echten Gegenleistungen“ erbracht worden seien. Betriebsausgaben könnten aber nur geltend gemacht werden, wenn Gegenleistungen erbracht würden, nicht aber etwa bei „Spenden“. Sonst sei dies Steuerhinterziehung. Barzel sei „beteiligt“, da er gewußt haben müsse, daß keine wirklichen Gegenleistungen erbracht worden seien, sondern im Gegenteil nur ein „Scheinverhältnis“ bestanden habe.

Rainer Barzel, der sich zur Zeit wegen seiner angegriffenen Gesundheit in einem oberbayerischen Ferienort aufhält, stellte auf Anfrage der WELT noch einmal klar: „Ich habe im Auftrag der Rechtsanwaltskanzlei Paul gearbeitet. Ich habe echte Arbeit geleistet und dafür Geld bekommen.“ Die Zahlungen seien von der Anwaltskanzlei an ihn geleistet worden. Diese Gelder habe er ordnungsgemäß versteuert. Zu der jetzt von der Staatsanwaltschaft gebrauchten Formulierung, daß er über das angelegte Scheinverhältnis mit der Kanzlei Paul Gelder „mehrerer Firmen“ erhalten habe, sagte Barzel: „Ich kann dazu gar keine Auskünfte geben, weil ich der Mitarbeiter von einem Anwalt war und damit besondere Verschwiegenheitspflicht unterliege.“

„Korrekt gewesen“

Die Bonner Staatsanwaltschaft wollte zu Gerüchten, daß es sich bei den anderen Firmen neben dem seit der Anhörung Barzels vor dem Untersuchungsausschuß bekannten Flick-Konzern um einen Waschmittel- und einen Lebensmittelkonzern handele, keine Stellung nehmen.

Schon im sogenannten „Flick-Ausschuß“ des Bundestages hatte Barzel im vergangenen Herbst bei seiner Anhörung im Oktober versichert, sein Vertragsverhältnis mit der Kanzlei Paul sei korrekt gewesen; es habe sich keinesfalls um ein Scheinverhältnis mit dem Flick-Konzern gehandelt. Dies allerdings hatte die Steuerfahndung, die im Zusammen-

hang mit Steuerbefreiungen für die Wiederanlage des Erlöses aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien bei dem Konzern ermittelte, offenbar in ihren Akten angedeutet. Erschwerend für Barzel kam damals hinzu, daß der ehemalige Flick-gesellschafter Paefgen vor dem Untersuchungsausschuß sagte, Barzel habe dem Konzern mitgeteilt, daß er nach dem Ausscheiden als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Mai 1973 nun in die Anwaltskanzlei Paul in Frankfurt eintreten werde. Paefgen: „Daraufhin“ sei der Vertrag mit Paul geschlossen worden. Auch hatte der Anwalt Paul, so die Erhebungen des Untersuchungsausschusses, zumindest zu Anfang der Mitarbeit von Barzel, ein eigenes Konto für die Honorare eingerichtet. Barzel bestritt, daß es sich hierbei um ein „Durchlaufkonto“ gehandelt habe. Er sei aus der Anwaltskanzlei bezahlt worden und von niemandem sonst.

Frage nach dem Termin

Barzel hatte am Wochenende sich dagegen zur Wehr gesetzt, daß er jetzt wohl erneut einer „öffentlichen Vorverurteilung“ ausgesetzt werden solle. Zu diesem Eindruck hatte offensichtlich auch beigetragen, daß die Nachricht von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens am vergangenen Freitagmorgen in Bonn bekannt wurde, einem Zeitpunkt, zu dem es für Barzel schwer war, sich gegen die dann einsetzende Nachrichtenflut in Presse, Funk und Fernsehen zur Wehr zu setzen.

Hinzu kam, daß er - wie er der WELT noch am Freitagmorgen sagte - zunächst versuchen mußte, von Oberbayern aus an diesem Ferienwochenende seinen Anwalt zu erreichen. Augenfallig ist auch, daß dieses Ermittlungsverfahren wenige Tage nach dem Auftauchen erster Berichte in Gang gesetzt wurde, Barzel komme erneut für eine herausgehobene Position in der Unionsfraktion in Betracht. Im Gespräch war, daß Barzel als Nachfolger des verstorbenen Werner Marx den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages übernehmen würde.

Die Bonner Staatsanwaltschaft bestätigte gestern, sie habe am Mittwoch vergangener Woche pflichtgemäß Bundestagspräsident Jenninger darüber informiert, daß die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Rainer Barzel wegen des Verdachts an Beteiligung an Steuerhinterziehung mehrerer Firmen beachtlich sei. In der dafür vorgesehene Frist von 48 Stunden sei kein Einspruch erhoben worden. Die Staatsanwaltschaft habe die Presse nicht informiert, sondern lediglich auf Anfragen von Journalisten am vergangenen Freitagmittag den Sachverhalt bestätigt.

Israelis mit Sowjets im Dialog

Peres läßt Gorbatschow ausrichten: Wir betrachten uns nicht als Feind der UdSSR

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat in einer mündlichen Botschaft an den sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow den Willen Israels zu besseren Beziehungen zwischen beiden Ländern betont. Peres erklärte in der Botschaft, die in den nächsten zwei Wochen vom Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, überbracht werden soll, Israel betrachte sich nicht als Feind der Sowjetunion und hoffe, sich mit ihr in einer Reihe von Fragen einig zu können. Moskau hatte nach dem Bekanntwerden eines Treffens der Pariser Botschafter der UdSSR und Israels Berichte demontiert, es sei an der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel interessiert. Der israelische Außenminister Jitzhak Shomir übte zwar Kritik an den „bewußt übertriebenen“ Verlautbarungen seines Botschafters Ovdio Sofer, betonte aber zugleich, er hoffe weiterhin auf ein Treffen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse am Rande der UNO-Vollversammlung im September.

Von RAFAEL SELIGMANN

Die Gespräche israelischer und sowjetischer Diplomaten in Paris haben manche voreiligen Beobachter zu der Spekulation verführt, ein Durchbruch in den Beziehungen Moskaus zu Jerusalem stehe unmittelbar bevor oder sei bereits vollzogen. In der Tat ist das Verhältnis zwischen Israel und der Sowjetunion in Bewegung gekommen, allerdings nicht erst durch die vielbesprochene Begegnung zwischen den Botschaftern

Julij Woronzow und Sofer letzte Woche in Paris. Bereits am Rande des Jüdischen Weltkongresses Ende Januar in Wien bemühten sich jüdische und israelische Stellen um eine Verbesserung des Verhältnisses zu Moskau. Diese Anstrengungen wurden auch von der anderen Seite registriert (WELT vom 29. Januar). Als entscheidendes Kriterium für den Stand der israelisch-sowjetischen Beziehungen hat der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, damals gegenüber der WELT das Verhältnis der USA zur Sowjetunion genannt.

Die UdSSR, die seit 30 Jahren die arabischen Staaten politisch und vor allem militärisch in ihrem Kampf gegen Israel unterstützt, weiß, daß Jerusalem Partner jeder israelisch-arabischen Friedensvereinbarung sein muß. Seit 1973 war es Washington zunehmend gelungen, arabisch-israelische Vereinbarungen ohne Beteiligung Moskaus herbeizuführen. Zunächst durch die Reisediplomatie Henry Kissingers, der nach dem Jom-Kippur-Krieg die Waffenstillstands- und Rückzugsabkommen zwischen Israel sowie Ägypten und Syrien herbeigeführt hatte, später durch Präsident Carter, der maßgeblichen Anteil am ägyptisch-israelischen Friedensvertrag von Camp David hatte.

Da Moskau 1967 seine diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen hatte, fehlte ihm jegliche Einwirkungsmöglichkeit auf Jerusalem. Nun spielt Washington offenbar mit dem Gedanken, Friedensgespräche zwischen Jerusalem und einer jordanisch-palästinensischen Delegation herbeizuführen.

Will Moskau nicht erneut außen vor bleiben, so muß es auf die eine oder andere Weise mit Jerusalem in Kontakt treten. Der Kramel möchte Jerusalem für eine internationale Nahost-Konferenz in Genf gewinnen, an der die PLO ebenfalls beteiligt wäre.

So lockt Moskau mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sowie einer Wiederaufnahme der seit 1984 praktisch zum Erliegen gekommenen Auswanderung sowjetischer Juden. Auswandern wollen Hunderttausende der insgesamt 2,5 Millionen Juden. Gleichzeitig fordert Moskau die Verpflichtung Israels zum Rückzug vom Golan.

Die sich andeutende Umorientierung der Nahostpolitik des Kramel in Richtung auf mehr Pragmatismus hat interne Gründe: die Ausschaltung von Grigorij Romanow, der einen nationalrussischen Antisemitismus befürwortete, sowie die Ablösung Andrej Gromykos als Außenminister, dessen Nahostpolitik seit Jahren undynamisch war. Als globaler Aspekt kommt die Entkräftung im Verhältnis UdSSR/USA noch hinzu, die sich im bevorstehenden Gipfeltreffen Gorbatschows und Reagans manifestiert.

Oh Jerusalem auf die Offerte Moskau eingehen wird, bleibt fraglich. Diplomatische Beziehungen zum Kramel, soviel dafür spricht - politisches Prestige und eine mögliche Verbesserung der Lage der sowjetischen Juden -, müßten mit einer Hin- und Herbewegung vermerkten sowjetischen Einflusses beglichen werden, der auf Grund der Interessen Moskaus zwangsläufig pro-arabisch und anti-israelisch sein würde.

Hohe Beamte erhalten mehr Geld

Margaret Thatcher begründet Gehaltzulage mit besserer Bezahlung in der Privatwirtschaft

REINER GATTERMANN, London

Kurz vor der Sommerpause steht dem britischen Parlament heute noch einmal eine stürmische Debatte bevor. Während sich Premierministerin Margaret Thatcher in der laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hartnäckig weigert, Lohn- und Gehaltserhöhungen zu gewähren, die auch nur die Inflationsrate von sieben Prozent decken, bot sie gleichzeitig fast 2000 hohen Beamten, Richtern und Militärs Einkommenszulagen bis März 1986 von durchschnittlich 12,2, 16,3 und 17,6 Prozent an. Eine Spitzenposition nimmt dabei Sir Robert Armstrong ein, Kabinettssekretär und höchster Chef der Staatsbediensteten. Sein Einkommen erhöht sich in zwei Etappen bis Frühjahr 1986 um 46 Prozent auf rund 300 000 Mark im Jahr. Eine Verdreifachung gegenüber 1979.

Frau Thatcher begründet diese Zuschläge mit der augenscheinlichen fi-

nanzialen Benachteiligung der hohen Beamten im Vergleich zu entsprechenden Positionen in der Privatwirtschaft. Andererseits war sie es, die vor ein paar Jahren die „institutionalisierte Vergleichbarkeit“ als nicht zufriedenstellend ablehnte. Damals sollten sich die Beamtegehälter nach dem richten, „was das Land verkraften kann“. Zu den jetzt angekündigten Steigerungen sagte sie vor dem Unterhaus, sie seien angemessen, jedoch nicht großzügig im Vergleich zu der mit den Posten verbundenen Verantwortung.

Nur bei der Gehaltzulage des Präsidenten des Oberhauses, Lord Hailsham, der gleichzeitig höchste richterliche Instanz ist, muß das Unterhaus entscheiden. Er soll eine Einkommensaufstockung um 10 750 auf 77 000 Pfund bekommen. Der Lord sagt aber, er werde die Zulage nicht in Anspruch nehmen. Bisher läßt er sich auch nur 39 980 Pfund auszahlen.

Auch Frau Thatcher gehört zu denjenigen, die nicht das ihnen zustehende Gehalt voll ausschöpfen.

Während die Labour-Opposition diese Einkommensverbesserungen als „weiteren Nagel im Sarg der Regierung“ und „deutliche Markierung der Klassengesellschaft“ bezeichnet, befürchten etliche konservative Abgeordnete in ihrer Wählerschaft Proteste und zunehmendes Unverständnis für die Regierungspolitik.

Die neue Gehaltstabelle wurde nur wenige Tage nach einem erneuten Scheitern der Tarifverhandlungen für die Lehrer bekannt. Die Regierung will nach einem ersten Angebot von vier Prozent jetzt nicht über sechs Prozent hinausgehen. Die Krankenschwestern akzeptieren nach einem „großzügigen Angebot“ und einem Regierungsschritt an ihre Berufsethik eine Gehaltserhöhung von 5,6 Prozent, andere Berufsgruppen kamen nicht über drei Prozent hinaus.

Saarbrücken will Sozialpläne vermeiden

UR Bonn

Die saarländische Landesregierung plant, mit Hilfe einer „Beschäftigungsgesellschaft“ den unabweichlich gewordenen Personalabbau bei dem angeschlagenen Konzern Arbed Saarstahl aufzufangen, um den sonst anfallenden, kaum finanzierbaren Sozialplänen aus dem Weg zu gehen. Wie aus dem saarländischen Wirtschaftsministerium zu erfahren war, soll die Gesellschaft, in der bis zu 1500 Arbeitnehmer des Konzern unterkommen sollen, zum Teil von der Arbeitsverwaltung finanziert werden. In der „Beschäftigungsgesellschaft“ sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Es ist außerdem vorgesehen, einen Teil der betroffenen Arbeitnehmer an andere Firmen zu vermitteln. Im Wirtschaftsministerium denkt man dabei an die Dillinger und die Heilberger Hütte, die im Vergleich zu Arbed noch günstig dastünden.

Zwar habe man „noch keine festen Zusagen der Firmen“, Arbeitskräfte aus der „Beschäftigungsgesellschaft“ voll oder ausfallweise zu übernehmen, aber in den beiden Hütten gebe es einen „ständigen Bedarf an Neueinstellungen“.

SDI: Heseltine sondiert in USA

gat London

Großbritanniens Verteidigungsminister Michael Heseltine hält sich zu Sondierungsgesprächen über Beteiligungsmöglichkeiten der Briten am amerikanischen SDI-Projekt in Washington auf. Wie in London verlautet, sucht der Minister nach Antworten auf zwei Fragen: In welchen Bereichen der Strategischen Verteidigungs-Initiative könnten britische Forscher und Unternehmen mitarbeiten, und in welchem Umfang sind die Vereinigten Staaten bereit, das hierbei entwickelte Know-how nach Großbritannien zurückzuführen zu lassen?

In Regierungskreisen und der Industrie hegt man eine gewisse Skepsis gegenüber dem Kooperationsangebot Washingtons. Man meint, es basiere lediglich auf politischer Rücksichtnahme, wissenschaftlich und technisch seien die USA in der Lage, das SDI-Projekt mit eigenen Kräften durchzuführen.

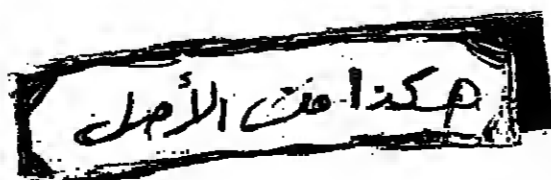
Für London sei das Vorhaben uninteressant, wenn britischen Forschern und Unternehmen lediglich die Rolle eines Zulieferers bleibe. Wegen seines Militärcharakters haben inzwischen mehrere Wissenschaftler und Institutionen ihre Mitarbeit von vorn herein abgelehnt.

Mit einem Haus wächst immer ein Stück Zukunft. Die eigene, die der Kinder, die einer ganzen Familie. Dafür lohnt es sich, bleibende Werte zu schaffen. Und dabei hilft uns Beton. Der Stoff, mit dem man für die Zukunft baut. Beton - Es kommt drauf an, was man draus macht. Beton ist preiswert und dabei durch Zement und seine natürlichen Grundstoffe so haltbar wie solide. Es gibt ihn in jeder geforderten Ausführung überall. Kein anderer Baustoff

ist so unendlich vielseitig: Beton schützt vor Hitze, Kälte, Lärm und vor Naturgewalten, und er ist formbar wie der Lehm, aus dem wir unsere ersten Hütten bauten. Aber er nimmt nur die Gestalt an, die der Mensch ihm gibt. Fundament, Keller, Decke, Wand, Dachstein - mit Beton haben die eigenen vier Wände eine solide Grundlage. Ist es die Summe seiner guten Eigenschaften, die diesen Stoff so unersetzlich macht? Die deutschen Zementhersteller

Beton

Es kommt drauf an, was man draus macht



Fiskus kassiert mit

Stil - Subventionen sind für die Nutznießer nicht immer die reine Freude. Da macht das in diesem Jahr eingeführte Existenzgründungssparen keine Ausnahme...

Protestvordruck

Wh. - „Dear President Reagan“, so lautet die Anrede auf einer vorgedruckten Postkarte, die die Aktionäre des amerikanischen Lebensmittels- und Verbraucherprodukt-Konzerns Dart & Kraft in den Quartalsbericht ihres Unternehmens eingeleitet fanden...

Silberstreif für Laster

Von WERNER NEITZEL

Die von konjunkturellen Fehlzündungen begleitete Schleuderfahrt der deutschen Nutzfahrzeug-Produktion, die sich über einen Zeitraum von vier Jahren erstreckte, scheint beendet zu sein...

Während die Weltproduktion von Nutzfahrzeugen im vergangenen Jahr um gut 13 Prozent auf mehr als elf Millionen Einheiten hochfuhr, wo zu Nordamerika (plus 32 Prozent auf vier Millionen Fahrzeuge) und Japan (plus zehn Prozent auf 4,4 Millionen Fahrzeuge) kräftig beisteuerten...

Die Ursachen für diese äußerst negative Entwicklung sind vielfältig. Da ist zunächst einmal die Marktschwäche im Inland. Nachdem es - ausgelöst durch die staatliche Investitionszulage - in 1983 zu einer gewissen Nachfragebelebung nach Lastern gekommen war, folgte auf dieses „Strohfeuer“ prompt das befürchtete Loch in der Auftragsdecke...

Ausschlaggebend für Brummis die Binnenmarktschwäche im vergangenen Jahr war und ist teilweise noch immer, daß der allgemeine konjunkturelle Aufschwung wichtige Abnehmergruppen noch nicht entsprechend erfaßt hat. Dies trifft vor allem auf die Bauindustrie zu...

DAUEREMMISSIONEN DES BUNDES

Zinsen wurden zum zweiten Mal in zwei Wochen gesenkt

Entsprechend dem Trend am Rentenmarkt, wo die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen mit 6,83 Prozent den tiefsten Stand seit mehr als sechs Jahren erreichte, hat der Bund die Renditen für Bundesobligationen, Bundesschatzbriefe und Finanzierungsanleihe gesenkt...

Von heute an werden neue Bundesobligationen (Serie 58/1985) mit einem Zins von 6,50 Prozent und einem Verkaufskurs von 99,8 Prozent ausgeben. Die Rendite der am 20. Juli 1980 fälligen Papiere sinkt damit geringfügig von 6,56 auf 6,55 Prozent...

ENERGIEVERSORGUNG / Strompreisvergleich macht Unterschiede sichtbar

Überproportionale Steigerungen sind in Nordrhein-Westfalen zu erwarten

Den Stromverbrauchern in Nordrhein-Westfalen stehen schwere Zeiten bevor: Überproportionale Preiserhöhungen sind wegen der Umweltschutzmaßnahmen vor allem bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) zu beobachten...

Der Bundesverband der Energieabnehmer (VEA) in Hannover erfaßt in seiner seit 1973 veröffentlichten Analyse für Sondervertragskunden die 50 repräsentativsten EVU. Da praktisch alle nicht aufgeführten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der großen Verbund- und Regionalunternehmen sowie deren Weiterverleiher die gleichen Strompreise wie diese selbst anwenden...

In Nordrhein-Westfalen stehen über 80 Prozent der in der Bundesrepublik betriebenen Kohlekraftwerke. Die in der Großfeuerungsanlagenverordnung vorgeschriebenen Anforderungen für den Betrieb dieser Kraftwerke führen zu Milliardeninvestitionen, die sich in Preiserhöhungen niederschlagen...

AUF EIN WORT



Die überzogenen Umweltschutzauflagen vernachlässigen am Wärmeenergieerzeuger Energieverbraucher, sondern liefern den Städten und Gemeinden auch den Vorwand für die Durchsetzung eigener Interessen beim Gasabsatz...

Niedersachsen wiederholt Angebot

Niedersachsen hat sein Angebot an das Land Bremen bekräftigt, sich an einer Fungation mit Sitz in Cuxhaven zu beteiligen. Im Zusammenhang mit dem Streit um den Standort der Fungation hat Hedda Meseke, Staatssekretärin im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, gestern für ein besseres Gesprächsklima mit dem Hansestädtern plädiert...

MEDIZIN / Die Bremer Handelskrankeasse startet eine Fragebogenaktion

Patienten sollen Ärzte kontrollieren

Vielmehr verweist hkk-Geschäftsführer Gustav Figge auf die Stimmung bei den Versicherten. Aus Angst vor steigenden Beitragssätzen hätten viele ihre aktive Mitarbeit bei der Kontrolle von Arztkosten angeboten.

Dem mit der Eifer vieler Patienten nicht ins Leere stößt, hat die hkk ihre freiwilligen Kontrolloren genaue Verhaltensregeln an die Hand gegeben. So sollen alle ärztlichen Leistungen schriftlich festgehalten werden. Möglichst noch am gleichen Tag...

Die angestellten Krankenkasse will mit der vorerst auf ein Jahr beschränkten Aktion der Kostenexploration in ihrem Etat Einhalt gebieten. So verzeichnete die hkk in den letzten Jahren besonders bei den Behandlungskosten für Ärzte empfindliche Steigerungen. Die Idee der Patientenbefragung stellt die hkk-Geschäftsführung jedoch nicht als verwaltungsinternes Pilotprojekt dar.

DEISENMÄRKTE

Lira notiert stabil, Dollar erzielt leichte Gewinne

Am ersten Geschäftstag nach der Abwertung der italienischen Lira hat gestern der Kurs des amerikanischen Dollar gegenüber fast allen Währungen angezogen. Allerdings konnte der Dollar die Anfangsgewinne nicht behaupten. Nach einer Eröffnung in Frankfurt bei 2,9100/10 Mark wurde der Mittelkurs in Frankfurt mit 2,8858 nach 2,8703 Mark am letzten Freitag festgestellt.

Der amtliche Kurs der Lira wurde mit 1,4950 Mark je 1000 Lire festgesetzt. Nach Schließung der Devisenbörse in Mailand am Freitag war der Kurs auf rund 1,30 Mark gefallen, wobei allerdings keine Umsätze mehr getätigt wurden. Die Deutsche Bundesbank hat den Leitkurs der D-Mark gegenüber der Lira auf 1,47205 Mark je 1000 Lire neu festgesetzt.

Das Bundesfinanzministerium erklärte zur Lira-Abwertung, durch die Maßnahme werde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporte nach Italien mit einem Anteil von rund acht Prozent an den gesamten Ausfuhr nicht beeinträchtigt, da die Preise und Kosten in der Bundesrepublik in den letzten Jahren stabiler

OPEC-KONFERENZ

Yamani: Mindere Qualitäten sollen billiger werden

Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) wird auf ihrer Tagung in Genf nicht über die Förderquoten für die 13 Mitgliedsländer beraten. Die Konferenz beschloß nach Angaben ihres Vorsitzenden, des indonesischen Energieministers Subroto, stattdessen die Frage der Preisunterschiede je nach den Ölqualitäten zu behandeln.

Subroto wies in seiner Eröffnungsrede zurück, das Kartell wolle angesichts der Aktionen einiger Ölförderländer, die nicht der Opec angehören, seine Preise senken. „Wir sind nicht mit dem Ziel hier, die Preise zu senken oder die Produktion zu reduzieren. Wir sind hier, um Maßnahmen einzuleiten, die uns ermöglichen, wieder die Kontrolle des Marktes zu übernehmen.“

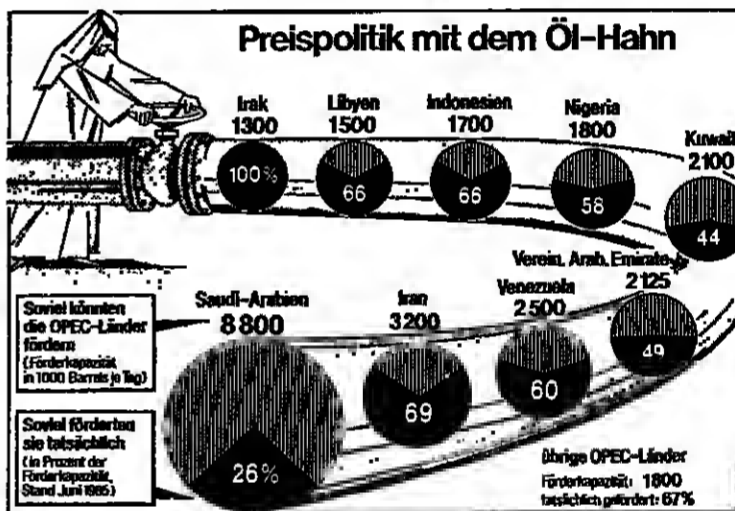
GÜTERVERKEHR

Nachfrage nach Leistungen des Transports bleibt lebhaft

Der Güterverkehr profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung des ersten Quartals 1985 in der Bundesrepublik, so daß auch die Nachfrage nach Transportleistungen in den letzten Monaten weiterhin lebhaft blieb. Dies stellte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München in einer Studie fest, die von Alfred Bayer, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, in Bonn vorgelegt wurde.

Mit einem Wachstum von rund 3,5 Prozent verzeichnet der Straßengüterverkehr in diesem Jahr, verglichen mit dem gesamten Verkehrsmarkt, eine überdurchschnittlich gute Entwicklung. Besonders stark ist dabei das Ergebnis des grenzüberschreitenden Verkehrs gestiegen. Für den gewerblichen Straßengüterverkehr prognostiziert Ifo sogar noch eine Verstärkung der Wachstumsdynamik.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) will den Ölmarkt weiter drosseln. Nur die Hälfte ihrer Fördermöglichkeiten konnte die Opec im Juni 1985 auf den Weltmärkten absetzen. Die größte Last dieser Mengenreduzierung hat bisher Saudi-Arabien, das die Hälfte der Opec-Kapazitäten ausmacht.

Dresdner Bank an der Tokioter Börse

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Aktien der Dresdner Bank AG, Frankfurt, sollen künftig auch an der Börse in Tokio gehandelt werden. Das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut hat einen Antrag auf Zulassung seiner Aktien in Tokio gestellt. Die Dresdner wäre damit die erste deutsche Aktiengesellschaft, deren Anteile in Japan amtlich notiert würden.

Höhere Ölrechnung

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Einfuhr von Rohöl ist im 1. Halbjahr 1985 gegenüber den ersten sechs Monaten 1984 um 4,7 Prozent auf 33,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. Da die Importpreise für jede gelieferte Tonne im gleichen Zeitraum jedoch um 10,6 Prozent zunahm, fiel die Ölrechnung für die Bundesrepublik mit 22,2 Mrd. DM um 5,4 Prozent höher aus als im vergangenen Jahr.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) paßt ihre Konditionen für Kredite zur Exportfinanzierung, für Investitionen und Umweltschutzprojekte der rückläufigen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt an. Wie das Institut gestern mitteilte, gelten für Exportfinanzierungskredite mit einem Auftragswert bis zu 125 Mill. DM vom 15. Juli an 7,83 Prozent pro Jahr gegenüber 8,06 Prozent bisher.

Frist im Stahlstreit

Brüssel (VWD) - Die USA haben in den Stahlverhandlungen mit der EG, die am Samstag auf Beamtenebene gescheitert sind, eine neue ultimative Frist gesetzt: Falls die Gemeinschaft bis Ende Juli nicht in eine Beschränkung ihrer Ausfuhr bei 17 „Konsultationsprodukten“ einwilligt, werde Washington zum 1. August „einseitige Importbeschränkungen“ beschließen, verlaute aus EG-Kreisen.

Bankpleiten in USA

Washington (VWD) - Der Zusammenbruch von zwei kleinen Banken in Colorado und Missouri hat die Zahl der Bankpleiten in den USA auf 59 in

diesem Jahr erhöht. Die Kiplin County Bank in Colorado wurde gestern bereits wieder als Tochter der First Interstate Bank of Golden wiedereröffnet. Ihre Einlagen von 3,7 Mill. Dollar werden von First Interstate garantiert, die auch die Kredite und Vermögenswerte der Bank übernommen hat.

Höhere Ölrechnung - Die Einfuhr von Rohöl ist im 1. Halbjahr 1985 gegenüber den ersten sechs Monaten 1984 um 4,7 Prozent auf 33,2 Mill. Tonnen zurückgegangen. Da die Importpreise für jede gelieferte Tonne im gleichen Zeitraum jedoch um 10,6 Prozent zunahm, fiel die Ölrechnung für die Bundesrepublik mit 22,2 Mrd. DM um 5,4 Prozent höher aus als im vergangenen Jahr.

Liberalisierung geplant

Seoul (VWD) - Im Rahmen ihres Programms zur Öffnung der Kapitalmärkte will die Regierung von Südkorea ausländischen Versicherungsgesellschaften den Zugang ermöglichen. Das berichtet „Korea Herald“ unter Berufung auf Finanzminister Kim Mahnje. Die Regierung bereite die Liberalisierung der koreanischen Versicherungsmärkte vor, der einen schrittweisen Zugang ausländischer Gesellschaften ermögliche.

Kuba hat umgeschuldet

Paris (dpa/VWD) - Die zehn wichtigsten westlichen Gläubigerländer Kubas haben eine Umschuldung der 1985 fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen Havanas akzeptiert. Die Umschuldung betrifft von den Regierungen garantierte Kredite. Diese in einer Sitzung des „Pariser Clubs“ erfolgte Grundsatzzusage wurde in Paris offiziell mitgeteilt. Nach Schätzungen betragen die Westschulden Kubas 3,4 Mrd. Dollar.

WAGNISFINANZIERUNG

Ausfallquote wurde gesenkt

Der deutsche Markt für Wagnisfinanzierung befindet sich noch in der Anfangsphase. In der Bundesrepublik, wo inzwischen etwa 20 Wagnisfinanzierungs-Gesellschaften über ein Beteiligungskapital von rund 700 Mill. DM verfügen, wird auf absehbarer Zeit ein Beteiligungsvolumen von 100 Mill. DM pro Jahr wohl kaum überschritten, erklärte Karl-Heinz Faselow, Geschäftsführer der WAG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt. Die Gesellschaft wird ausschließlich von Banken getragen. Diesem Mittelaufkommen der Gesellschaften stehen bislang noch keine große Anlageerfolge gegenüber. So konnte die WAG bisher nur zwei ihrer Beteiligungsumnahmen mit an die Börse begleiten.

Kaum Aussicht auf Dividende

Die Aktionäre der Westag und Getalit AG, Rbedau-Wiedenbrück, werden wohl auch für das Geschäftsjahr 1985 auf eine Ausschüttung verzichten müssen, erklärte der Vorstand im Geschäftsbericht für 1984. Wegen einiger Unwägbarkeiten lasse sich für das Gesamtjahr keine verlässliche Vorhersage treffen. In den ersten vier Monaten ging der Absatz des stark vom Bau- und Möbelmarkt abhängigen Unternehmens um rund 3,5 Prozent zurück. Auch die Umsatzentwicklung war rückläufig.

SCHULDENKRISE / Die US-Banken haben nur eine ungenügende Vorsorge für mögliche Verluste getroffen

Die Überwachung der Geldinstitute wird schärfer

H.A. SIEBERT, Washington In der Diskussion über die Stabilität der Finanzsysteme erklären Insider immer wieder, daß deutsche Banken weniger verwundbar seien als amerikanische Institute. Als Grund wird die in der Bundesrepublik nach der Schuldenkrise vorgenommene umfangreiche Risikoversorge genannt, denen die US-Banken möglichst aus dem Wege gegangen sind, um ihre Aktionäre nicht durch gekürzte Gewinne und Dividenden-Ausschüttungen zu erschrecken. Als Handicap erwies sich auch die unterschiedlichen Bilanzierungsvorschriften.

shrunpft ihr Gewinn um 80,9 Prozent auf 10,1 Mill. Dollar. Ohne die Hilfe des Fiskus hätte der Verlust immerhin 11,8 Mill. Dollar betragen. Dem Aderlaß verurteilte die brasilianische Niederlassung. Um deren rote Zahlen auszugleichen, mußte die First Chicago, die schon 1984 mit einem Verlust von 71,8 Mill. Dollar nach Steuern im dritten Quartal ins Gerede gekommen war, eine Spezialreserve von 115 Mill. Dollar bilden.

Der Fehler der BankAmerica war es, sich in den 70er Jahren zu sehr auf das Hypothekengeschäft mit festen Zinsen zu verlassen. Als verstreicht erwies sich zudem das starke Engagement in der Bau- und Landwirtschaft sowie in Lateinamerika. Noch 1984 saß die Bank auf 55 Mrd. Dollar Kreditzusagen - doppelt soviel wie irgendeine andere US-Bank. Enorme Abschreibungen von jeweils mehr als 200 Mill. Dollar im Quartal führten zu Kapitalengpässen mit dem Erfolg, daß sich die Bilanzsumme von 1982 bis 1984 von 122,4 auf 117,7 Mrd. Dollar reduzierte.

Im Gegensatz zur BankAmerica, wo die Problemlösung eher zumeist hat die First Chicago ihre finanziellen Anstrengungen seit Jahresfrist von 918 auf 721 Mill. Dollar abgebaut. Das sind nur 2,8 Prozent des Kreditportfolios. Nur wenn dort etwas passiert, könnte da das breite Filialnetz, wie BankAmerica es besitzt, fehlt bei beiden Instituten liegt die Rendite weit unter dem Branchendurchschnitt. Die Konsolidierung ist teuer, und in beiden Fällen tragen einen großen Teil der Schuld die Vorgänger. Der eine heißt A. W. Clausen und ist Präsident der Weltbank.

WELTSCHIFFFAHRT / Keine Impulse für eine Belebung

Helfen nur noch Wunder?

WILHELM FURLER, London Die Krise, in der die Wertschiffahrt praktisch seit dem Ölpreisschock, also seit Mitte der siebziger Jahre, steckt, spitzt sich nach einem kurzen Zwischenhoch wieder bedenklich zu. Dem jüngsten Lagebericht des Londoner Schiffbrokers Denholm Costes zufolge können nur noch Wunder helfen, den „leblosen“ Schiffahrtsmärkten in absehbarer Zeit wieder Impulse zu geben.

Nicht nur die Tankerfahrt ist wieder einmal auf einem Tiefstand angelangt, sondern auch die trockene Massengutfahrt steckt in einer Krise wie seit Jahren nicht mehr. So sind die Frachtraten für den Transport von Getreide aus den USA in der vergangenen Woche auf ihr niedrigstes Niveau seit mehr als sieben Jahren gefallen. Für Getreide von der US-Golfküste nach Europa werden im Moment nur sechs Dollar je Tonne gezahlt, Ende letzten Jahres lag die Rate noch bei gut 10 Dollar. Mit ein Grund dafür ist die relativ gute Getreidernte der Sowjetunion im vergangenen Jahr. In den vier bis fünf Jahren zuvor mußte die UdSSR größere Getreidemengen aus USA, Kanada und Argentinien importieren, stellt Denholm Costes fest.

GROSSBRITANNIEN - JAPAN / Börsenzulassung

Lizenzen auf Gegenseitigkeit

WILHELM FURLER, London Der Streit zwischen London und Tokio über die Zulassung von Instituten der beiden Länder zum jeweiligen Wertpapierhandel spitzt sich zu. Hinter der Auseinandersetzung steckt die Weigerung des japanischen Finanzministeriums, den Antrag der britischen Merchant Bank Kleinwort Benson auf Zulassung zum Wertpapierhandel in Tokio normal abzuwickeln.

umgehenden Zulassung britischer Antragsteller zum Wertpapierhandel in Tokio umbesinnen sollte. Vertreter der Bank von England weisen darauf, daß bei der Ausstellung von Lizenzen an ausländische Häuser die Verwicklung zentraler Zulassungen von entscheidender Bedeutung sein wird. Auf Grund der neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit „der Revolution in der Londoner City“ werden spezielle Zulassungen für bestimmte Geschäfte erforderlich sein, die von ausländischen Instituten im Augenblick noch ohne Lizenzen betrieben werden dürfen. Das bedeutet, daß Institute ohne solche Lizenzen etwa für den Wertpapierhandel von Anfang 1987 an nicht mehr am Platz London tätig sein dürfen.

Villeroy & Boch spürt Bankkrise

Die Keramischen Werke Villeroy & Boch, Mettlach, haben in den ersten fünf Monaten 1985 sieben Prozent Umsatz umgesetzt als im Vorjahreszeitraum. Als Hauptursache hierfür nannte das Unternehmen bei Vorlage des Geschäftsberichts 1984 die schwierige Lage des Baugewerbes. Davon sei vor allem die Fliesenpartie betroffen, die am Umsatz von Villeroy & Boch einen Anteil von 52,3 Prozent hat. Bis Ende des Jahres werde der bisherige Umsatzabruch auch nicht mehr aufgehoben sein.

PERU / Neugewählter Präsident dämpft Erwartungen

Kritik am Währungsfonds

Nach Ansicht des gewählten peruanischen Präsidenten Alan Garcia wird die von seiner Regierung angestrebte Anknüpfung der Wirtschaft des Landes „frühestens in zwei Jahren erste Früchte zeigen“. In einem Gespräch mit ausländischen Korrespondenten in Lima deutete Garcia an, daß seine Regierung hofft, zumindest bis dahin mildere Bedingungen von den ausländischen Gläubigerbanken eingestimmt zu bekommen.

Wien: Geringeres Wachstum 1986

Industriestaaten in erheblichem Maße für die Wirtschaftskrise der Entwicklungsländer verantwortlich sei. Der Apra-Chef unterstrich, daß seine Regierung den „festen Willen“ habe, die Verpflichtungen aus der peruanischen Anstandsverschuldung von 14 Mrd. Dollar (rund 42 Mrd. DM) zu erfüllen. Das könne jedoch nur im Einklang mit der geplanten Wiederbelebung der Wirtschaft gelingen, wobei die Förderung der Landwirtschaft und der einheimischen Industrie Vorrang haben müsse.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 1985 um 2,5 Prozent gestiegen. Günstiger als erwartet entwickelten sich die Exporte, die über Jahr real um 8,5 Prozent expandieren dürften. Die kräftige Belebung der Investitionsstätigkeit (real plus 4,5 Prozent) wird 1985 ebenso zu einer Konjunkturstütze wie der private Konsum (plus 2,5 Prozent).



Die Einigung Italiens war kein Traum mehr. Banco di Sicilia war bereits eine Realität.

Als Erbe der Erfahrungen der bereits im 15. Jahrhundert aktiven „Banchi“ des sizilianischen Königreiches ist Banco di Sicilia seit 1860 ein Begriff unter den wichtigsten Banken des Königreiches Italien, welche bis 1926 den Vorzug genoss, als Notenbank des italienischen Staates zu wirken.

Banco di Sicilia Bockenheimer Landstrasse 13-15 6000 Frankfurt a/M

Advertisement for DIE WELT newspaper, including contact information for various offices and subscription details.

Advertisement for GENERALI Assicurazioni Generali, featuring a table of financial results for 1984 and a list of services.

DOAG WARENHANDELS-AG / Rückzug aus Nigeria

Dividende wird verdoppelt

JAN BRECH, Hamburg Die Doag Warenhandels-AG, Hamburg, schlägt der Hauptversammlung am 14. August eine Erhöhung der Dividende von 5 auf 10 Prozent vor.

Die Doag USA Inc., die die 100-Prozent-Tochtergesellschaft United Cotton Goods Comp. sowie Beteiligungen an zwei Grundstücksgesellschaften hat, weist einen Gewinn von 1,1 Mill. Dollar aus.

Im Gegensatz zu den USA blieb das Afrika-Geschäft der Doag desolat. Die indisch-Afrikanische Cie. NV, die über zwei Beteiligungen in Nigeria tätig ist, weist 0,6 Mill. hft Verlust

aus. Die Doag hat aus der jahrelang negativen Entwicklung inzwischen die Konsequenzen gezogen und die Beteiligungen in Nigeria verkauft.

Der Kaufpreis ermöglichte es, so heißt es im Geschäftsbericht, die Verbindlichkeiten der IAC zu tilgen. Die Forderungen aus früheren Warenlieferungen nach Nigeria von 11 Mill. DM werden durch den Verkauf nicht berührt. Deren Eingang soll der IAC als Manövriermasse dienen.

Die Aussichten für dieses Jahr, in dem die Doag 100 Jahre besteht, geben selbst bei Anlegung äußerster vorsichtiger Kriterien Anlaß zu Optimismus, schreibt der Vorstand. So zeichne sich bei der United Cotton wieder ein sehr gutes Jahr ab. Die Doag USA werde zudem ihre Verbindlichkeiten, die aus dem Ankauf der United-Cotton-Anteile resultieren, weitgehend abbauen. Die nach erfolgreicher Veräußerung ihrer Nigeria-Beteiligung schuldenfreie IAC werde erneut auf Expansionskurs schalten. Größte Schwierigkeit für die Refinanzierung der ausstehenden Forderungen dürfe es sein, geeignete Ziele zu identifizieren, heißt es.

WÜSTENROT / 1984 war der „erste Sonnenjahrgang in diesem Jahrzehnt“

Mehr Dynamik im Neugeschäft

W. NETZEL, Ludwigsburg Eine anhaltend freundliche Tendenz für das Bausparkasse Wüstenrot gemeinnützige GmbH, Ludwigsburg, für den weiteren Verlauf des Jahres 1985. Die Aussichten für die Baufinanzierung schlechthin beurteilen wir mit einem gewissen Optimismus, sagte Geschäftsführer Christoph Wocher.

Bei den Zufüssen zur Zuteilungsmasse sei eine Belebung bisher allerdings noch nicht eingetreten. Der Geldzugang der ersten sechs Monate lag um 3,2 Prozent unter dem der Vorjahreszeit. Die Nachfrage nach Baukrediten habe noch nicht das hohe Niveau des Vorjahres erreicht, zeige aber steigende Tendenz.

Wocher warnte davor, den erwarteten Bevölkerungsrückgang zum Anlaß zu nehmen, die Notwendigkeit zur Fortsetzung des Wohnungsneubaus generell in Frage zu stellen. Die in einzelnen Regionen und bestimmten Bauformen anwachsenden Bestände an leeren Wohnungen ebenso wie die aktuelle Rezession im Wohnungsbau dürften seiner Ansicht nach nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch mittel- und langfristig noch eine dynamische Wohnungsbauauftrag zu erwarten sei.

Das Geschäftsjahr 1984 sei für Wüstenrot ein „erster Sonnenjahrgang in diesem Jahrzehnt“ gewesen. Mit einem Wachstum im eingelösten Neugeschäft um 4,9 Prozent bei der Stückzahl und von 5,2 Prozent bei den Summen lag Wüstenrot deutlich über dem Branchendurchschnitt (plus 0,1 Prozent). Der Marktanteil verbesserte sich auf 12,7 (12,1) Prozent. „Glanzlichter“ seien im vergangenen Jahr die Finanzierungseinstellungen gewesen.

Die Ertragslage bewertet Wocher mit „insgesamt befriedigend“. Es wird ein Jahresüberschuss von 288,7

(56,4) Mill. DM ausgewiesen, der auf eine einmalige Sonderausschüttung (neben der üblichen 4prozentigen Dividende) von 232,7 Mill. DM an die Muttergesellschaft Wohnungswirtschaft Wüstenrot Verwaltungs- und Finanzierung GmbH (WVG) zugeschnitten ist, um die finanzielle Basis dieser Holding zu stärken. Diese soll nach personalmäßiger Aufstockung künftig stärker als Steuerungsinstrument fungieren. Im Wüstenrot-Konzern, dessen Bilanzsumme um 4,2 Prozent auf fast 30 Mrd. DM angewachsen ist, nahm der Anteil der Eigenmittel auf 4,9 (4,3) Prozent zu.

Table with 3 columns: Bausparkasse Wüstenrot, 1984, ±%. Rows include Neugeschäft (netto), Verträge, Summen (MILL. DM), Vertragsbestand, Verträge, Summen (MILL. DM), Geldzugang, Sparbeiträge + Zinsen, Tilgungen, Rückstellungen, Zinsübersch., Gewinnbeiträge, Provisionen, Jahresüberschuss.

SCHWABENGARAGE / Keine Katalysator-Nachfrage

„Halbklarheit“ beklagt

WERNER NETZEL, Stuttgart Seit Ende März dieses Jahres spürt die Schwabengarage AG, Stuttgart, führender Ford-Händler, wieder Kaufinteresse, nachdem in der Zeit zuvor infolge der Abgasdiskussion Verunsicherung und Kaufzurückhaltung herrschte.

Besser ist die Situation bei den Auftragseingängen, die lediglich um 8,1 Prozent auf 9054 Fahrzeuge abnahmen. Die Nachfrage nach Katalysator-Fahrzeugen sei freilich „gleich null“, sagte Vorstandsvorsitzender Lothar Pulvermüller, und kritisierte die Unbekümmertheit, mit der in politischen Kreisen die Abgasfrage behandelt worden sei. Inzwischen gebe

es „Halbklarheit“. Der Umsatz lag im ersten Halbjahr mit 191 Mill. DM um 7,3 Prozent unter dem Vorjahr.

Trotz aller Turbulenzen sei er, Pulvermüller, mit der Geschäftsentwicklung einigermaßen zufrieden, wenngleich das Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht werde. Im Geschäftsjahr 1984 lieferte die Schwabengarage mit 16 656 Neuwagen 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr aus. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf das schleppende Nutzfahrzeug-Geschäft zurückzuführen.

Der Nettoumsatz verringerte sich infolge der Aufgabe des Baumaschinengeschäftes (Hanomag) um 2,9 Prozent auf 397 Mill. DM. Aus dem auf 2,9 (1,8) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuss wird neben der Dividende von unverändert 12 Prozent noch ein zweiprozentiger Bonus für 16 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

ADIG / Die Erträge der Fonds haben sich verbessert

Höhere Ausschüttungen

DANKWARD SEITZ, München

Höhere Ausschüttungen für die meisten ihrer Fonds kündigt die Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) an. Je nach Fonds erhöhen sich die Barbeiträge zwischen 0,05 DM und 0,48 DM. Insgesamt werden diesmal an die Kunden rund 590 Mill. DM gezahlt, nachdem im Vorjahr 441 (416,6) Mill. DM ausgeschüttet worden waren.

Vor allem erhöhte Dividendenzahlungen bei deutschen Aktiengesellschaften und gute Zinseinnahmen aus US-Rentenwerten haben nach Angaben der Adig zu besseren Fonds-Erträgen geführt. Auf eine Beimischung außerordentlicher Erträge über die Ausschüttungen hin-

aus sei auch diesmal „im Sinne der Substanzstärkung verzichtet“ worden.

Im einzelnen werden pro Anteil (ohne anrechenbare Körperschaftsteuer) folgende Beträge gezahlt: Adifonds 1,29 (1,10) DM, Adiverba 1,71 (1,61) DM, Fondak 1,06 (0,97) DM, Fondra 4,03 (3,55) DM, Adirenta 1,90 (1,85) DM und Gotharent 6,65 (6,50) DM. Erstmals schütten auch die beiden neuen Adig-Fonds Erträge aus: Beim Technologie-Fonds Aditec sind es 1,70 DM (für die Zeit ab 14. November 1983) und der internationale Rentenfonds Fondirenl 4,20 DM (ab 29. November 1984). Gezürkt wurden die Barauschüttungen beim Fondis auf 0,91 (1,06) DM und beim Plusfonds auf 2,09 (2,30) DM.

DAK schließt mit hohem Defizit

dpa/VWD, Hamburg Die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK), Hamburg, hat 1984 mit einem Defizit von 341,2 Mill. DM abgeschlossen. Im Vorjahr hatte die DAK noch einen Überschuss von rund 300 Mill. DM erzielt. Auch 1985 steigen nach Angaben eines DAK-Sprechers die Kosten etwas stärker als erwartet. Die Kasse sei jedoch zuversichtlich, den Beitragssatz von 12,3 Prozent halten zu können.

Die Beitragseinnahmen sind 1984 um 2,62 Prozent auf 11,92 (11,44) Mrd. DM gestiegen. Für Versicherungsleistungen gab die Kasse mit 11,85 Mrd. DM 6,61 Prozent mehr aus als im Vorjahr. Größte Leistungsposten sind die Krankheitsausgaben mit 3,1 Mrd. DM, die sich um 7,7 Prozent verteuerte, die Arzt-Abrechnungen mit 2,44 Mrd. DM (plus 5,16 Prozent), die Arzneimittel mit 1,60 Mrd. DM (plus 6,61 Prozent) sowie Zahnersatz und Zahnkronen mit 1,06 Mrd. DM (plus 6,61 Prozent). Bei der DAK sind 4,42 Mill. Mitglieder (mit Familienangehörigen 6,38 Mill.) versichert. Der Nettopersonal an neuen Mitgliedern stieg auf rund 66 400 (60 500).

Wirtschaftswissen

kann man abonnieren.

Bitte: 

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

INNEBANDIG VERBUNDEN MIT 100 BEITRÄGEN zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,-, Luftpost auf Anfrage), anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Nachname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Vorw./Titel: _____

Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____ 01-043

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

ELRING / Kräftiger Auftragsschub sorgt für Wachstum

Investitionen bleiben hoch

MARTIN FINK, Fellbach Die Gruppe der Elring Dichtungswerke GmbH, Fellbach, steuert im laufenden Geschäftsjahr 1985 einen Umsatz von etwa 300 Mill. DM an. Ein solches Wachstum von gut zehn Prozent sei angesichts des guten Auftragslage im bisherigen Jahresverlauf realistisch, meint der Vorsitzende der Geschäftsführung, Karl Uwe von Husen. Bei 100 Mill. DM lag der Auftragsbestand zur Jahresmitte, während man vor zwei Jahren um diese Zeit noch bei rund 60 Mill. DM lag. Die Gruppe, deren Aktivitäten zu über 85 Prozent den Kraftfahrzeugbereich betreffen, spürt den Aufwind bei den Kundenorders sowohl im Erstausrüstungs- als auch im Ersatzteilgeschäft.

Für das laufende Jahr rechnet von Husen auch mit einer nochmaligen Ergebnissteigerung. Die Investitionen sollen 1985 und auch in den nächsten Jahren auf dem hohen Niveau von zwölf bis 14 (1984: 10,5) Mill. DM gehalten werden, um die Marktstellung weiter auszubauen. Die Belegschaft der GmbH soll im laufenden Jahr ebenfalls weiter wachsen, nachdem sie schon 1984 um 177 auf 1882 Beschäftigte aufgestockt wurde.

Im Geschäftsjahr 1984 wuchs der Elring-Umsatz um 2,4 Prozent auf 201,7 (196,9) Mill. DM. Durch den sie-

benwichtigen Arbeitskampf sind nach Angaben von von Husen etwa 20 Mill. DM Umsatz uneinholbar ausgefallen. Die Exportquote hielt sich bei 43 Prozent. In der Gruppe stieg der Umsatz um 7,6 Prozent auf 270 (251) Mill. DM. Die französische Tochtergesellschaft kam dabei auf einen Umsatz von 52,5 Mill. DM (plus 31 Prozent) und die spanische auf 11,4 Mill. DM (plus 24 Prozent). Beide Töchter brachten auch zufriedenstellende Ergebnisse bei. In der Gruppe stieg die Belegschaft auf 2522 (2395).

Für das Jahr 1984 hat Elring erstmals Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung veröffentlicht und damit die freiwillige Publizität entscheidend vorangetrieben. Ausgewiesen wird ein deutlich erhöhter Jahresüberschuss von 5,15 (3,37) Mill. DM. Davon wurden drei Mill. DM ausgeschüttet und 2,2 Mill. DM in die Rücklagen gestellt. Neben dem Stammkapital von 50,7 Mill. DM (davon 12,3 Mill. DM ausstehend) weist die Bilanz danach 16,7 Mill. DM freie Rücklagen und 22,7 Mill. DM Rückstellungen aus. Im Anlagevermögen stehen 41,2 Mill. DM Sachanlagen und 11,8 Mill. DM Finanzanlagen zu Buche. Hauptgesellschafter sind direkt und indirekt die Familie Lechler (Stuttgart) und die Voith-Gruppe (Heidenheim).

AB WILHELM BECKER / Chancen mit Speziallacken

Deutsches Geschäft gestärkt

HARALD POSNY, Düsseldorf Die Becker-Gruppe, Stockholm, die zu den führenden Lackherstellern in Europa zählt, verstärkt ihre Aktivitäten auf dem bundesdeutschen Markt. Dabei liegt das Schwergewicht der Investitionen mit 10 Mill. DM gegenwärtig bei der 1984 erworbenen Schmidt & Berewinkel Lackfabrik GmbH, Dormagen, die Lacke für die allgemeine Industrie herstellt und mit 76 Mitarbeitern für 1985 einen Umsatz von 24 Mill. DM erwartet.

Auf dem deutschen Markt ist die Becker-Gruppe, die 1871 aus dem Lack- und Chemiegroßhandel des nach Schweden ausgewanderten Deutschen Carl Wilhelm Becker hervorging, mit vier von sechs Produktionsbereichen im Geschäft: Container Coatings/Emballagelacke, Bandbeschichtungslacke, Lacke für den allgemeinen Industriebedarf und Pulverlacke.

Die Gruppe verfügt über eigene Produktionsstätten für Pulverlack bei der Wilhelm Becker Pulverlack GmbH & Co. KG, Wuppertal (1985: 18 Mill. DM Umsatz), und für Lacke bei Schmidt & Berewinkel. Hinzu kommt eine Auftragsproduktion von

Lacken für Container Coatings und die Bandbeschichtung bei der Lackfabrik Wülfling Wuppertal, deren Anteile zu 80 Prozent Ende 1984 an die US-Firma Pittsburgh Plate Glass, weltweit größter Hersteller für Autolacke, verkauft wurden.

Vom Becker-Gruppenumsatz von rund 700 Mill. DM (1984) entfallen 350 Mill. DM auf das Auslandsgeschäft. Rund 70 Mill. DM kommen aus der Bundesrepublik. Die bedeutendsten Produktionsfelder sind Industrielack-Beschichtungen (43 Prozent des Geschäftsvolumens) und Handelslacke (26 Prozent). Die Gruppe beschäftigt weltweit 3200 Mitarbeiter. Der Gewinn vor Steuern wurde für 1984 mit 22 Mill. DM angegeben.

Becker konzentriert sich auf dem deutschen Markt auf Produktbereiche, die eine hochentwickelte Technologie erfordern. Dabei gilt die Bundesrepublik als eine starke Basis für Container-Beschichtungen und wasserverdünnbare Beschichtungen in ganz Europa. Marktchancen werden auf dem deutschen Markt vor allem im Bereich von Pulverlacken gesehen. Hier will Becker einen Anteil von mindestens 10 Prozent gewinnen.

COCA-COLA / Konkurrent Pepsi wundert sich über die Strategie des Marktführers

Neuer Geschmack auch fürs Ausland

JOACHIM WEBER, Frankfurt Wolfgang Blumberg, Geschäftsführer der Pepsi-Cola GmbH, Offenbach, wundert sich, daß der große Konkurrent und Marktführer Coca-Cola sein Experiment mit dem neuen „Coke“-Geschmack nach dem Debakel im Heimatmarkt auch auf die Auslandsmärkte ausdehnen will. „Ohne Zweifel ist Coca-Cola auch in Europa ein Standard - wenn der so drastisch reduziert wird, gibt das auch hier Kritik“.

In der Alten Welt freilich fehlt der Koffein-Brause jener fast ideologische Anstrich eines nationalen Symbols, der - wie die Coke-Gewaltigen zu spät erkannten - keine willkürliche Änderung zuläßt. Hunderttausende von Amerikanern waren auf die Barikaden gegangen, nachdem sich die Einführung eines „Coca-Cola New“ (am 23. April 1985) erst so richtig herumgesprochen hatte.

So vehement fiel der Protest gegen den süßeren Geschmack (in der Nähe der Pepsi-Konkurrenz) aus, daß die

Coca-Spitze nicht umhinkam, der geeigneten Öffentlichkeit am 10. Juli die Wiedergeburt des originalen Nationalgetränks als „Coca-Cola Classic“ zu verkünden. An der Werbe- und Vertriebskonzeption für die Coke-Zwillinge wird dem Vernehmen nach noch gearbeitet. Indiz auch für die Überraschung im Stammhaus Coca-Cola, das die Umstellung mit umfangreichen Geschmackstests vorbereitet hatte.

Ziel des Manövers war es gewesen, Coke nach 99 Jahren dem Geschmackswandel vor allem der jüngeren Verbraucher anzupassen. Damit wollte das Coca-Management auf leicht hockende Marktanteile der Ur-Cola (von 24,8 auf 21,7 Prozent im Vergleich der Jahre 1983 und 1984, teilweise allerdings zugunsten eigener Diversifikationsprodukte wie Diet-Cola) am 25 Milliarden Dollar schweren US-Erfrischungsgetränkemarkt reagieren.

Ein angenehmer Nebeneffekt der Anpassung wurde in den Pepsi-La-

bors analysiert: Der erhöhte Süße-Pegel bei gleichzeitiger Reduzierung der Aroma-Anteile bringe weltweit eine jährliche Einsparung von 50 Millionen Dollar, meinte der ewige (seit 87 Jahren) Zweite im Cola-Markt. Kommentar von Coca-Cola: „Das wäre schön...“

In Deutschland soll das neue Coke 1986 eingeführt werden, von vornherein allerdings im Tandem mit der klassischen Version. In der Essener Deutschland-Zentrale ist man froh, etwas mehr Zeit zu haben, als die US-Kollegen. Zudem ist der eigene Vorsprung hier deutlich größer als jenseits des Atlantik.

Während Pepsi-Cola in den USA schon auf einen Marktanteil von 18,8 Prozent kommt, sind es in Deutschland (mit dem gesamten Getränkeortiment) erst gut 4 Prozent des alkoholfreien Marktvolumens von 14 Milliarden Mark. Coca-Cola dagegen liegt (ebenfalls einschließlich weiterer Marken) bei knapp 18 Prozent.

NAMEN

Hans H. Schlitzberger, Vorstandsmittglied der Siemens AG, Berlin/München, und Leiter des Zentralbereichs Personal sowie Berlin-Beauftragter, wird am 24. Juli 60 Jahre.

Erich A. Kreuzsch, bisher Vorsitzender der Geschäftsführung der Coca-Cola GmbH, Essen, wird sich als Geschäftsführer der Restrukturierung der Konzernorganisation in Deutschland, Österreich und der Schweiz widmen. Neu als Geschäftsführer berufen wurde der Ire R. Neville Isidell (42), der die Leitung des Geschäfts in Deutschland, Österreich

und der Schweiz übernommen hat. Er war zuletzt Präsident der Coca-Cola Bottlers Philippines in Manila. Die Verantwortung für das deutsche Geschäft trägt seit dem 1. Juli Geschäftsführer Heinz Wenzel, der zuvor als Landesleiter für Norddeutschland zuständig war. Gerd F. Müller, bisher Landesleiter Deutschland-Süd, ist zur Mutter Coca-Cola Company nach Atlanta gegangen.

Alfred Vermaaten, langjähriger Leiter der Verkehrsfliegerschule der Deutschen Lufthansa in Bremen ist im Alter von 61 Jahren gestorben.



Für eine sichere Finanzierung Ihrer Geschäfte mit dem Ausland: Sparkasse.

Auslandsmärkte haben ihre eigenen Gesetze. Für den Importeur ebenso wie für den Exporteur. Es gilt sich zurechtzufinden. Und das nicht nur, wenn es um die Weiterleitung von Geldern vom Inland ins Ausland geht oder umgekehrt. Die Unterstützung eines international erfahrenen Partners bringt bei der gesamt-

ten Abwicklung von Auslandsgeschäften mehr Sicherheit, Effektivität und Vorsprung. Nutzen Sie deshalb die Marktkenntnisse der Sparkassen und Landesbanken. Nutzen Sie unser Netz von rund 5000 Korrespondenzbanken in aller Welt. Nutzen Sie den aktuellen Informationsstand unserer Geldberater.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über Ihr Auslandsgeschäft.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



AKTIENBÖRSEN

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Bankaktien weiterhin gesucht

Stabile Kurse aber auch auf den meisten anderen Märkten
DW. - Gegenüber den letzten Tagen der Vorwoche war das Geschäft auf dem Aktienmarkt am Montag strammere und schlappend. Dennoch zeigten sich auf den meisten anderen Märkten Kurserholungen ab. Auf der wichtigsten Basis besteht keine dringende Verunsicherung.

Table with columns for Dusseldorf, Frankfurt, Hamburg, München, and Aktienumsätze. Lists various stocks and their prices.

Table with columns for Aktienumsätze, listing various stocks and their trading volumes.

Table titled 'Inland' listing various domestic stocks and their prices.

Table titled 'Ausländische DM-Anleihen' listing foreign DM bonds and their prices.

Table titled 'Freiverkehr' listing various free market stocks and their prices.

Table titled 'Ausland New York' listing New York market data and stock prices.

Table titled 'Amsterdam' listing Amsterdam market data and stock prices.

Table titled 'Tokio' listing Tokyo market data and stock prices.

Table titled 'Optionsstand' listing options market data and prices.

Table titled 'Goldminen' listing gold mine market data and prices.

Table titled 'Devisen und Sorten' listing exchange rates and currency types.

Table titled 'Euro-Geldmarktsätze' listing Euro money market rates.

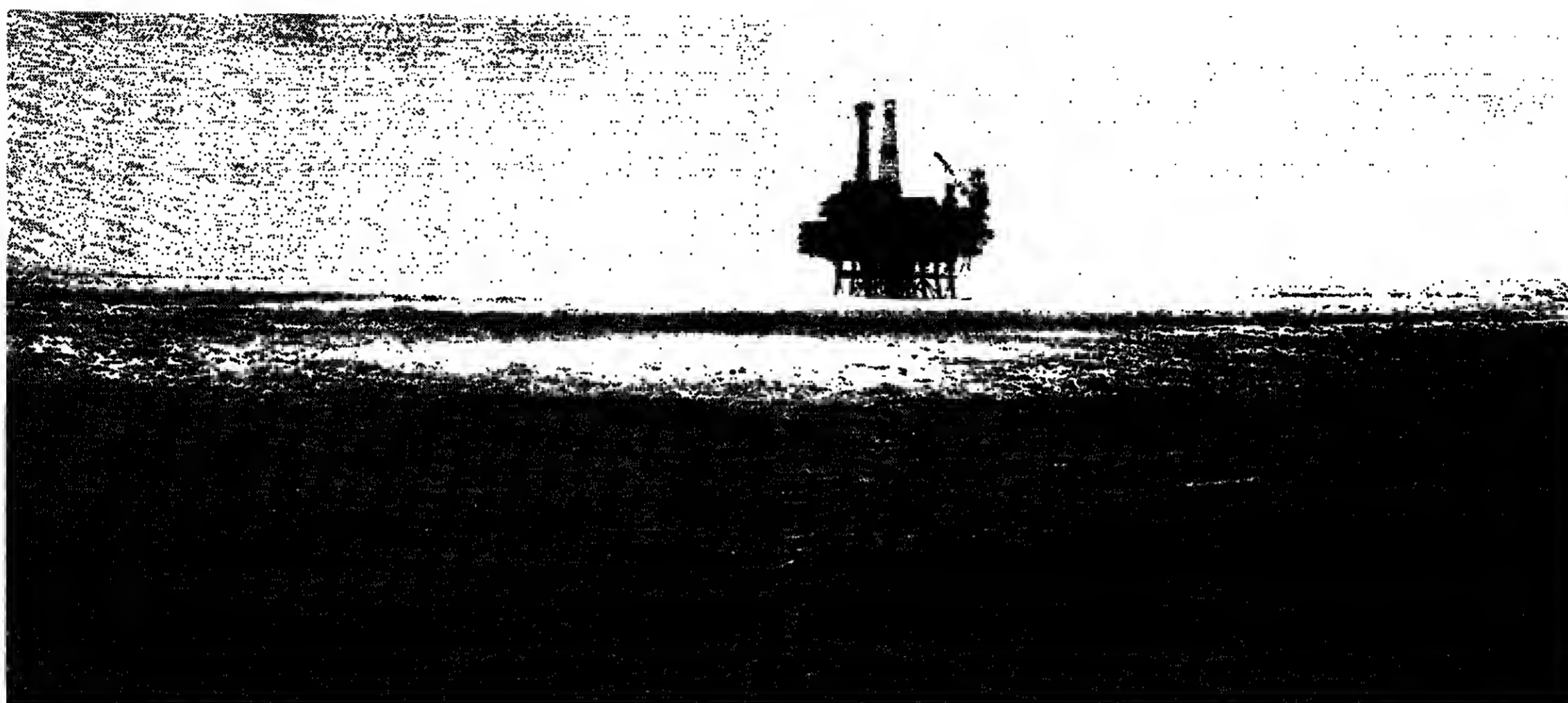
Table titled 'Devisen und Sorten' listing exchange rates and currency types.

Table titled 'Devisen und Sorten' listing exchange rates and currency types.



Ein riesiges Betätigungsfeld.

Über Öl- und Gasexploration.



Alles, was der Mensch zum Leben braucht, findet er auf diesem Planeten. Man muß nur wissen, wo. Zum Beispiel in den Weltmeeren: Sie sind nicht nur ein riesiges Reservoir für Erze und Mineralien, hier – vor den Küsten der Kontinente – lagern auch Milliarden Tonnen an Erdöl und Erdgas.

Solche Reserven zu finden, zu fördern, zu verarbeiten und die Mineralöl-Produkte zu vermarkten, ist eine der Aufgaben von VEBA OEL.

Die amerikanische Tochtergesellschaft MARK PRODUCING konzentriert sich auf die Regionen Texas und Louisiana mit ihren reichen Öl- und Erdgasfeldern im Golf von Mexiko. Dort haben Produktion und Verkauf für die USA inzwischen begonnen.

Ebenso wichtig für uns ist die Nordsee – ein Gebiet direkt vor unserer Haustür und seit Jahren Deutschlands größter Öllieferant. Hier operiert vor allem die DEMINEX – eine Gesellschaft, an der

die VEBA mit 54% beteiligt ist und die Anteile an bedeutenden Konzessionen in der britischen und norwegischen Nordsee besitzt.

Nicht nur in den USA oder in der Nordsee – auch in einer Reihe weiterer Gebiete rund um den Erdball arbeiten wir an der Erschließung von Lagerstätten. In diese zukunftssträchtigen Projekte investieren wir viel Geld. Sie bilden mehr und mehr den Kernbereich unseres Ölsektors.

VEBA Heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL&VERKEHR	MINERALÖL
Vebe Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hils AG Mati	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Vebe Oel AG Gelsenkirchen
	Bunawerke Hils GmbH Mati	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhro GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Braunsch. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminox-Dt. Erdöl- versorgungs-ges. mbH Essen
Schleswig Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodex New Jersey	Deutsche SB-Kauf AG & Co. oHG Bochum	Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München	SONSTIGE		
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Vebe Wohnungs- wirtschaft	Vebe-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,9 Mrd. DM erzielt. Neben der Bundesrepublik Deutschland (30 %) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über diese Aktivitäten und über andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie bitte an VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Rentenurse leicht angehoben.

Die Tendenz auf dem Rentenmarkt blieb in Erwartung weiterer Zinssenkungen freundlich. Nach der Zuteilung auf den letzten Zinstender sind die Banken mit Liquidität teilweise überversorgt. Vermutlich hat dies die Anlagentätigkeit in Papieren mit kürzeren Laufzeiten aktiviert. Öffentliche Anleihen zeigen unter Schwankungen oftmals um 0,20 Prozentpunkte an. Nach wie vor herrscht Verunsicherung über die Konditionen der Schleswig-Holstein-Anleihe. Einige Banken lehnen es wegen der nicht marktgerechten Konditionen ab, sie ihrer Kundschaft anzubieten.

Table of interest rates for various German government bonds (Bundesanleihen, Bundespost, Länder - Städte, Bundesbahn) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Table of interest rates for various German government bonds (Bundesanleihen, Bundespost, Länder - Städte, Bundesbahn) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Table of interest rates for various German government bonds (Wandelanleihen, Währungsanleihen, Wandelanleihen, Düsseldorfer DM-Auslandsanleihen) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Table of interest rates for various German government bonds (Wandelanleihen, Währungsanleihen, Wandelanleihen, Düsseldorfer DM-Auslandsanleihen) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Table of interest rates for various German government bonds (Wandelanleihen, Währungsanleihen, Wandelanleihen, Düsseldorfer DM-Auslandsanleihen) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Table of interest rates for various German government bonds (Wandelanleihen, Währungsanleihen, Wandelanleihen, Düsseldorfer DM-Auslandsanleihen) with columns for bond type, maturity, and interest rate.

Table of commodity prices and terms (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

Table of commodity prices and terms (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

Table of commodity prices and terms (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

Table of commodity prices and terms (Warenpreise - Termine) for various goods like wheat, oil, and metals.

Advertisement for Karl F. Wilhelm, a mechanical engineering firm (Maschinenfabrik Angsburg-Nürnberg) with contact information and a list of services.

Advertisement for Robert Tepez, a civil engineer (Dipl.-Ing. Architekt BDA) with contact information and a list of services.

Advertisement for Patentvermittlung, a patent brokerage service with contact information.

Advertisement for Schriftsteller arbeiten mit Inhaftierten e.V., a literary organization with contact information and a list of services.

Advertisement for Familienanzeigen und Nachrufe, a service for family notices and obituaries with contact information.

V-Meßgeräte der dritten Generation erforschen ab Oktober die Seh-Gewohnheiten der SAT-Zuschauer

Delikates verschweigt TeleSensor ganz diskret

Jetzt wollen es auch die Programm-macher von SAT 1 wissen: Wieviel Zuschauer sie täglich vor den Bildschirm locken können, werden sie sich ab 1. Oktober statistisch bestätigen lassen. In 200 Haushalten, die repräsentativ aus denen ausgewählt wurden, die bereits über ECS- und Kabelempfang verfügen, wird mit Beginn des letzten Quartals der von der Gesellschaft für Fernsehzuschauerforschung „Teleskopie“ in Bad Godesberg entwickelte „TeleSensor“ das Sehverhalten der Zuschauer registrieren.

Der „TeleSensor“ ist das TV-Meßgerät der dritten Generation, d. h., den veränderten Bedürfnissen der Bildschirmkonsumenten angepaßt. Es begann 1975 mit dem „teleskomat“, der Einzelschaltzeiten und zusehenden Personen registrierte. Mit der Zeit mußten neuen Anforderungen Rechnung getragen werden: viele Geräte waren jetzt mit Fernbedienung ausgerüstet, in zahlreichen Haushalten standen Zweitgeräte (auch transportable), die meisten hatten mehr als sechs Kanäle. 1979 wurde der „teleskomat“ abgelöst vom „TeleMetron“, das der neuen Medienvielfalt spielend gerecht wurde.

Doch diese Zeiten sind vorbei. Das „TeleMetron“ hat nun auch seine Schuldigkeit getan und muß dem noch höher entwickelten „TeleSensor“ weichen. Der begnügt sich nun nicht mehr damit, festzuhalten, wer

wann wie lange vor dem Bildschirm sitzt; er erfährt vielmehr alles, was der Bildschirm leisten kann.

Er registriert nicht nur die Programmstrahlung, sondern meldet auch, wenn ein Beitrag auf Video-Kassette aufgenommen und zu einem späteren Zeitpunkt wiedergegeben wird. Er merkt sich, ob ein Haushaltsmitglied Bildschirmtext abrufen oder ob der Junior sich an Videospiele ergötzt, anstatt vielleicht Mathematikaufgaben zu machen. Nur die Wiedergabe nicht ausgestrahlter Programme, wie es etwas umständlich und mißverständlich heißt, registriert er nicht. Im Klartext: der „TeleSensor“ ist diskret genug, das Betrachten einer ausgeliehenen oder gekauften Videokassette möglicherweise delikaten Inhalts nicht an die Datensammelstelle zu verpetzen.

Bis zu acht Personen speichert der Kasten, in stumpfem Ocker und Rot gehalten und nicht gerade eine Zierde fürs Wohnzimmer. Per Fernbedienung melden sich die Zuschauer an, wobei jedem Sippmitglied ein eigenes rotes Lämpchen beim Zuzucken leuchtet. Da achtköpfige Familien hierzulande eher die Ausnahme sind, können somit auch immer einige Gäste erfaßt werden.

Das Meßgerät wird an die Antenne bzw. Kabelleitung angeschlossen. Es registriert, wann und wie lange jedes Familienmitglied den Fernsehappa-

rat eingeschaltet hat und welche Programme gewählt wurden.

Allnächtlich werden dann von der Datensammelstelle alle gespeicherten Informationen abgerufen. Das Ganze funktioniert übrigens über das wohnungsinferne Stromnetz: Energie und Daten fließen einträchtig nebeneinander durch denselben Kupferdraht.

200 Kabelhaushalte zu befragen – ist das überhaupt repräsentativ? Klaus Liepelt von der „Teleskopie“ antwortet mit einem schlichten „Ja“. Und er nennt folgende Zahlen: Nach dem jüngsten Stand sind 1,089 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik verkabelt. Ans öffentlich-rechtliche Fernsehen sind 22,78 Millionen Wohnungen angeschlossen; aus 2500 von ihnen werden von der Nürnberger „Gesellschaft für Konsumforschung“ (GfK) Zuschauerdaten gesammelt. Das heißt, jeder 5198 verkabelte Haushalt wird statistisch erfaßt; jedoch nur in jeder 8112. Wohnung steht ein Gerät für ARD und ZDF.

Selbst wenn die 1650 Zähler von der „Teleskopie“ hinzugerechnet werden, die parallel neben den GfK-Geräten für die Zuschauerforschung von ARD und ZDF betrieben werden (und, laut Liepelt, zu den gleichen Ergebnissen kommen wie die Datensammler der GfK), ist es immer noch „nur“ jeder 5489. Haushalt, aus dem die ARD- und ZDF-Sehgewohnheiten übermittelt werden. Rein rechne-

risch ergibt sich für die Kabel-TV-Erfassung ein dichteres „Panel“, damit ist die Summe aller erforschten Fernsehhaushalte gemeint. Man kann sich das durchaus als Landkarte, gespickt mit jeweils einem Fähnchen pro erfaßtem Haushalt, vorstellen.

Und was bedeutet in diesem Zusammenhang der Begriff „repräsentativ“, der im Wortschatz der Markt- und Meinungsforscher eine so wesentliche Rolle spielt? Zunächst einmal heißt es, daß jede Familie anders strukturiert sein muß: Von zwei Hamburger Familien beispielsweise, in denen der Vater 52 Jahre alt und Bankbeamter ist, die Mutter einen Halbtagsjob als Sekretärin wahrnimmt und der vierzehnjährige Sohn auf ein naturwissenschaftliches Gymnasium geht, hat nur eine die Chance, von der „Teleskopie“ als Forschungsobjekt ausgewählt zu werden. Darüber hinaus interessiert die Zahl der vorhandenen Fernseh- und Video-Geräte und sogar die Tatsache, ob sie per Fernbedienung ein- und umgeschaltet werden.

40 Prozent der befragten Haushalte lebten es übrigens ab, sich einen „TeleSensor“ ins Wohnzimmer zu stellen. Sie reizen nicht einmal die Fernsehgebühren, die die „Teleskopie“ allmonatlich übernimmt, ein Lockmittel quasi, um den Einzug von „TeleSensor“ möglich zu machen.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Eine Klinik mit Herz für Seele

Das „andere“ Krankenhaus, im Volksmund „Areh im Pott“ genannt, gewährte für Unterdeutschen Dichtern (ARD) den Fernsehcameras einen Einblick in seine Arbeit. Rudolf Steiner, Begründer der Anthroposophie, sieht Körper und Seele als ein Ganzes. In Herdecke sucht man darum Alternativen zur Heilkräft in modernen Großkliniken. „Es gab noch nie so viele Ärzte in Deutschland“, sagt der Chirurg Oscar Konieczny vor der Kamera, „aber auch noch nie so viele Klagen über zu wenig Zeit für den Patienten.“ In Herdecke wird sie

ihm gewährt. Bevor eine Therapie beginnt oder eine Operation vorbereitet wird, erhält der Patient alle Informationen über das, was mit ihm geschieht, auch über die eventuellen Risiken. Das alles wird einfühlsam bis zur Arbeit im OP-Saal aufgezeichnet.

Als „Ersatzteillager“ für künstliche Gelenke und Herzen sieht sich das „andere“ Krankenhaus nicht. Das Herz bleibt ein besetztes Organ. Es gibt in Herdecke keine Klassenschranken, es gibt Arbeit ohne Hierarchie, Privathonorare gehen an die Gemeinschaft. Das Kennenlernen dieser Klinik baute Barrieren ab. Die Anthroposophie wirklich zu erfassen, dafür reichten 45 Minuten nicht aus.

GISELA KRANEFUSS

Grandios, aber aussichtslos

Die Geschichte ist kurz. Ein Mann ist auf eine reiche Heirat aus, er fährt nach Barcelona zur Weltausstellung, findet dort eine attraktive und offenbar wohlhabende Frau, doch tags darauf geht sie mit einem Millionär davon. Diese Story ist nicht erzählenswert, das wußte auch Odón von Horvath und packte sie in einen Roman, bei dem es um das Wie, um die kleinen und großen Schabigkeiten der für ihn verachteten Wertespieler ging.

Ursch Madeisky und Klaus Werner verzeichneten in Der ewige Spieler

(ZDF) auf die Charakterisierung, auf alle psychologischen Gespinne und auf jede Differenzierung. Ihr „Spieler“ wurde als fast ideale Kunstfigur in einer manierten Umwelt vorgeführt, absichtliche Brüche zwischen damals, 1929, und heute wurden zu Überschneidungen und Verfremdungen stilisiert, und das Ganze spielte sich fast nur in Eisenbahnzügen ab, ein Spiel marionettenhafter Wirklichkeiten, das sich selber auszudrücken große Mühe hatte. Die gleiche Mühe, die den Darstellern auferlegt war: Silke Rein, ein erstaunliches Plexiglas-Wesen, Frank Schuster und Alfred Edel, die ein Spiel spielten, das ins Blaue ging, sie spielten es grandios, aber, im Grunde aussichtslos.

VALENTIN POLCUCCH

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM		SAT 1	
10.00 Tagesschau und Tagesthemas	11.25 Gett und die Welt	15.30 Solid Gold Hits	Ausbruch aus dem Gefängnis Hilfe sucht.
10.25 Eine italienische Legende Giuseppe Verdi 6. Teil: Melancholie	12.10 König heißt ihr Handwerk	14.00 Big Valley	25.45 Letzte Nachrichten
11.00 Tagesschau	12.35 Freiwetter	15.30 Back Beauty	
11.30 Tagesschau	13.00 Tagesschau	16.30 Mercedes	
12.00 Tagesschau	13.30 Tagesschau	17.00 Die Leute von der Schilf Ranch	
12.30 Tagesschau	14.00 Tagesschau	18.00 Alle meine Lieben oder Regionalprogramm	
13.00 Tagesschau	14.10 Freiwetter	18.30 APF heute	
13.30 Tagesschau	14.30 Freiwetter	19.45 Loma, Königin der Amazonas	
14.00 Tagesschau	14.50 Freiwetter	20.30 Kulturspezial	
14.10 Freiwetter	15.00 Freiwetter	21.30 APF heute	
14.30 Freiwetter	15.10 Freiwetter	21.45 Gefängnis des Stroms	
14.50 Freiwetter	15.20 Freiwetter	22.00 Gefängnis des Stroms	
15.00 Freiwetter	15.30 Freiwetter	22.15 Gefängnis des Stroms	
15.10 Freiwetter	15.40 Freiwetter	22.30 Gefängnis des Stroms	
15.20 Freiwetter	15.50 Freiwetter	22.45 Gefängnis des Stroms	
15.30 Freiwetter	16.00 Freiwetter	23.00 Gefängnis des Stroms	
15.40 Freiwetter	16.10 Freiwetter	23.15 Gefängnis des Stroms	
15.50 Freiwetter	16.20 Freiwetter	23.30 Gefängnis des Stroms	
16.00 Freiwetter	16.30 Freiwetter	23.45 Gefängnis des Stroms	
16.10 Freiwetter	16.40 Freiwetter	24.00 Gefängnis des Stroms	
16.20 Freiwetter	16.50 Freiwetter	24.15 Gefängnis des Stroms	
16.30 Freiwetter	17.00 Freiwetter	24.30 Gefängnis des Stroms	
16.40 Freiwetter	17.10 Freiwetter	24.45 Gefängnis des Stroms	
16.50 Freiwetter	17.20 Freiwetter	25.00 Gefängnis des Stroms	
17.00 Freiwetter	17.30 Freiwetter	25.15 Gefängnis des Stroms	
17.10 Freiwetter	17.40 Freiwetter	25.30 Gefängnis des Stroms	
17.20 Freiwetter	17.50 Freiwetter	25.45 Gefängnis des Stroms	
17.30 Freiwetter	18.00 Freiwetter	26.00 Gefängnis des Stroms	
17.40 Freiwetter	18.10 Freiwetter	26.15 Gefängnis des Stroms	
17.50 Freiwetter	18.20 Freiwetter	26.30 Gefängnis des Stroms	
18.00 Freiwetter	18.30 Freiwetter	26.45 Gefängnis des Stroms	
18.10 Freiwetter	18.40 Freiwetter	27.00 Gefängnis des Stroms	
18.20 Freiwetter	18.50 Freiwetter	27.15 Gefängnis des Stroms	
18.30 Freiwetter	19.00 Freiwetter	27.30 Gefängnis des Stroms	
18.40 Freiwetter	19.10 Freiwetter	27.45 Gefängnis des Stroms	
18.50 Freiwetter	19.20 Freiwetter	28.00 Gefängnis des Stroms	
19.00 Freiwetter	19.30 Freiwetter	28.15 Gefängnis des Stroms	
19.10 Freiwetter	19.40 Freiwetter	28.30 Gefängnis des Stroms	
19.20 Freiwetter	19.50 Freiwetter	28.45 Gefängnis des Stroms	
19.30 Freiwetter	20.00 Freiwetter	29.00 Gefängnis des Stroms	
19.40 Freiwetter	20.10 Freiwetter	29.15 Gefängnis des Stroms	
19.50 Freiwetter	20.20 Freiwetter	29.30 Gefängnis des Stroms	
20.00 Freiwetter	20.30 Freiwetter	29.45 Gefängnis des Stroms	
20.10 Freiwetter	20.40 Freiwetter	30.00 Gefängnis des Stroms	
20.20 Freiwetter	20.50 Freiwetter	30.15 Gefängnis des Stroms	
20.30 Freiwetter	21.00 Freiwetter	30.30 Gefängnis des Stroms	
20.40 Freiwetter	21.10 Freiwetter	30.45 Gefängnis des Stroms	
20.50 Freiwetter	21.20 Freiwetter	31.00 Gefängnis des Stroms	
21.00 Freiwetter	21.30 Freiwetter	31.15 Gefängnis des Stroms	
21.10 Freiwetter	21.40 Freiwetter	31.30 Gefängnis des Stroms	
21.20 Freiwetter	21.50 Freiwetter	31.45 Gefängnis des Stroms	
21.30 Freiwetter	22.00 Freiwetter	32.00 Gefängnis des Stroms	
21.40 Freiwetter	22.10 Freiwetter	32.15 Gefängnis des Stroms	
21.50 Freiwetter	22.20 Freiwetter	32.30 Gefängnis des Stroms	
22.00 Freiwetter	22.30 Freiwetter	32.45 Gefängnis des Stroms	
22.10 Freiwetter	22.40 Freiwetter	33.00 Gefängnis des Stroms	
22.20 Freiwetter	22.50 Freiwetter	33.15 Gefängnis des Stroms	
22.30 Freiwetter	23.00 Freiwetter	33.30 Gefängnis des Stroms	
22.40 Freiwetter	23.10 Freiwetter	33.45 Gefängnis des Stroms	
22.50 Freiwetter	23.20 Freiwetter	34.00 Gefängnis des Stroms	
23.00 Freiwetter	23.30 Freiwetter	34.15 Gefängnis des Stroms	
23.10 Freiwetter	23.40 Freiwetter	34.30 Gefängnis des Stroms	
23.20 Freiwetter	23.50 Freiwetter	34.45 Gefängnis des Stroms	
23.30 Freiwetter	24.00 Freiwetter	35.00 Gefängnis des Stroms	
23.40 Freiwetter	24.10 Freiwetter	35.15 Gefängnis des Stroms	
23.50 Freiwetter	24.20 Freiwetter	35.30 Gefängnis des Stroms	
24.00 Freiwetter	24.30 Freiwetter	35.45 Gefängnis des Stroms	
24.10 Freiwetter	24.40 Freiwetter	36.00 Gefängnis des Stroms	
24.20 Freiwetter	24.50 Freiwetter	36.15 Gefängnis des Stroms	
24.30 Freiwetter	25.00 Freiwetter	36.30 Gefängnis des Stroms	
24.40 Freiwetter	25.10 Freiwetter	36.45 Gefängnis des Stroms	
24.50 Freiwetter	25.20 Freiwetter	37.00 Gefängnis des Stroms	
25.00 Freiwetter	25.30 Freiwetter	37.15 Gefängnis des Stroms	
25.10 Freiwetter	25.40 Freiwetter	37.30 Gefängnis des Stroms	
25.20 Freiwetter	25.50 Freiwetter	37.45 Gefängnis des Stroms	
25.30 Freiwetter	26.00 Freiwetter	38.00 Gefängnis des Stroms	
25.40 Freiwetter	26.10 Freiwetter	38.15 Gefängnis des Stroms	
25.50 Freiwetter	26.20 Freiwetter	38.30 Gefängnis des Stroms	
26.00 Freiwetter	26.30 Freiwetter	38.45 Gefängnis des Stroms	
26.10 Freiwetter	26.40 Freiwetter	39.00 Gefängnis des Stroms	
26.20 Freiwetter	26.50 Freiwetter	39.15 Gefängnis des Stroms	
26.30 Freiwetter	27.00 Freiwetter	39.30 Gefängnis des Stroms	
26.40 Freiwetter	27.10 Freiwetter	39.45 Gefängnis des Stroms	
26.50 Freiwetter	27.20 Freiwetter	40.00 Gefängnis des Stroms	
27.00 Freiwetter	27.30 Freiwetter	40.15 Gefängnis des Stroms	
27.10 Freiwetter	27.40 Freiwetter	40.30 Gefängnis des Stroms	
27.20 Freiwetter	27.50 Freiwetter	40.45 Gefängnis des Stroms	
27.30 Freiwetter	28.00 Freiwetter	41.00 Gefängnis des Stroms	
27.40 Freiwetter	28.10 Freiwetter	41.15 Gefängnis des Stroms	
27.50 Freiwetter	28.20 Freiwetter	41.30 Gefängnis des Stroms	
28.00 Freiwetter	28.30 Freiwetter	41.45 Gefängnis des Stroms	
28.10 Freiwetter	28.40 Freiwetter	42.00 Gefängnis des Stroms	
28.20 Freiwetter	28.50 Freiwetter	42.15 Gefängnis des Stroms	
28.30 Freiwetter	29.00 Freiwetter	42.30 Gefängnis des Stroms	
28.40 Freiwetter	29.10 Freiwetter	42.45 Gefängnis des Stroms	
28.50 Freiwetter	29.20 Freiwetter	43.00 Gefängnis des Stroms	
29.00 Freiwetter	29.30 Freiwetter	43.15 Gefängnis des Stroms	
29.10 Freiwetter	29.40 Freiwetter	43.30 Gefängnis des Stroms	
29.20 Freiwetter	29.50 Freiwetter	43.45 Gefängnis des Stroms	
29.30 Freiwetter	30.00 Freiwetter	44.00 Gefängnis des Stroms	
29.40 Freiwetter	30.10 Freiwetter	44.15 Gefängnis des Stroms	
29.50 Freiwetter	30.20 Freiwetter	44.30 Gefängnis des Stroms	
30.00 Freiwetter	30.30 Freiwetter	44.45 Gefängnis des Stroms	
30.10 Freiwetter	30.40 Freiwetter	45.00 Gefängnis des Stroms	
30.20 Freiwetter	30.50 Freiwetter	45.15 Gefängnis des Stroms	
30.30 Freiwetter	31.00 Freiwetter	45.30 Gefängnis des Stroms	
30.40 Freiwetter	31.10 Freiwetter	45.45 Gefängnis des Stroms	
30.50 Freiwetter	31.20 Freiwetter	46.00 Gefängnis des Stroms	
31.00 Freiwetter	31.30 Freiwetter	46.15 Gefängnis des Stroms	
31.10 Freiwetter	31.40 Freiwetter	46.30 Gefängnis des Stroms	
31.20 Freiwetter	31.50 Freiwetter	46.45 Gefängnis des Stroms	
31.30 Freiwetter	32.00 Freiwetter	47.00 Gefängnis des Stroms	
31.40 Freiwetter	32.10 Freiwetter	47.15 Gefängnis des Stroms	
31.50 Freiwetter	32.20 Freiwetter	47.30 Gefängnis des Stroms	
32.00 Freiwetter	32.30 Freiwetter	47.45 Gefängnis des Stroms	
32.10 Freiwetter	32.40 Freiwetter	48.00 Gefängnis des Stroms	
32.20 Freiwetter	32.50 Freiwetter	48.15 Gefängnis des Stroms	
32.30 Freiwetter	33.00 Freiwetter	48.30 Gefängnis des Stroms	
32.40 Freiwetter	33.10 Freiwetter	48.45 Gefängnis des Stroms	
32.50 Freiwetter	33.20 Freiwetter	49.00 Gefängnis des Stroms	
33.00 Freiwetter	33.30 Freiwetter	49.15 Gefängnis des Stroms	
33.10 Freiwetter	33.40 Freiwetter	49.30 Gefängnis des Stroms	
33.20 Freiwetter	33.50 Freiwetter	49.45 Gefängnis des Stroms	
33.30 Freiwetter	34.00 Freiwetter	50.00 Gefängnis des Stroms	
33.40 Freiwetter	34.10 Freiwetter	50.15 Gefängnis des Stroms	
33.50 Freiwetter	34.20 Freiwetter	50.30 Gefängnis des Stroms	
34.00 Freiwetter	34.30 Freiwetter	50.45 Gefängnis des Stroms	
34.10 Freiwetter	34.40 Freiwetter	51.00 Gefängnis des Stroms	
34.20 Freiwetter	34.50 Freiwetter	51.15 Gefängnis des Stroms	
34.30 Freiwetter	35.00 Freiwetter	51.30 Gefängnis des Stroms	
34.40 Freiwetter	35.10 Freiwetter	51.45 Gefängnis des Stroms	
34.50 Freiwetter	35.20 Freiwetter	52.00 Gefängnis des Stroms	
35.00 Freiwetter	35.30 Freiwetter	52.15 Gefängnis des Stroms	
35.10 Freiwetter	35.40 Freiwetter	52.30 Gefängnis des Stroms	
35.20 Freiwetter	35.50 Freiwetter	52.45 Gefängnis des Stroms	
35.30 Freiwetter	36.00 Freiwetter	53.00 Gefängnis des Stroms	
35.40 Freiwetter	36.10 Freiwetter	53.15 Gefängnis des Stroms	
35.50 Freiwetter	36.20 Freiwetter	53.30 Gefängnis des Stroms	
36.00 Freiwetter	36.30 Freiwetter	53.45 Gefängnis des Stroms	
36.10 Freiwetter	36.40 Freiwetter	54.00 Gefängnis des Stroms	
36.20 Freiwetter	36.50 Freiwetter	54.15 Gefängnis des Stroms	
36.30 Freiwetter	37.00 Freiwetter	54.30 Gefängnis des Stroms	
36.40 Freiwetter	37.10 Freiwetter	54.45 Gefängnis des Stroms	
36.50 Freiwetter	37.20 Freiwetter	55.00 Gefängnis des Stroms	
37.00 Freiwetter	37.30 Freiwetter	55.15 Gefängnis des Stroms	
37.10 Freiwetter	37.40 Freiwetter	55.30 Gefängnis des Stroms	
37.20 Freiwetter	37.50 Freiwetter	55.45 Gefängnis des Stroms	
37.30 Freiwetter	38.00 Freiwetter	56.00 Gefängnis des Stroms	
37.40 Freiwetter	38.10 Freiwetter	56.15 Gefängnis des Stroms	
37.50 Freiwetter	38.20 Freiwetter	56.30 Gefängnis des Stroms	
38.00 Freiwetter	38.30 Freiwetter	56.45 Gefängnis des Stroms	
38.10 Freiwetter	38.40 Freiwetter	57.00 Gefängnis des Stroms	
38.20 Freiwetter	38.50 Freiwetter	57.15 Gefängnis des Stroms	
38.30 Freiwetter	39.00 Freiwetter	57.30 Gefängnis des Stroms	
38.40 Freiwetter	39.10 Freiwetter	57.45 Gefängnis des Stroms	
38.50 Freiwetter	39.20 Freiwetter	58.00 Gefängnis des Stroms	
39.00 Freiwetter	39.30 Freiwetter	58.15 Gefängnis des Stroms	
39.10 Freiwetter	39.40 Freiwetter	58.30 Gefängnis des Stroms	
39.20 Freiwetter	39.50 Freiwetter	58.45 Gefängnis des Stroms	
39.30 Freiwetter	40.00 Freiwetter	59.00 Gefängnis des Stroms	
39.40 Freiwetter	40.10 Freiwetter	59.15 Gefängnis des Stroms	
39.50 Freiwetter	40.20 Freiwetter	59.30 Gefängnis des Stroms	
40.00 Freiwetter	40.30 Freiwetter	59.45 Gefängnis des Stroms	
40.10 Freiwetter	40.40 Freiwetter	60.00 Gefängnis des Stroms	
40			

Brüssel läßt sehr grüßen

A. W. - Der deutsche Archäologengverband schlägt Alarm, weil die sozialistische griechische Regierung ein Führungs- und Redeverbot für ausländische Cicero in allen griechischen Museen und an allen in Griechenland liegenden antiken Erinnerungssstätten erlassen hat. Die Sache ist wirklich fatal und trifft den deutschen Bildungstourismus nach Hellas an zentraler Stelle. Ist es doch seit Jahrzehnten guter Brauch, daß sich Reisegesellschaften aus der Bundesrepublik von vornherein unter die leitende Obhut eines deutschen Fachmannes begeben.

So mancher bedeutende Gelehrte und auch so mancher klassisch gebildete Schriftsteller, von Erhart Kästner bis Hans Egon Holthaus, hat sich als Reiseleiter im Auftrag des deutschen Archäologengverbandes schon ein Zubrot verdienen können. Und die Reiseteilnehmer mußten sich von diesen Korymben die ganze Tour über bestens bedient, mußten nicht fürchten, angesichts der antiken Trümmer Auskünfte zu erhalten, die von Lokalpatriotismus oder gar von politischen Tagesbedürfnissen getrübt waren. Das soll nun offenbar anders werden. Künftig sollen die alten Griechen wohl unmittelbar mit den Meriten des Herrn Papandreu in Verbindung gebracht werden.

Denkt man das zu Ende, so ergeben sich groteske Konsequenzen. Man käme eines Tages wohl dahin, daß künftig griechische Skulpturen nur noch von Griechen, italienische Gemälde nur noch von Italienern, Shakespeares Dramen nur noch von Engländern und Bachs Oratorien nur noch von Deutschen interpretiert werden dürften. Und das alles im Zeichen eines vereinigten Europa! Die Brüsseler Euro-Bürokraten lassen schön grüßen.

Das Festival von Aix wurde zu Frankreichs Bayreuth

Wenn der Graf in in einer Uhr sitzt

Sie ist die Königin von Aix in diesem Jahr: Jessye Norman, die schwergewichtige schwarze Sängerin, für die eine Bühnenrolle zu finden so schwierig geworden ist. Seit kurzem hat sie wieder eine: Die Ariadne von Richard Strauss, und sie in Aix-en-Provence zu singen, zog sie der Bayreuther Einladung für die Venus im Tannhäuser" dann auch vor.

Das liegt nicht nur an Strauss und seiner Ariadne, das liegt auch an Aix und an Frankreich, das die Norman zwar später als Deutschland entdeckt hat, sie aber um so mehr vergöttert. In Frankreich hat die Norman heute ihr Publikum. Also hat sie es sommers in Aix, wohin Frankreichs Kulturleben samt Publikum auf Urlaub geht wie das deutsche nach Bayreuth und Salzburg.

Längst hat sich Aix von einer Sommermaison zur Institution gemauert. Nächste Bayreuth ist es das ausverkaufteste Musikfestival in Europa. Daran ändert auch die neue Staffung der Sitze im Hof des erzbischöflichen Palais nichts und das Einzeln eines zweiten Rangs. Statt der bisher 1200 Plätze kann Aix nun allabendlich 1600 Karten offerieren. Das Festival ist in Mode wie nie zuvor.

Sein Chef, Louis Erlo, der auch über die Oper von Lyon regiert, hat diesen Umstand zu einer Kuratorkorrektur beim Programm genutzt. Das alte Aix hatte sich ja an Mozart gleichsam überfressen. Es sieht langsam daheim. Dann kam unter Erlo ein neuer Aufschwung, maßgeblich mit Opern Rossinis und Rameaus. Nun knüpft Erlo wieder vorsichtig an die alte Tradition an: Neben der Ariadne auf Naxos" stehen Mozarts "Hochzeit des Figaro" und Monteverdis "Orfeo" auf dem Programm.

Die Norman als Ariadne: Sie liefert im Vorspiel, das ihr nur ein paar Sätze zu singen gilt, schon eine köstliche Studie als Primadonna - sich fregatgleich in Szene schiebend. Es ist der Auftakt zu einer der ganz großen Darstellungen, die man heute im Musiktheater erleben kann. Mit ausschließlich stimmlichen Mitteln gelingt es ihr, zwischen Todessehnsucht und Selbsterstörung zu schwanken. Das Wunder der Metamorphose: Ihre Stimme gebiert es in einem fort. Was die Norman dazu mit Blicken und ein paar Kopfbewegungen anstellt, wie sie nicht nur das Publikum, sondern auch ihre Mitspieler in Schach hält mit ein paar Gesten - das ist mehr zu bestaunen als zu begreifen. Vielleicht macht sie ja ein bißchen Voodoo: zum Nutzen der Kunst.

Gleichwertige Partner hat die Norman nicht. William Johns als brüllender Bacchus, Ghylaine Raphael als dünnstimmige Zerbinetta - sie reichen für Aix nicht. Sehr schön hingegen Jeanne Pliand als inbrünstig leidender Komponist. Der Dirigent Semjon Byckov folgte willig den zum Teil extrem langsamen Tempovorgstellungen der Norman. Regisseur Góran Järvefelt ließ auf vernünftige Art agieren: eher kühl als überdreht, mit Ausnahme der Zerbinetta-Truppe, die mit Steven Cole sogar eine aufgetragte Broadway-Nudel im Troß mitführte.

Was die Norman für die "Ariadne", das möchte Gino Quilico für Monteverdis "Orfeo" sein: der Star, der notfalls die ganze Aufführung im Alleingang schmeißt. Er singt diesen Opernhelden aus dem Jahre 1607 auf ganz und gar nicht akademische Art, sondern läßt die Halsmuskeln spielen. Das macht enormen Eindruck, wenn auch nicht gerade auf Monteverdi-Kenner. Ob es der Stimme auf die Dauer gut tut, so forciert zu werden, ist auch noch eine Frage. Aber so wie Quilico singt, klingt es stattdessen, und da er im thrakischen Hirtenschurz auch noch aussieht wie ein

Filmmodell in der falschen Rolle, hat er die Begeisterung für sich. Eine Besetzung, wie sie wohl nur mit Michel Corboz, diesem Querkopf in Sachen Alte Musik, denkbar war. Corboz läßt reinvoll auf alten Instrumenten spielen, gewinnt ihnen verwirrend schöne Klangfarben ab, aber er achtet in keinem Moment auf so etwas wie Artikulation der Monodie oder gar Klangrede. Auch die Sänger, darunter Colette Alliot-Lugaz, Audrey Michael, Carolyn Watkinson und der Countertenor Jean Nurozet, dürfen phrasieren, als ginge es um Musik des 19. Jahrhunderts.

Gegen den Medienverbund, den Aix und Corboz mit "Orfeo" ausspielen, sind Salzburg und Karajan die reinsten Waisenknaben. Musikalisch war die Aufführung schon von der Plattenfirma Erato vorproduziert (NUM 75212, zwei LPs), mit Hilfe von Radio France und der Musikstiftung des Erdölkonzerns Total. Szenisch hatte man schon durch eine Verfilmung für Kino, Fernsehen und Video in den Cinecitta-Studios von Rom so weit alles im Kasten. Für die Bühnenpräsentation in Aix sprang die Air France bei, und die Aufführung wandert nun weiter aus Opernbauten von Genf, an das Théâtre des Champs-Élysées und nach Orléans.

Das verlangt einen Regisseur von Namen als Lockvogel: Es ist Claude Goretta, der Schweizer Filmemacher, der wie viele seiner Kollegen sein Herz für die Oper entdeckt hat. Goretta gibt dem fast handlungslosen Stück viel Bewegung, wenn auch auf sehr glatte, ja choreographische Art. Trotz jener gräßlichen französischen Ausstattungsmoderne in Raupfutz und Plastik (Bühnenbild: Jacques Bufinot) gelingen Goretta immer wieder sehr schön gestellte Bilder, in denen die Aktion gleichsam erstarrt am Schluß der einzelnen Szenen.

Am wenigsten glücklich dürfte Aix freilich mit seinem ergeizigsten Nationalopos aus grauer Vorzeit Griechenland haben gefahren sein: Mozart. Man hatte die Inszenierung des "Figaro" einschließlich der Ausstattung dem Avantgarde-Regisseur Pier Luigi Pieralli übertragen, der sich seine Meriten hauptsächlich in Avignon verdient hat. Seine Idee für das Stück ist frappant: Er zeigt auf der Bühne das Innere einer Uhr, und eine Uhr rückt auch sonst immer wieder ins Bild. Natürlich, da Beaumarchais' Komödien-Dramaturgie und damit Mozarts Oper funktionieren wie ein Uhrwerk. Präzise greift ein Rädchen ins andere. Und sicher auch: Für den Grafen und seine ganze Feudalklasse ist es in diesem Stück fünf Minuten vor zwölf.

Nur muß man dies zeigen, dies Urwerks-Dramaturgie vorführen. Davon lebt das Stück - nicht von einer Uhr auf der Bühne, die ohnehin falsch geht. In Aix läßt die Aufführung, weil Pieralli eben die Komödie unterschlägt und auch nichts an ihre Stelle setzen kann. Hätte er wenigstens noch einen sich aufblühenden Revolutions-Figaro gezeigt! Aber auch dieser Aspekt geht ganz unter. Wie auch bei dem Dirigenten John Eliot Gardiner mehr untergeht, als beleuchtet wird. Trocken und schnell - das mag bei barocker Nähmaschinenmusik erfrischende Erfolge zeitigen. Mozart hingegen braucht Verstand und Herz.

Bei den Sängern sind Lella Cuberli als Gräfin, Diana Montague als Cerubino und Christine Barbaux als Susanna zu loben, der Figaro von Gilles Caemaille und der Graf von Thomas Hampson haben die Fahrkarte nach Salzburg noch längst nicht in der Tasche. Denn das muß Aix einsehen: Zurück zum alten Mozart-Glanz ist ein weiterer Weg, als die Rossini- und Rameau-Erfolge der letzten Jahre suggerierten. REINHARD BEUTE



Hier waren die Geodäte Ossians angeblich entstanden: Schottische Felsenkiste bei Dornoch Firth. FOTO: M. JANSEN

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (I): Die Lieder und Epen Ossians

Des Nordens sturmumtoster Homer

Die erfolgreichste Fälschung ist selbstverständlich diejenige, die nie durchschaut wird. Manche Kunst- und Literaturfälschung hat aber Geschichte gemacht, obwohl (oder auch gerade weil) sie entlarvt wurde. Gefälschte Nationalepen, gefälschte Musikpartituren, gefälschte Kunstwerke - oft genug bewegten sie die Gemüter mehr als die Originale, machten Schule, begründeten ganze Stilrichtungen. In einer kleinen sommerlichen Serie wird die WELT in loser Folge einige der spektakulärsten, folgenreichsten Literatur- und Kunstfälschungen vorstellen. Den Anfang macht heute Thomas Macphersons "Ossian".

Am Anfang stand die fieberhafte Suche aller europäischen Nationen nach ihrem ureigensten Nationalopos aus grauer Vorzeit. Griechenland hatte schon immer seinen Homer. Italien - seinen Vergil; in Deutschland waren seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Anfänge der Nibelungenbegeisterung - auszumachen, die dann bezeichnenderweise zur Zeit der napoleonischen Besetzung ihren kaum vorstellbaren Gipfel erreichte.

Nach dem endgültigen politischen und militärischen Sieg der Engländer über die beimastolzen Schotten 1746 war für diese die Entdeckung eines "eigenen" Poems, möglichst in altgälischer (schottisch-keltischer) Sprachform, geradezu eine nationale Forderung der Stunde. Der mittellose 23jährige Hauslehrer Thomas Macpherson (1736-1796) tat sich nach alten Liedern aus den Highlands und von einfühlsamen Persönlichkeiten angeregt und (auch finanziell) unterstützt. Prompt wurde der junge Mann fündig: Er übersetzte ein paar Texte angeblich altgälischen Idioms ins Englische, und das gelehrte Edinburgh war erwartungsgemäß begeistert, zwang ihn förmlich zur Publikation. "Fragments of Ancient Poetry" nannte er 15 fragmentarische und etwas zusammenhanglose Dichtungen, die er als Teile zweier Epen um den Helden Fingal deklarierte; der Sänger, angeblich aus dem 3. nachchristlichen Jahrhundert, habe aber Ossian geheißen.

Die schottische und sehr schnell die gesamte europäische Leserschaft war so enthusiastisch, daß es nun für den jungen, über Nacht berühmten und reich gewordenen Schotten weder ein Halt noch gar ein Zurück mehr gab. Er entdeckte in schneller Folge alles, was gesucht wurde: Ossians komplette Epen "Fingal" und "Temora" erschienen 1762 und 1763. Der Sänger, so greise, so blind und biographisch ungreifbar wie Homer, schildert dort

in raunenden Wortkaskaden und in wahren Orgien so geheimnis- wie verheißungsvoll klingender Namen Helidenten und Tod seines Vaters Fingal und seines Sohnes Oscar. Macpherson hatte - nach Madame de Staël - den "Homer des Nordens" entdeckt, nach dem man immer schon gesucht hatte.

Wo aber des Griechen Welt voller Götter, Licht und Klarheit war, da verbarste der Barde des Nordens in einer völlig entgötterten Welt voll trüben Halbdämmer. Und genau das wurde Mode in der europäischen Kunst der Spätaufklärung; diese Fälschung zeitigte die gewaltigsten Folgen. Goethe, Herder, Leopold Stolberg übersetzten den Ossian. Klopstock, die Göttinger Hainbündler ahmten ihn nach, Jean Paul und Jacob Grimm rühmten ihn (letzterer verweigerte der Entdeckung des Betrugs zeitweilig die Anerkennung). Schubert komponierte Ossian-Texte, Mendelssohn seine Hebräidenouvertüre aus dem Geist Ossians; P. O. Runge, Angelika Kauffmann, Ingres und viele andere schufen Ossian-Illustrationen.

Napoleon, Chateaubriand und Lamartine stellten Ossian weit über Homer. Da hatte Goethe, bei aller Begeisterung, doch ein schärferes Gespür, obwohl gerade er ungewollt zum bedeutendsten Herold des schimärischen Sängers geworden war. "Ossian hat in meinem Herzen den Homer verdrängt", ließ er seinen Werther notieren. Daran hielt sich die gleichsam blindwütige Begeisterung der Leser, nicht aber an Goethes tatsächliche Intentionen. "Die Herren Kritiker haben nicht darauf geachtet", sagte Goethe später zu seinem englischen Besucher Henry Craik Robinson, "daß Werther den Homer pries, als er noch völlig bei Sinnen war, dagegen den Ossian, als er verückt wurde."

Macphersons geniale dichterische (Fälscher-)Leistung steht ebenso außer Frage wie die Geschicklichkeit seiner Fiktion. Nie ließ er sich erweichen, einen der "gälischen Originaltexte" zu seinen Lebzeiten zu veröffentlichten oder auch nur vorzuziehen; aber er hinterließ ein Legat von 1000 Pfund für entsprechende Publikationen nach seinem Tode. Da die Kiste mit den Originalen jedoch merkwürdigerweise schlicht un auffindbar war und blieb, begab sich eine Kommission, die vor allem von aufgebrachtren Iren und Engländern gefordert wurde (Ossian hieß nämlich ein altirischer Sänger; schottische Schriftstücke gibt es nach englischer Version erst seit dem 18. Jahrhundert), zwischen 1797 und 1805 auf - vergebliche - Spurensuche.

Als 1807 endlich angebliche Originale aus Macphersons Nachlaß veröffentlicht wurden, erwies es sich als bloße Rückübersetzungen der englischen Ossian-Texte in ein verächtlich modern klingendes Gälisch. Gnädigweise blieb diese Entlarvung Johann Gottfried Herder (gest. 1803), dem glühendsten Propheten Ossians, erspart und natürlich auch dem Schöpfer dieser Fiktion selbst: Er liegt in allen Ehren bis heute unbeliegt in der Poets Corner der Westminster Abbey begraben.

Der Schritt von der ebenso genialen wie unverfälschten Fiktion literarischer Texte zu einer ganzvollen kommerziellen und politischen Karriere war für ihn offenbar nur klein. Er hinterließ neben einem beachtlichen Vermögen fünf uneheliche Kinder und eben die wohl folgenreichste Literaturfälschung aller Zeiten. Sie traf nicht zuletzt deswegen den Nerv seiner Epoche, weil sie ungeheuer geschickt aus verschwommenen Volkstraditionen, aus biblischen und homerischen Motiven, aus Miltonischen und Youngschen Gedanken zusammengebastelt war.

Alle jederzeit wirksamen oder seinerzeit aktuellen Ingredienzen versammelte der Schotte in seiner rhythmischen englischen Prosa und schuf damit nach den Worten Herbert Schöffers eine "des Gottes bare, von Wehklagen und Echo durchklingene Ideallandschaft, die sich ein ouches Menschentum jenseits vom Glatteis der Ahnen und Väter erträumte. Sie war zukunftsreich wie wenig in unserer Entwicklung; denn sie enthielt in Keimen zahlreiche der Erschütterungen, die über die deutsche Seele kommen sollten."

Die deutsche Seele - sie hatte den Mythos Ossian mit einer Leidenschaft und Begeisterung ergriffen und hochstilisiert wie keine andere europäische Nation, die Schotten begriffen. Die scheinbar uralte poetische Botschaft wurde hierzulande ähnlich ins Grundsätzliche, ja Metaphysische erhoben wie die fast gleichzeitig entdeckte Welt Shakespeares. Damit war aber zugleich ein Anstoß gegeben, sich seriös nach wirklich existierenden alten einheimischen Überlieferungen umzutun. Die beginnende Germanistik empfing durch die Ossian-Begeisterung vehemente Schubkraft. "Des Knaben Wunderhorn" und Grimm's Märchen und Sagen sind einige der schönsten Spätfolgen Macphersons, der einem Diderot Gestalt verliehen hatte, angesichts dessen sich Kritik und Bewunderung wohl allezeit die Waage halten werden. HEINZ RÖLLECKE

JOURNAL

Konzept für 750-Jahr-Feier fertig

AP, Berlin
Das sicher wichtigste Vorhaben der 750-Jahr-Feier, die "Zentrale historische Ausstellung" im Martin-Gropius-Bau 1987 in Berlin, hat Kulturrevisor Volker Hassmer im Konzept vorgestellt. Wie der wissenschaftliche Leiter der Ausstellung, Reinhard Rürup, erklärte, war es Aufgabe einer Planungsgruppe, "die Grundentscheidungen zu treffen und die Rahmenbedingungen festzulegen". Dies sei unter dem Arbeitstitel "BERLIN BERLIN - Die große Stadt" geschehen. Die Ausstellung hoffen, im Winter das endgültige Konzept vorstellen zu können.

Schwarze Tage für "Schwanensee"

SAD, London
Londons Königliche Oper am Covent Garden hat bereits 400 000 Mark verloren, weil die Bühnenarbeiter streiken. Bisher sind fünf Ballett-Vorstellungen von "Schwanensee" ausgefallen. Den Zuschauern der immer ausverkauften Vorstellungen wird der Kartenpreis voll erstattet. Die Bühnenarbeiter der Oper, die während der Vorstellung viel "Leerauf" haben, bringen es bei einer auf diese Weise ausgefallenen 60- bis 70-Stunden-Woche auf Monatsgehälter von 4700 Mark. Dieses Einkommen ist vor allem durch Überstundenzuschläge garantiert. Weil die Arbeitgeberseite die Überstundenvereinbarung abbauen will, entstand der Tarifkonflikt. Bisher steht nicht fest, ob "Schwanensee" vor der Sommerpause noch einmal gezeigt wird.

"Amerikanisierung" des Englischen befürchtet

AFP, London
Die englische Sprache wird sich unter dem wachsenden politischen und kulturellen Einfluß der USA auf Großbritannien, immer mehr "amerikanisieren". Dies sieht der in Oxford tätige Linguist Michael Swan in einem in der Monatschrift "English Today" veröffentlichten Artikel voraus. Ein Schlüsselfaktor für die zunehmende Amerikanisierung des Englischen sei die Revolution im Kommunikationswesen und hier insbesondere der massive Einsatz von Computern. Die Schrift verliere an Bedeutung, und damit werde das literarische Englisch in den Hintergrund gedrängt.

Malaparte-Villa ist vom Verfall bedroht

AFP, Capri
Die luxuriöse Villa, die sich der vor 28 Jahren gestorbene italienische Schriftsteller Curzio Malaparte auf Capri bauen ließ und die von den bekanntesten Architekten vor fünf Jahren zum schönsten Bauwerk der Insel gekürt wurde, ist vom Verfall bedroht. Malaparte selbst, der sich in seinen letzten Lebensjahren besonders für China interessierte, hatte in seinem Testament den Wunsch geäußert, daß das Haus in eine Stiftung für in Italien studierende Chinesen umgewandelt werde. Der italienische Staat ließ diesen Wunsch bisher jedoch unbeachtet. Die Vereinigung der "Freunde Capris" will die Villa vor einigen Jahren zu einem Zentrum für Kunstausstellungen machen. Die Hinterbliebenen Malapartes wandten sich mit der Begründung dagegen, es sei aus Sicherheitsgründen nicht möglich, das Haus ständig offenzuhalten.

Zeichentrick- und Marionetten-Filme

AFP, Antibes
Sein erstes internationales Festival für Zeichentrick-, Animations- und Marionettenfilme (Fidsam) veranstaltet das südfranzösische Seebad Antibes vom 4. bis 9. Oktober. Zu dem Ereignis haben sich Teilnehmer aus den USA, China, Japan, den Ostblockstaaten und Neuseeland angeschlossen. Am Wettbewerb können Zeichentrickfilme teilnehmen, die nicht älter als zwei Jahre sind. In den drei Sparten Zeichentrick, Animation und Marionetten gibt es jeweils einen Hauptpreis, die "Goldene Sirene".

Opernaufführung in 2800 Metern Höhe

AFP, Bogotá
Das Opernhaus der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá wird im Oktober mit der Oper "Die heimliche Hochzeit" von Domenico Cimarosa in der 2800 Meter hoch gelegenen ecuadorianischen Hauptstadt Quito gastieren. Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Colón-Theater Bogotás, ein Barockbau im ehemaligen Kolonialviertel Candelaria, ist an sich schon das "höchste" Opernhaus der Welt, denn Bogotá liegt bereits in 2600 Metern Höhe. Sein Leiter, Francisco Vergara, der gleichzeitig als Bariton an der Kölner Oper singt und zweiter Sekretär der kolumbianischen Botschaft in Bonn ist, inszeniert in diesem Jahr mit einem Budget von nur 450 000 Dollar drei Opern: "Die heimliche Hochzeit", "Verdis 'Rigoletto'" und Bizets "Carmen".

Neue Platte: Klavierjazz

Wenn ein Romantiker swingt

Meine Musik ist das Wichtigste in meinem Leben. Meine Musik enthält mehr von mir als alles andere." Dieses Bekenntnis machte der Pianist Bill Evans, der "tonalste" Vertreter des Modern Jazz, der 1980 im Alter von nur 51 Jahren starb. Kurz zuvor, im November 1979, hatte er, gemeinsam mit dem Bassisten Marc Johnson und dem Schlagzeuger Joe LaBarbera, für den französischen Rundfunk sein "Paris Concert" aufgenommen: es sollte sein Vermächtnis werden. Vor einiger Zeit ist diese Live-Aufnahme auf Schallplatten veröffentlicht worden ("The Paris Concert", Edition One and Two, WEA/Musician, 980 164-1[V] und 980 311-1[V]).

Ein sorgfältig ausgewähltes Programm kennzeichnet die beiden Platten und beweist, daß auch eine Gruppe, die erst kurz beisammen ist, optimal musizieren kann. Die langsamen Balladen sind in der Überzahl und werden nur von wenigen schnellen Nummern kontrapunktiert. Vieles, was zu hören ist, entstammt der Feder Evans': Kompositionen, die seinen herausragenden Rang auch auf diesem Gebiet deutlich machen und seinen Ruf als "swingender Romantiker" untermauern.

Geschmackssicher steuert Evans seine Musiker zum Beispiel durch die Rodgers-und-Hart-Ballade "My Romance", die sehr leicht ins Schmelzliche umkippen kann, je nachdem, in wessen Kehle bzw. Instrument sie gerät. Höhepunkte des zweiten Teils der Platte sind Evans' Liebeserklärung an seinen Sohn, "Letter to Evan", sowie seine Stücke "Skidoo" und "Laurie", hervorragendes Material für das Trio, das präzise Zusammenspiel zu demonstrieren.

Hier ein Vermächtnis, dort ein vielversprechendes Beginn. Wir sprechen von der Debutplatte der Pianistin Volker Rogal und Gregor von Buggenum. Sie arbeiten seit etwa anderthalb Jahren als Duo, ihre erste Platte, lakonisch betitelt "Two / Piano / Jazz", entstand am 24. April 1984 in der Kulturfabrik Koblenz (Ornament Records, CH 7.732). Bewundernswert ist auch bei diesen beiden klassisch ausgebildeten Musikern das höchst exakte Zusammenspiel.

Sie eröffnen ihren Vortrag mit Victor Youngs Klassiker "Stella by Starlight", wobei sie den Song aus einem Spielfilm von 1944 zur symphonischen Form ausdehnen und mit originellen Improvisationen zu veredeln wissen. Was man von ihrer eigenen Komposition, "A Night in Phrygia", leider nicht gerade sagen kann. Dem Song fehlt es an Einfallreichtum, das musikalische Material ist allzu dürftig.

Auf der zweiten Plattenseite können sie dieses Manko allerdings wieder wettmachen - mit Stücken von Hancock, Shorter und Davis/Evans. Wenn das vorgegebene Material stimmt, so zeigt sich hier, daß wissen die jungen Talente des Klavierjazz auch etwas Ordentliches damit anzufangen. RAINER NOLDEN



Kostbarkeit aus dem Genre der Jamnitzer-Dynastie: Christoph Jamnitzers Adler vor Mittelportale des Nürnberger Rathauses (1612). FOTO: KATALOG

Das Nürnberger Germanische Museum ehrt den Goldschmied Wenzel Jamnitzer

Der Mann, der vier Kaisern diente

Der aus Wien stammende Wenzel Jamnitzer (um 1507/08 bis 1585) gilt als der bedeutendste und einflussreichste deutsche Goldschmied der Renaissance. Zusammen mit seinem Bruder Albrecht, seinem Mitarbeiter, wanderte er 1543 in die kaiserliche Reichsstadt Nürnberg ein und begründete dort zusammen mit seinen Söhnen und Schwiegersöhnen eine ganze Dynastie von Goldschmiedern, Zeichnern und Stechern.

Wenzel Jamnitzer arbeitete für vier Kaiser: für Karl V., Ferdinand I., Maximilian II. und Rudolf II. Sein 1578 nach über einem Jahrzehnt fertig gewordener Frager Brunnen für die Kaiser Maximilian II. und Rudolf II. war eine Verherrlichung des Hauses Habsburg, eine künstlerisch und technisch großartige Meisterleistung. Von dem mit Wasserkraft mechanisch bewegten Brunnenwerk, das Mitte des 18. Jahrhunderts abgetragen und seines Materialwertes wegen in Wien eingeschmolzen wurde, existieren leider nur noch die aus Bronze gegossenen und vergoldeten vier Jahreszeiten-Figuren, die als Karyatiden den silbernen Brunnen tragen.

Als Leihgaben des Wiener Kunsthistorischen Museums erinnern sie in der Ausstellung des Nürnberger Ger-

manischen Museums zum 400. Todesjahr Wenzel Jamnitizers jetzt daran, daß dieser höchst feinsinnige und gelehrte Meister ganz im Sinne der italienischen Renaissance ein sehr vielseitiger Künstler, Entwerfer und Erfinder war. Seine Studien auf den Gebieten der angewandten Mathematik, der Physik, der Mechanik und Perspektive faßte er 1568 in seiner "Perspectiva corporum regularium" zusammen.

Die Nürnberger Schau bietet unter der Ägide von Prof. Gerhard Bott eine Gesamtansicht der Nürnberger Goldschmiedekunst der Zeit zwischen 1500 und 1700. Für Konzeption, Durchführung und Katalog verantwortlich zeichnet Klaus Pechstein; er widmet sich seit bereits 20 Jahren der Jamnitzer-Forschung. Der Katalog dient einstweilen als Standardwerk. Das Amsterdamer Rijksmuseum entlieh nach Nürnberg eines der Hauptwerke Wenzel Jamnitizers: den einen Meter hohen Tafelaufsatz von 1549, der ursprünglich für einen Besuch Karls V. oder seines Sohnes Philipp in der Reichstadt bestimmt war. Das Modell eines unbekanntem Schmitzers für die antilich gewandete Mutter Erde, die in tänzerischer Gebärde die reich verzierte Schale

mit dem bekronenden Väschen und den Silberblumen trägt, kam aus dem Berliner Kunstgewerbemuseum. Als Schöpfer dieser Figur kommt Wenzel Jamnitzer selber in Frage.

Die zeremoniellen Trinksitzen der Spätrenaissance und der teure Brauch, regierenden Fürsten und wichtigen ausländischen Repräsentanten kostbare Ehrengeschenke zu kommen zu lassen, förderten in Nürnberg die Produktion kunstvoller und komplizierter Gefäße von bedeutungsvoller Zierkunst. Reihenweise sind die seit der Gotik beliebten Bunkelpokale zu sehen, die noch im ganzen 18. Jahrhundert als Meisterstück vorgezeichnet waren.

Den klaren Gliederungen und den Adaptionen des italienischen Vorhilder-Katalogs folgten Kombinationen von Naturmotiven und phantastischer Ornamentik. Bedient wurde damit übrigens vorwiegend das Bürgertum, das dergleichen zu sammeln begann. Ähnlich wie in Augsburg entwickelte sich in Nürnberg und nach der Reformation, trotz Aushlebens feudaler Auftraggeber, das hochwertigste Kunsthandwerk: Merkmal einer neuen Zeit (Katalog 48 Mark, bis 15. September).

ALEXANDER ERXLÉBEN

Fiel Bhutto-Sohn einem Verbrechen zum Opfer?

SAD, Cannes Der Schleier des Geheimnisses liegt weiterhin über dem Tod von Shah Nawaz Khan Bhutto (37), einem der Söhne des ehemaligen Staatschefs von Pakistan, Zulfiqar Ali Khan Bhutto. Der Bhutto-Sohn war in der vergangenen Woche tot in seiner Luxuswohnung in Cannes entdeckt worden, und die französische Polizei kann ein Verbrechen nicht ausschließen. Shah Bhutto war am vergangenen Donnerstag von seiner Ehefrau im Wohnzimmer entdeckt worden. Er lag tot auf dem Teppichboden, leere Flaschen und Gläser standen auf dem Tisch.

Die Familie rief die Polizei. Angeblich stellten die Beamten nach ersten Untersuchungen keine Anzeichen von Gewaltanwendung fest. Nach Angaben von Nachbarn, die die Leiche des Bhutto-Sohnes noch vor Eintreffen der Polizei gesehen konnten, hatte der Tote eine hässliche Hautfarbe, was nach Meinung von Ärzten auf einen Tod durch Ersticken schließen lassen könnte. Der Staatsanwalt von Grasse ordnete eine Autopsie an. Die französische Kriminalpolizei beschlagnahmte auch die leeren Gläser und Flaschen im Bhutto-Apartment. Es soll festgestellt werden, ob der 37-jährige auf natürliche Weise starb, Selbstmord beging oder ob ein Verbrechen vorliegt.

Der Bhutto-Sohn war einige Stunden vor seinem Tod noch im Luxus-Night-Club „Palm Beach“ in Cannes gesehen worden. Er hatte dort in Begleitung seiner Ehefrau, seines Bruders und dessen Ehefrau gesipelt. Mehrere Mitglieder der Bhutto-Familie, darunter Nusrat, die Witwe des



Wurde tot in seiner Wohnung gefunden: Bhutto-Sohn Shah Nawaz

ehemaligen Staatschefs von Pakistan, waren erst drei Tage vor dem Tod von Shah Bhuttos in Cannes eingetroffen. Shah Nawaz Khan Bhutto lebte offiziell in London, besaß jedoch eine französische Aufenthaltsgenehmigung und eine Luxuswohnung in Cannes an der Croisette. Er reiste häufig in die USA und besaß angeblich auch Wohnungen in Damaskus und in der Schweiz.

Zulfiqar Ali Bhutto, der Vater des auf so mysteriöse Weise ums Leben gekommenen, galt als einer der hirtlichsten und einflussreichsten Politiker Asiens. In den Jahren 1971 bis 1977, in denen er zunächst als Präsident, dann als Premier Pakistan regierte, trug er die Politik aufs Land, in die primitiven Dörfer. Den Bauern, zu 80 Prozent Analphabeten, vermittelte der begabte Demagoge Bhutto in Landeskleidung und mit einfachen Worten das Gefühl, sie seien für den Staat wichtig. Nach blutigen Unruhen im Zusammenhang mit offenkundigen Wahlmanipulationen wurde Bhutto 1977 von den Militärs des Landes gestürzt und inhaftiert. In der Nacht zum 5. April 1979 wurde er durch den Strang hingerichtet.

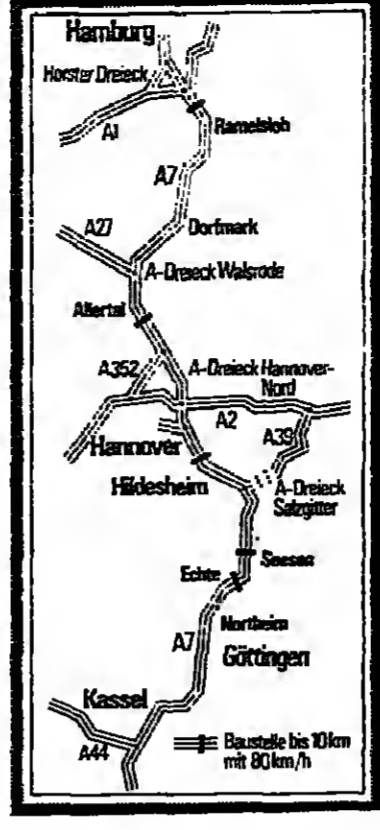
Die Autobahn A 7 zwischen Hamburg und Kassel wird für 700 Millionen Mark saniert / Neues Verfahren beim Deckeneinbau

Gleiches Niveau spart Kosten

MICHAEL JACH, Hannover Noch auf Jahre hinaus werden mit dem Auto gen Süden strebende Urlauber aus Norddeutschland und Skandinavien auf „Ihrer“ Ferienautobahn A 7 zwischen Hamburg und Kassel mit Unbill rechnen müssen, die sie zwei Jahrzehnte lang vorwiegend von den einschlägig berichtigten Nadelöhren im Süden der Bundesrepublik Deutschland gewohnt waren: zähflüssiger oder gar „stehender“ Verkehr wegen kilometerlanger Baustellen, zumal an den „heißen“ Ferienwochenenden. Seit 1962 ist die A 7 durchgehend befahrbar. In nur sechs Jahren Bauzeit waren 285 Streckenkilometer zwischen Hamburg und dem sächsischen Nordheim betoniert und asphaltiert worden. Seinerzeit eine Symbolleistung des Wirtschaftswunders, Konsequenz nicht allein der anschwellenden Motorisierung, sondern erzwungen auch durch die „Umpolung“ der Hauptverkehrsströme von Ost-West- auf Nord-Süd-Richtung nach der Teilung Deutschlands. Zwanzig Jahre lang hielten die Fahrbahnen dem unaufhaltsam gewachsenen Pkw- und Schwerverkehr stand, jetzt sind Erneuerung und Ausbau streckenweise überfällig.

Rund 700 Millionen Mark wird der Autofahrer und Steuerzahler investiert haben, wenn es in gut sechs Jahren wieder heißt: freie Fahrt durch Niedersachsen. Bis dahin werden die besonders belasteten Autobahnabschnitte südlich des Hamburger „Ausfalltors“ Horster Dreieck, in Höhe des Walsroder Dreiecks sowie der Dreiecke Hannover-Nord und Süd bis Hildesheim auf sechs Spuren erweitert sein. Der Preis für Sicherheit im Autobahnverkehr ist hoch: Allein bis zum Ende dieses Jahres verschlingt die Erneuerung der A 7 gut 280 Millionen Mark. Wie dennoch die Staatskasse ebenso geschont werden kann wie die natürlichen Baustoffvorkommen, lassen Niedersachsen Straßenbauer die Öffentlichkeit eher am Rande wissen.

Erstmals nämlich wird hier ein neues Verfahren zur Wiederverwertung „gebrauchter“ Baustoffe beim Betondeckenbau angewandt. Die Abbruchstücke der alten Fahrbahnbögel werden von Maschinen zu Tischplattengröße zerschlagen, anschließend auf Kieselsteinformat vermahlen. Der Betonschotter dient als neuer Fahrbahnunterbau. Der Bedarf an Naturkies und -schotter wird deutlich verringert, eine Deponiefläche für Betonschutt ist nicht mehr nötig. Zum finanziellen Preisvorteil trägt indes nicht nur das preiswertere Baumaterial bei. Da zur Rohstoffgewinnung die alten Betondecken entfernt werden müssen, liegen die neuen Fahrbahnen hernach exakt auf demselben Höhenniveau wie zuvor; früher wurden die neuen Decken zu meist auf die alten aufgebracht - mit der Folge, daß sämtliche Brückenbauten über grundneuerten Strecken angehoben werden mußten. In summe eine Baukostenersparnis von immerhin zehn Prozent.



Großbaustellen in Niedersachsen

Fünf gefahrenträchtige Großbaustellen auf der A 7 im Raum Niedersachsen konnten die Planer den Autofahrern bei aller Rücksicht auf die Ferienzeit nicht ersparen: ● zwei Kilometer bei Thieshope (südlich des Horster Dreiecks), Bauzeit bis Mitte Oktober; ● zehn Kilometer bei der Raststätte Allertal (südlich des Walsroder Dreiecks) bis November; ● sechs Kilometer südlich Hildesheim bis November; ● sechs Kilometer zwischen Rhüden und Seesen/Harz bis Ende November; ● sechs Kilometer weiter südlich bei Echte bis Mitte November. Die bisher vorhandenen Großbaustellen zwischen Bockenem/Harz und Rhüden (sechs Kilometer) sowie bei Ramelsloh kurz vor dem Horster Dreieck in Richtung Norden (sieben Kilometer) werden in diesen Tagen beziehungsweise Anfang August aufgehoben.

Streunende Dogge verursachte schweren Unfall

dpa, Dierdorf Eine streunende Dogge hat gestern früh auf der Autobahn Köln-Frankfurt zwischen Neuwied und Dierdorf einen Verkehrsunfall verursacht, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Nach Angaben der Polizei war der Hund um 4.30 Uhr, noch bei Dunkelheit, auf der dreispurigen Autobahn aufgetaucht und vor ein Auto entgegengesetzter Richtung auf der linken Spur stehen. Der Autofahrer, ein Mann aus Dorsten, stieg aus und sicherte die Unfallstelle. Zwei nachfolgende Autos hielten in enger Entfernung auf dem Randstreifen. Die Insassen der beiden Wagen, ein Ehepaar aus Wuppertal und ein Mann aus Düsseldorf, stiegen aus, um Hilfe zu leisten. In diesem Augenblick, so die Polizei, brauste mit hoher Geschwindigkeit ein Kölner Wagen heran, überfuhr zuerst den getöteten Hund auf der mittleren Fahrbahn und rast dann in die Menschengruppe hinein. Dabei erlitt der 50-jährige Fahrer aus Köln ebenso tödliche Verletzungen wie seine 47-jährige Frau. Das Ehepaar aus Wuppertal, beide 47 Jahre alt, und der 41-jährige Autofahrer aus Düsseldorf waren ebenfalls auf der Stelle tot. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den Besitzer des Hundes zu ermitteln.

Sichtlich gezeichnet steht Otto Wiesheu vor Gericht

Der ehemalige CSU-Generalsekretär kämpft um seine Zukunft PETER SCHMALZ, München Der Unfall hat tiefe Spuren hinterlassen im Leben und im Aussehen des CSU-Politikers Otto Wiesheu. Die Wangen sind eingefallen, und die rötlichen Haare wirken über dem blassen Gesicht noch eine Spur heller. Der einstige CSU-Generalsekretär, der das Ticket zur weiteren Karriere in der Tasche hatte, mußte den Stuhl räumen und arbeitete inzwischen als Geschäftsführer der CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung auf einem wohl auch wichtigen, von der Öffentlichkeit jedoch kaum wahrgenommenen Posten. Daß er „erhebliche berufliche Nachteile“ hinnehmen mußte, wertete schon der Richter in der ersten Instanz zugunsten Wiesheus. Seit gestern kämpft der 40-jährige Doktor der Rechte in zweiter Instanz um ein Urteil, das ihm Bewährung bewilligt und damit den Schaden beruflichen und persönlichen Schaden begrenzt hilft. Im ersten Verfahren hatte das Gericht wegen fahrlässiger Körperverletzung und wegen Trunkenheit im Straßenverkehr eine Freiheitsstrafe von 13 Monaten ausgesprochen und trotz „günstiger Zukunftsperspektive“ von einer Bewährung abgesehen, weil dies, wie in der schriftlichen, gestern verlesenen Urteilsbegründung steht, „von einer voll ununterrichteten Bevölkerung nicht verstanden worden wäre“.

Der Text, den Richter Rudolf Mayer zu Beginn der Berufungsverhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts München I verlas, bringt auch den Hinweis, wo und wie hoch die Hürde für eine Bewährungsstrafe liegt: „Wenn das Verschulden des Getöteten das Verschulden des Angeklagten erreicht.“ Hatte Josef Rubinfeld Mitschuld am Unfall? Damit ist die Kernfrage dieses vorerst auf drei Jahre angesetzten Verfahrens umrissen: In welchem Maße machte sich der 67-jährige Rentner Josef Rubinfeld mitschuldig an dem späteren Unfall, als er einen altersschwachen Fiat 500 für eine Fahrt nach Polen verantwortungslos überließ und nachts auf der mittleren von drei Autobahnspuren mit höchstens 40 Stundenkilometern in Richtung Nürnberg sockelte? Hätte er zumindest seinen Tod vermeiden können, wenn er angeschnallt gewesen wäre? Rubinfelds Befahrer Friedrich Giland, ein 43-jähriger Taxifahrer, der mittelschwer verletzt worden ist und nach eigenen Angaben zum Zeitpunkt des Unfalls geschlafen haben will, machte wie schon in der ersten Instanz gestern als Zeuge nochmals deutlich, in welchem verkehrsgeschäftlichen Zustand sich der kleine Fiat befand. Allein auf dem Dachgepäckträger lasteten zwei große Kartons mit Waschpulver, Wäsche, Schuhen und anderem. „Das war ja ein Mordsaufbau“, staunte der Richter. Und innen war zwischen den Schachteln, Dosen und Eimern mit Farbe, Kompott, Sekt und zwei Koffeinsäcken kaum mehr Platz zum Sitzen. „Das Auto habe ich gerammelt vollgepackt“, schildert Giland dem Gericht.

Erstmals wurde seelische Anspannung spürbar Oh er die Spachtelmasse mitgenommen habe, weil er gedacht habe, das Auto könne unterwegs kaputtgehen, will einer der beiden Verteidiger wissen. „Nein“, sprudelt der Berufungskraftfahrer heraus. „Das Auto war schon kaputt, das war zum Wegschmeißen, zum Verschenken.“ Was aber war mit der neuen TÜV-Plakette auf der schleichenden Rostlaube? Dazu legte die Verteidigung gestern dem Gericht einen Brief vor, den Giland dem Angeklagten nach dem ersten Prozeß geschickt hatte. „Mit dem TÜV ist das so eine Sache“, hatte Giland geschrieben, der Rubinfeld habe für die Taxifahrt immer den TÜV besorgt, er habe dort einen guten Bekannten gehabt. Rüsthaft ist auch die Rolle eines Lastwagens, den zwei Zeugen, die als erste zum Unfallort kamen, gesehen haben und der später verschwunden war. Die beiden haben sich erst nach dem ersten Urteil gemeldet und sagten gestern erstmals aus. Spürbar wurde gestern auch zum erstenmal, unter welcher seelischen Anspannung Otto Wiesheu in der Unfallnacht gestanden habe. Seine Mutter war zwei Wochen zuvor gestorben, am Tag zuvor war der Bundestagsabgeordnete Voltig aus der CSU ausgestiegen, und abends hatte Wiesheu ein unerfreulich verlaufenes Gespräch mit „einer Person“. Sein Verteidiger Alfred Stiefenhofer fragt: „War es ein Gespräch über das laufende Scheidungsverfahren?“ Wiesheu bejaht und wird von der Erinnerung an die zerbrochene Ehe übermannt. Mit einem häuten Taschentuch trocknet er sich die Tränen, bittet das Gericht um Entschuldigung und verbringt dann für Minuten die Augen hinter der rechten Hand.

Ewiges Drama um Liebe, Geld und Leidenschaften

J. SCHÄFER, Tübingen Warum kommen „Dallas“ und „Denver-Clan“ beim Publikum so gut an? Dieses Phänomen will ein Tübingener Forschungsteam unter der Leitung von Professor A. Weber nachgehen. Die Stiftung Volkswagenwerk stellte dafür eine Summe von 385 000 Mark zur Verfügung. Die Wissenschaftler wollen drei Jahre lang die „Entwicklung und soziale Funktion“ dieser „Soap Operas“ (Seifen-Opern) genannten Fernsehserien in den Vereinigten Staaten und Europa untersuchen. Analysen der Einschaltquoten und Umfragen belegen, daß solche Serien in der Gunst der Zuschauer an oberster Stelle stehen, und dies immerhin, seitdem die ersten Serien in den 40er Jahren ausgestrahlt wurden. Natürlich hat sich im Laufe der Jahre einiges geändert: Die Soap Operas verschwanden aus dem Tagesprogramm und flimmern nun zur besten Sendezeit in den Abendstunden über den Bildschirm. Folglich setzt sich nun auch die Zielgruppe anders zusammen. Nicht nur die Hausfrauen folgen dem ewigen Drama um Liebe, Leidenschaft, Geld und Krankheit, sogar ganze Familien hängen in den USA allabendlich vor der Röhre aus. Auf die Lösung der in Szene gesetzten Konflikte warten sie jedoch meist vergebens, denn ein wichtiges Markenzeichen der Seifen-Opern ist das offene Ende einer jeden Episode. Wie ist es zu erklären, daß etwas derart Triviales nahezu ganze Nationen zu fesseln, ja beinahe zu prägen vermag? Nach Meinung der Tübingener Wissenschaftler sind Seifen-Opern „fiktionale Produkte, in denen sich die amerikanische Gesellschaft in symbolischer Form über sich selbst verständigt“. Ausgehend von dieser These erwarten die Wissenschaftler von ihrer Analyse Ergebnisse, die Aufschluß geben über soziale Entwicklungstendenzen in den USA. Besonders interessant dürfte dabei sein, wie weit sich diese Erkenntnisse auf den westeuropäischen Raum übertragen lassen. Immerhin ist dem „amerikanischen way of life“ ein gewisser Vorbildcharakter nicht abzuspüren.

Ein Halbrelief für den Vater einer brandheißen Erfindung Dem Admiral „Grog“ Vernon wurde ein Denkmal gesetzt GEORG BAUER, Heiligenhafen Der britische Admiral Edward Vernon hätte die Zeremonie gewiß mit Genugtuung verfolgt. Ein Ehrenzug englischer und schottischer Marines war mit Gewehr und aufgefingtem Bajonett angetreten, um einen Soldaten zu würdigen, der nach Auseinandersetzungen mit der hohen Admiralität 1746 den Dienst quittieren mußte. Ort der Handlung: das Ostseehafengebiet Heiligenhafen. Auf Initiative des „Heiligenhafener Grog-Kollegiums“ wurde Vernon dort ein Denkmal gesetzt, in Erinnerung an die Erfindung des Grog, der zur Küste gehört wie das Bier zu Bayern. Auf einem Fingerring grüßt das Porträt des Admirals in Form eines Halbreliefs von nun an die Touristen. Dem Briten kam die Idee auf hoher See. Wie in der „Order to Captain's Number 329“, aufbewahrt in den Archiven der Royal Navy, nachzulesen ist, wies er am 21. August 1740 den Proviantmeister seines Geschwaders an, die tägliche Rummation nur noch mit Wasser gestreckt an die Seeleute auszuspenden. Da sich der Admiral stets mit einem Überrock aus Kamelhaar (englisch: program) kleidete, hieß er bei den Matrosen „Old Grog“. Der Name für das Getränk war geboren. Überwollende Zungen behaupten, Vernon habe den Befehl als strenger Dienstherr ausgegeben, um die Disziplin bei seinen Matrosen besser zu wahren. Auslösendes Motiv für den gepanachten Rum aber war der sorgsame Umgang mit dem Trinkwasser an Bord, das bei Fahrten in die Tropen schnell zu einer überliebrenden, kaum genießbaren Jauche wurde. Zur Verbesserung des Geschmacks sollte daher der Rum mit Wasser versetzt werden. Demnach wurde bei Vernon noch nicht nach dem heute gültigen Motto gemixt: Rum muß, Zucker kann, Wasser braucht.

„Old Grog“ selbst gehörte innerhalb des Geschwaders offenbar zu den besten Kennern der hochprozentigen Flüssigkeit. Bei den Auseinandersetzungen mit der Admiralität, die er um die Jahreswende 1745/46 in anonymen Schriften attackierte, soll seine Erfindung eine Rolle gespielt haben. Das „Grog-Kollegium“ in Heiligenhafen bemüht sich um eine Rehabilitation des streitbaren Soldaten. Kurdirektor Karl-Christian Schnoor, der das Kollegium in Erinnerung an das Tabakkollegium des preussischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. ins Leben rief, forscht zu diesem Zweck im Leben des Erfinders. Im traditionsbewußten England

Ein Halbrelief für den Vater einer brandheißen Erfindung

stößt er auf Resonanz, bekommt von der Admiralität Schrifttum zugesandt. Auch in London ist Vernon wieder zu Ehren gekommen. Sein Grab in Westminster, über Jahrzehnte nicht beachtet, ist bei Führungen wieder Ziel für Touristen. Dort heißt es dann: Eine kleine Stadt in West-Germany bemühe sich um die Ahnenforschung des Engländers. Oh so die militärischen Meriten des 1648 geborenen Kriegers, der 1722 einen Sitz im Unterhaus erhielt und 1757 starb, aufgewertet werden können? Denn die britische Admiralität wußte über die soldatischen Talente des Grog-Erfinders nicht viel Rühmliches zu berichten. In einem Schreiben an den Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London heißt es, er habe im Spanischen Erbfolgekrieg 1739 dem Feind bei nur geringen Verlusten Portobello weggenommen - der brasilianische Hafen aber war unverteidigt. 1741 mußte er bei Santiago in Kuba und in Panama gemeinsam mit Brigadegeneral Wentworth empfindliche Schlappen hinnehmen, die bei der Marineführung mit Aufmerksamkeitsregister registriert wurden. Die Karriere Vernons sei eher auf gute Beziehungen seiner Familie zurückzuführen, denn auf dessen seemännischen Fähigkeiten. Doch zumindest was die „Verdünnung“ von Wasser angeht, hat er sich unbestreitbar selbst mit Ruhm bedeckt.

Währenddessen wurde die Suche nach weiteren Opfern fortgesetzt. Bis gestern Nachmittag wurden 214 Leichen geborgen. Die Zahl der identifizierten Opfer schwankte zwischen 130 und 180. Unklar ist immer noch, wieviele Menschen vermisst werden. Eine genaue Bilanz sei schwierig, heißt es, da niemand genau wisse, wieviele Touristen sich an der Unfallstelle aufgehalten hätten. Die Zahl der Vermissten schwankt zwischen 30 und hundert Menschen. Die Rettungsmannschaften mußten gestern in der immer härter werdenden Schicht aus Geröll und Schlamm graben. Die Suche nach den Opfern konzentrierte sich auch



Admiral Seiner Majestät, Sir Edward Vernon, besser bekannt als „Old Grog“.

Messner-Bruder gestorben

dpa, Bozen Siegfried Messner, der Bruder des Südtiroler Extrem-Bergsteigers Reinhold Messner (40), ist gestern in einer Klinik in Innsbruck an den Folgen eines Bergunfalls gestorben. Der 33-jährige Siegfried Messner, Leiter des Südtiroler Bergrettungsdienstes, war am 16. Juli in den Dolomiten von einem Blitz getroffen worden und 25 Meter tief abgestürzt. Reinhold Messner verlor zum zweiten Mal einen Bruder durch einen Bergunfall. Günther Messner war 1970 durch eine Lawine am Nanga Parbat im Himalaya ums Leben gekommen.

Urteil vom Verdienstausschuss

dpa, Karlsruhe Wird ein Kind bei einem Unfall ohne eigene Schuld verletzt, so muß der Verursacher auch den Verdienstausschuss des Vaters wegen unfallbedingter Krankenhausbesuche erstatten. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs ist der Verdienstausschuss des Vaters im weiteren Sinn den Heilungskosten zuzurechnen. Dieser Grundsatz gelte auch dann, wenn der Vater - wie im behandelten Fall - als selbständiger Handwerker tätig ist. (AZ: VI ZR 201/83).

Fahrverbote für Lastwagen

dpa, Frankfurt Lastwagen werden an den nächsten Wochenenden wegen des Ferienverkehrs in Italien und Frankreich von den Straßen verbannt. Für die beiden kommenden Samstage gilt in Frankreich jeweils von sechs bis 22 Uhr ein Fahrverbot für Lastwagen. Das teilte gestern der Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs mit. In Italien dürfen am kommenden Wochenende zwischen sieben und 24 Uhr nur Fahrzeuge mit einem genehmigten Gesamtgewicht von weniger als fünf Tonnen die Straßen befahren. Ausgenommen von diesem Fahrverbot sind Transporte leicht verderblicher Güter.

Schweres Zugunglück

dpa, Bad Schwalbach Bei einem schweren Zugunglück bei Hohenstein im Rheingau-Taunus-Kreis sind gestern morgen zwei Menschen ums Leben gekommen und drei schwer verletzt worden. Ein aus Bad Schwalbach kommender Triebwagen war auf der eingleisigen Strecke aus noch ungeklärter Ursache mit einem Güterzug zusammengestoßen. Der Fahrer des Triebwagens und der Schaffner wurden getötet. Die dreiköpfige Besatzung der Lokomotive erlitt schwere Verletzungen.

WETTER: Unbeständig bis freundlich

Weather forecast section including a map of Germany and a table of temperatures for various cities.

LEUTE HEUTE

Short news items including 'Kurze Haare' (short hair), 'Lange Suche' (long search), and '50 Verfahren eingeleitet' (50 proceedings initiated).

50 Verfahren eingeleitet

News about the initiation of 50 legal proceedings related to a shipwreck or similar event.

Neue Spur beim Jumbo-Drama?

News about a new lead in the investigation of the Jumbo airplane crash.

ZU GUTER LETZT

News about the rescue of hostages from a train or similar event.